

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von März 1982
bis August 1988**

NWO-Sonderheft Nr. 93



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von März 1982 bis August 1988**

NWO-Sonderheft Nr. 93

Terror der Antichristen vom 01.03.1982-31.08.1988

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von März 1982 bis August 1988	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von März 1982 bis August 1988

Nehmen Sie einem Durchschnittsmenschen die Lebenslüge, und Sie nehmen ihm zur gleichen Zeit das Glück.

Henrik Ibsen (1828-1906, norwegischer Dichter)

1982

Der britische Abgeordnete Sir Bernard Braine berichtete am 6. März 1982 während der Enthüllung eines Denkmals für die "Opfer von Jalta" über die Auslieferung von Kriegsgefangenen an die Sowjets (x025/128): >>... Es war ein entsetzliches Verbrechen. Ich kann kein anderes Wort dafür finden. Es wurde mit Gewalt und Betrug begangen, ohne einen Funken Mitleid für die Opfer, die sich den Westalliierten willig ergeben hatten in dem Glauben, daß ihnen Asyl gewährt werde.<<

In Bonn demonstrierten am 10. Juni 1982 etwa 400.000 Menschen gegen die Aufrüstung im Osten und Westen.

Roberto Calvi (1920-1982, italienischer Präsident der Vatikanbank Banco Ambrosiano, "Bankier Gottes") wurde am 18. Juni 1982 unter einer Themsebrücke in London erhängt gefunden. Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später in der Einleitung zum Gesamtwerk "Kriminalgeschichte des Christentums" über die finanzpolitische Weltmachtstellung der katholischen Kirche (x324/23-26): >>... Die Agrar-, Handels-, Finanzpolitik der Mönche, der Bankiers im frühen Mittelalter, deren Klöster (in Lothringen) schon im 10. und 11. Jahrhundert als Leihinstitute, Banken, fungierten, überhaupt wirtschaftliche Größen ersten Ranges waren. Doch geht die Agitation der Mönche in der Welt der Politik, des Geldes, stetig weiter, besonders während der deutschen Offensiven im Osten, bei der Beteiligung der Orden an der Siedlungs- und Kolonialgeschichte, der blutigen Unterjochung ganzer Völker.

Noch im frühen 20. Jahrhundert kontrollieren allein die Jesuiten ein Drittel des gesamten spanischen Kapitals; im späten 20. Jahrhundert besitzen sie die größte Privatbank der Welt, die Bank von Amerika, mit 51 Prozent. Und das Papsttum ist heute eine finanzpolitische Weltmacht, die engste Kontakte mit der Unterwelt pflegt, unter anderem über die als "Mafiabank" bekannte Bank von Sizilien, ein finanzielles Instrument der Kurie.

Der Jesuitenzögling Michele Sindona, "der erfolgreichste Italiener nach Mussolini" (*Time*) und Starbankier der Mafia (Schwerpunkte seiner Finanzpiraterie: Italien, Schweiz, USA, Vatikan), ein Sizilianer, der mehr Banken als andere Männer Hemden besessen und einen beträchtlichen Teil seines Geldes dem Handel mit Heroin verdankt haben soll, war ein sehr guter Freund des Erzbischofs von Messina, ferner des Erzbischofs Marcinkus, des Leiters der Vatikanbank "Institut für Religiöse Werke" ("meine Stellung innerhalb des Vatikans ist außergewöhnlich", "einzigartig"), ein guter Freund auch Pauls VI. sowie Finanzberater und enger Geschäftspartner des "Heiligen Stuhls", dessen Banken noch mit den schwarzen Geldern des italienischen Großgangstertums spekulierten.

Mafioso Sindona, "der wahrscheinlich reichste Mann Italiens" (Lo Bello), der "von Papst Paul VI. den Auftrag erhalten hatte, die Kirchenfinanzen neu zu ordnen" (*Süddeutsche Zeitung*), wurde 1980 als Verantwortlicher für den größten Bankenzusammenbruch in der Geschichte der USA zu 25 Jahren Haft verurteilt, dann an Italien ausgeliefert, dort aber 1986 zwei Tage nach seiner Verurteilung (wegen Anstiftung zum Mord) zu lebenslanger Haft im Gefängnis, trotz aller nur denkbaren Absicherungen, durch Zyankali vergiftet.

Vielsagend meinte der zwölf Jahre Sindonas Finanzaktionen (allein in Italien eineinhalb Milliarden Mark Verluste) verfolgende Mailänder Staatsanwalt Guido Viola: "Wir haben den Dreck, der in diesem Topf kocht, auch mit dem Prozeß nicht ausgeräumt."

Ebenso gehörte Roberto Calvi, ein weiterer Mafia-Bankier, der 1982 erhängt unter einer Themsebrücke in London endete, unter Paul VI. zum exklusiven Zirkel der kurialen "uomini di fiducia" und verbreitete als "Bankier Gottes", wie er in Italien hieß, "das Krebsgeschwür vatikanisch inspirierter Wirtschaftskriminalität über die ganze Welt".

Zum Beispiel präsentierte der Leiter der Abteilung für Organisiertes Verbrechen und Korruption beim amerikanischen Justizministerium, Lynch, begleitet von Polizei- und FBI-Beamten, am 25. und 26. April 1973 im vatikanischen Staatssekretariat "das Originalschreiben, in dem der Vatikan" bei der New Yorker Mafia, "gefälschte Wertpapiere im fiktiven Gegenwert von nahezu einer Milliarde Dollar bestellte", "eine der größten Betrügereien aller Zeiten", die anscheinend kein anderer als Erzbischof Marcinkus, der "sehr gute Freund" Sindonas, "eingefädelt hatte" (Yallop).

Der Vorgänger Pauls, Papst Pius XII., starb 1958 mit einem Privatvermögen - das er angeblich ganz zur Rettung von Juden unter Hitler verwendet hatte! - von 80 Millionen DM in Gold und Valuten. Der Nepotismus unter ihm hatte renaissancehafte Ausmaße. Sicher an der Erlösung ist nur der Erlös daraus.

Die Habgier der Prälaten wird durch alle Jahrhunderte belegt, die private Bereicherung von Päpsten, Bischöfen, Äbten dokumentiert, ihr meist ungeheurer Luxus, die Verschleuderung von Kirchengütern an Verwandte, Simonie, Pfründenerwerb, Verdrängung der Pfründeninhaber, der Schacher von der Papstwahl bis zum Einsetzen der Landpfarrer, vom Stimmenkauf auf Synoden bis zum Verkauf von Wein, Bier, Salböl, Hostien, Antibabypillen (!) namens "Luteolas", bis zu Bestechungsgeldern noch der berühmtesten Kirchenlehrer, Papst Gregor I., des heiligen Kyrill, der mit Hilfe riesiger Summen ein Mariendogma durchsetzte und anderes mehr - Zinsgeschäfte, Handel, Wucher, Peterspfennig, Ablass, Kollekte, Erbschleicherei durch zwei Jahrtausende, riesige Rüstungsgewinne.

Die Folgen der Überhäufung des hohen Klerus mit Privilegien, mit Immunitätsrechten, mit Grafenrechten, Marktrechten, Zollrechten, Steuervorteilen, mit strafrechtlichen Ausnahmestellungen, milderer Strafen natürlich statt schärferer! Ganz zu schweigen von der Selbstherrlichkeit des römischen Pontifex: ... so will ich's, also befehl ich's. - Die ökonomische Seite der Heiden-, Juden-, Ketzler-, Hexen-, Indianer-, Negerausmerzungen. - Der wirtschaftliche Faktor des Wunderkults, der Heiligenviten, Mirakelbücher, Wallfahrtsorte und anderer Dinge mehr.

Die "pia fraus" (Volkstäuschung) mit ihren verschiedenen Fälschungstypen (Apostolisierung, Pilgerkonkurrenz, Besitzsicherung, Rechtssicherung) wird in eigenen größeren Komplexen untersucht, zumal in Europa bis ins hohe Mittelalter hinein die Fälscher fast durchweg Geistliche waren. Überall in Klöstern und an Bischofssitzen suchten sie aus kirchenpolitischen Gründen ihre rivalisierenden Ansprüche durchzusetzen mittels Fabrikation falscher Diplome oder der Interpolation originaler.

Die Behauptung, es habe im Mittelalter fast ebenso viele unechte Urkunden, Annalen, Chroniken gegeben wie echte, ist kaum übertrieben; der "fromme" Betrug wurde zu einem politischen Faktor, "die Fälscherwerkstatt zur Ordnungsinstanz von Kirche und Recht" (Schreiner). ...<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 43 berichtete über das Schwarzbuch der Katholischen Kirche (x927/...): >>**Finanzmittel aus dem Vatikan für den Sturz des Kommunismus in Polen**

Hintergrund ist dabei der Betrugs-Bankrott der Banco Ambrosiano, in dessen Folge deren Direktor Roberto Calvi 1982 in London ermordet wurde und danach - mit Ziegelsteinen in der Anzugjacke beschwert - tot an der "Brücke der Barmherzigen Brüder" hing, die Füße in die Themse eingetaucht. "Zufällig" am selben Tag, dem 18.6.1982, stürzte seine Sekretärin Graziella Corrocher aus einem Fenster der Bank in Mailand zu Tode. Ein vermuteter Mord konnte jedoch nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden. Und die beiden mutmaßlichen Auftragsmörder von Roberto Calvi wurden kurze Zeit später ebenfalls ermordet und konnten nicht mehr aussagen, wer ihr Auftraggeber war.

Als **Hauptschuldigen** am Betrugs-Bankrott verurteilte die italienische Justiz damals den Chef der Vatikanbank IOR, **Erzbischof Paul Marcinkus**, und sie stellte einen Haftbefehl gegen den hohen Würdenträger des Vatikans aus.

Was war der Sachverhalt?

Die Vatikanbank hatte gegenüber der Banco Ambrosiano, deren Chef Roberto Calvi war, Vertrauenserklärungen (sogenannte Patronage-Briefe) für Firmen ausgestellt, die ihr gehörten. Das war eine Art Bürgschaft, woraufhin diese Firmen im Jahr 1980 von der Banco Ambrosiano einen Kredit in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar bekamen. Und genau diese 1,3 Milliarden Dollar steckte die Vatikanbank 1980 ihrerseits in Aktivitäten, die den politischen Umsturz in Polen mit herbeiführten, der das Ende des Ostblocks mit seiner Militärmacht "Warschauer Pakt" einleitete. Das ist die eine Seite des Geldflusses.

Und die andere: Die der Vatikanbank gehörenden Firmen haben das von der Banco Ambrosiano erhaltene Darlehen in gleicher Höhe nie mehr zurückgezahlt, trotz der vatikanischen Patronage-Briefe über ihre angebliche Vertrauenswürdigkeit. Und die unmittelbare Folge davon: Die Banco Ambrosiano ging trotz ihres Hilferufs an den Papst, doch bitte die enormen Schulden zurückzuzahlen (!), bankrott.

Zwar versuchten papstfreundliche Medien wie *bild.de* den Sachverhalt nachträglich so zu verbiegen, als hätte auch die Vatikanbank durch den Zusammenbruch der Banco Ambrosiano Verluste erlitten (*bild.de*, 27.6.2008), doch eine Bank und die ihr gehörenden Firmen profitieren ja in Wirklichkeit vom Zusammenbruch eines Großgläubigers, da dieser nun das Geld nicht mehr eintreiben kann. Und gegen Verantwortliche im Vatikan wurden deswegen ja auch Gerichtsurteile gesprochen und Haftbefehle ausgestellt, weil es sich ganz offensichtlich um ein schwerwiegendes Finanzverbrechen handelte.

Doch der italienische Haftbefehl gegen Vatikanbank-Chef Paul Marcinkus wurde vom Vatikanstaat genauso ignoriert wie die Haftbefehle gegen weitere Vatikan-Angestellte. Papst Johannes Paul II. deckte seinen verbrecherischen Finanzchef Paul Marcinkus, lieferte ihn nicht an den Staat Italien aus und schob ihn statt dessen in die USA ab, woher er stammte und wo er bis zu seinem Tod 2006 unbehelligt wieder als Vikar im Kirchendienst arbeitete.

Und ob Erzbischof Paul Marcinkus das Verbrechen seinem "Gebietet", dem polnischen Papst Karol Wojtyla, zuliebe oder gar in Absprache mit ihm durchführte, um den Kommunismus in Polen mit stürzen zu helfen, oder ob der Papst von allem "nichts" wußte, ist eine bis heute nicht geklärte Frage. ...<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 3 berichtete über den Reichtum der Kirche (x923/...): >>Superreich durch Mord

Päpste schreckten auch vor Mord nicht zurück, wenn es um ihre finanziellen oder machtpolitischen Vorteile ging.

Glaubt man einigen Priestern, die mit einem Buch anonym an die Öffentlichkeit gingen, so geschehen heute noch mysteriöse Todesfälle im Vatikan.

Der Historiker Thomas Tomasi schrieb dazu: "Es wäre nicht möglich, all die Morde, die Vergewaltigungen und die Fälle von Blutschande aufzuzählen, die jeden Tag am Hof des Papstes begangen wurden. Das Leben eines Menschen ist nicht lang genug, um sich die Namen aller ermordeten, vergifteten oder bei lebendigem Leibe in den Tiber geworfenen Opfer zu merken."

Mord war ein hübscher Nebenverdienst für Papst Alexander VI. Der permanenten Bedrohung seines Bruders überdrüssig, der sich im Vatikan als Flüchtling aufhielt, schickte der osmanische Sultan Bajasid II. Papst Alexander VI. 40.000 Golddukat, für die er Dschem ermorden solle. Doch so billig war die Hilfe des Papstes nicht zu haben. Er wartete ab. Weitere 200.000 Dukaten legte der Sultan nach. Dann ließ Papst Alexander VI. Dschem vergiften.

Der Ämterverkauf war eine gute Einnahmequelle. Um jedoch die Einnahmen nicht versiegen zu lassen, "sorgte Papst Alexander dafür, daß die Kardinäle bald vergiftet wurden, die er zuvor ernannt hatte. So konnte er nicht nur ihren Kardinalshut erneut verkaufen, sondern auch alle ihre Besitztümer einstreichen, die auf die Kirche übergingen - soll heißen auf Papst Alexander".

In seinem Bestseller *Die Heilige Mafia des Papstes* erwähnt Robert Hutchison eine Reihe **mysteriöser Todesfälle**, die alle in geschäftlichem oder persönlichem Zusammenhang mit dem Vatikan oder einer ihr nahe stehenden Gruppe stehen sollen: Er bezieht seine Behauptungen auf folgende Todesfälle:

1975: Der französische Senator Prinz Jean de Broglie

1977: Charles Bouchard, Geschäftsführer der Genfer Leclerc-Bank

1978: Pater Giuliano Ferrari

1978: Der orthodoxe Patriarch Nikodim

1978: Papst Johannes Paul I.

1978: Wenig später Kardinalstaatssekretär Villot

1979: Kardinal Vagnozzi, Chef der vatikanischen Präfektur für Wirtschaftsangelegenheiten

1981: Francesco Cosentino, P2-Loge

1982: Der Mailänder Bankier Roberto Calvi

1982: Der Antiquar Sergio Vaccari

1982: Der Autor Giorgio Di Nunzio

1982: Kardinal Benelli aus Florenz

1985: Der ehemalige spanische Außenminister Gregorio López-Bravo

1985: Bankier Ricardo Tejero

1986: Der Reeder José Maria Aristrain

1986: Der Mafioso Michele Sindona

1986: Ein mißglückter Mordanschlag auf den spanischen Unternehmer Ruiz-Mateos

1986: Der spanische Verfassungsrichter Manuel García-Pelayo

1994: Der salvadorianische Erzbischof Rivera Damas

1998: Der Leiter der Filiale der Vatikanbank in Neapel, Aldo Palumbo

Der Geistliche Giuliano Ferrari wurde in einem leeren Abteil des Schnellzuges Genf-Paris tot aufgefunden. Er starb angeblich an "schwerem Herzinfarkt". Bereits 1969 hatte man versucht, ihn mit Hilfe von Glykosid Digitalis langsam zu vergiften. Diese Droge verursacht Herzversagen. Ferrari nannte die römische Kirche "das größte und schmutzigste Geschäftsunternehmen der Welt". Deschner spekuliert, ob er nicht Opfer des Vatikanismus wurde.

Nach Ansicht Ferraris waren die lateinamerikanischen Priester Camillo Torres und Oscar Romero Opfer des Vatikans. Ferrari sagte kurz vor seinem Tod: "Das jüngste Verbrechen des Vatikans war die Ermordung meines Freundes, des Erzbischofs Oscar Romero in San Salvador."

Am Morgen des 18. Juni 1982 wurde der Mailänder Bankier Roberto Calvi unter der "Brücke der Barmherzigen Brüder" in London erhängt aufgefunden, seine Füße hingen in die Themse. Er war Mitwisser und Beteiligter eines großen Finanzskandals, der vom Vatikan ausgelöst wurde. Seiner Tochter sagte er kurz vor seinem Tode: "Die Priester werden mein Ende sein." Seine Frau, Clara Calvi, sagte in einem Interview: "Es waren mit Sicherheit die Priester des Vatikans. Das hatte uns Roberto schon vorher gesagt. Jemanden umzubringen ist für sie keine Sünde, so sagten sie es ihm. Sie würden ja nur eine Seele aus dem Körper befreien."

Dem früheren Finanzberater des Vatikans, Leopold Ledl, sagte Calvi Tage vor seinem Tode auf seiner Flucht nach London: "Marcinkus will meinen Kopf." (Gemeint war Erzbischof Marcinkus.)

Am Montag, dem 4. Mai 1998 wurden im Vatikan drei Menschen ermordet. Die offizielle Fassung: Der Schweizergardist Cédric Tornay habe den Oberstleutnant Estermann und seine Ehefrau Gladys Meza Romero erschossen, um sich darauf selbst zu richten. Eine Gruppe von Angehörigen des Vatikans, Geistliche und Laien, die anonym bleiben wollen, sehen das anders. Sie schrieben in Italien ein Buch zu diesem Thema mit dem Titel *Blutlügen im Vatikan*. In Deutschland erschien das Buch mit dem Titel: *Ihr habt getötet*.

In ihrem Buch legen sie ihre Überlegungen dar, wie es zu den Morden gekommen sein könnte, wer Nutznießer war, und sie zählen die vielen Unstimmigkeiten auf bis zum gefälschten Abschiedsbrief des angeblichen Mörders.

Die Mutter Cédrics behauptet, es gäbe jemanden im Vatikan, der die Wahrheit aufklären könnte, doch dieser jemand sei plötzlich spurlos verschwunden.

Sie hat Angst, denn Abgeordnete aus dem Vatikan sind bis zu ihr in die Schweiz gereist, um sie unter Druck zu setzen und zum Schweigen aufzufordern.

Nach Angaben dieser anonymen Mitarbeitergruppe des Vatikans, die sich "Jünger der Wahrheit" nennt, soll im Vatikan ein "blutiger Erbfolgekrieg" toben zwischen dem sich rivalisierenden Ableger der berüchtigten Freimaurerloge P2" und einer erzkonservativen international agierenden Gruppe.

Die "Jünger der Wahrheit" aus dem Vatikan schreiben, daß in einem zähen Ringen sich Clans der Freimaurer und dieser internationalen Gruppe "die gigantische (politische, ökonomische und logistische) Machtfülle des Vatikans untereinander aufteilen, wobei der Papst nur als klebriges Aushängeschild dient."

Zum Tode von Johannes Paul I. (Albino Luciani) sagen sie, er wollte mit dubiosen Finanzgeschäften, übertriebenem Prunk und Korruption innerhalb der Amtskirche aufräumen. "Doch sein Pontifikat war auffallend kurz (33 Tage), die Todesumstände mysteriös, und Albino Lucianis Leiche wurde so schnell einbalsamiert, daß eine Obduktion nicht mehr möglich war ..."<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 7. Februar 2017): >>TV-Doku ... Mafia in Frankreich

Wenn der Bock zum Gärtner wird

Eine Arte-Dokumentation zeigt, wie Korruption und organisierte Kriminalität den französi-

schen Staat aushöhlen. Die Verbindungen reichen bis in höchste politische Kreise.

"Keine Demokratie muß mit einer Mafia, die sie unterwandert, gemeinsame Sache machen." Daß dies keine Platitüde ist, sondern ein händeringender Appell, versteht man vielleicht erst, wenn man drei dichtgedrängte Stunden lang das erschreckende Ausmaß der Verquickung von Politik und organisierter Kriminalität in Frankreich vorgeführt bekommen hat.

Angesichts der schiereren Masse an Informationen grenzt es zwar an Überforderung, alle drei Teile von Christophe Bouquets herausragender Dokumentation "Die Mafia in Frankreich" hintereinander zu sehen, aber Kontinuität und Struktur eines Staates im Staate, der vor allem auf der politischen Rechten immer wieder Protektion fand, werden so besonders eindrücklich deutlich. Diese von korsischen Clans geprägte, lange von Marseille und Paris aus operierende "Mafia" unterhöhlt seit etwa einem Jahrhundert die französische Demokratie. Ihre Paten galten in Politik und Wirtschaft stets als willkommene Geschäftspartner. Wer wie Bouquet den Zentralfiguren folgt, entdeckt langlebige Netzwerke.

Gelungen ist die Auswahl an Gesprächspartnern: Historiker, Journalisten und Ermittler, aber auch die Tochter eines wichtigen Paten sowie der ehemalige Vorstandsvorsitzende des in dubiose Afrikageschäfte verwickelten Energiekonzerns Elf Aquitaine. Zudem wurde das Material durch viele Schaubilder und eine klare Erzählstruktur - jede Episode konzentriert sich auf eine der drei Paten-Generationen - vorbildlich aufbereitet.

Den Beginn markiert der Pakt des notorisch kriminellen Korsen Paul Carbone mit dem ebenfalls aus Korsika stammenden Politiker Simon Sabiani, der im Jahre 1929 Stellvertreter des Bürgermeisters von Marseille wurde. Die Männer Carbone und seines Kumpanes François Spirito betätigten sich als Ordnungskräfte Sabianis und wurden dafür mit Posten in Verwaltung und Polizei belohnt - ein wiederkehrendes Muster der Unterwanderung der Staatsgewalt und sicherlich ein Grund für das geschwundene Institutionsvertrauen in Frankreich.

Kollaboration mit den Nationalsozialisten

Im Drogenhandel kooperierten Carbone und Spirito mit weiteren korsischen Clans. Allerdings unterstützten sie im Spanischen Bürgerkrieg die Partei Francos und kollaborierten wenig später mit den Nationalsozialisten, während die etwas jüngeren Brüder Guerini im Widerstand aktiv waren. Bereits jetzt tauchte an der Seite Sabianis - und für die Gestapo tätig - eine äußerst schillernde, fortan stets staatsnah im Hintergrund mitmischende Figur auf: Étienne Léandri, dessen vielfältige Mafia-Kontakte erst nach seinem Tod im Jahre 1995 offenbar wurden. Laut Bouquet gilt er heute gemeinsam mit dem Korsen Marcel Francisci als Haupt der dritten Mafia-Generation. Sein ehemaliger Sekretär sagt, er habe mächtige Bankpräsidenten vor Léandri winseln gesehen.

Carbone kam 1943 bei einem Attentat der Résistance ums Leben. Spirito ging nach dem Krieg in die Vereinigten Staaten und wurde später Teil der drogenschnuggelnden "French Connection". In Marseille gaben nun die Guerini-Brüder den Ton an. Sie verlegten sich auf die von deutschen Chemikern erlernte Heroinherstellung. Politisch profitierten sie mächtig vom Algerienkrieg und von der Angst vor den Kommunisten. Vor allem Charles de Gaulle und die CIA setzten auf die Schlagkraft der Mafia. Der Preis war hoch: Politisch protegiert bauten die Guerinis ein Weltimperium des Drogenhandels und des Glücksspiels auf.

Die Spur führt bis nach Afrika

Erst ein interner Zwist beendete ihre Ära, aber da stand die dritte Generation längst bereit, um in den ehemaligen französischen Kolonien das große Rad der Wirtschaftskorruption zu drehen. Das geschah im Dunstkreis von Elf Aquitaine. Diese vor Gericht nur partiell aufgearbeitete Phase der engsten Zusammenarbeit der Mafia mit afrikanischen Diktatoren und mit höchsten Kreisen der französischen Politik - eine Schlüsselfigur war Innenminister Charles Pasqua - ist der spannendste Teil des Films. Bouquet hat sich dafür durch das Bildmaterial der großen Nachrichtenarchive gewählt.

Als politische Umwälzungen die afrikanischen Unternehmungen der korsischen Mafia unter Druck setzten, zog sie sich nach Korsika zurück und heizte dort, so Bouquets These, den gewalttätigen Unabhängigkeitskampf radikaler Separatisten gezielt an, um die bis dahin aus allen Mafia-Geschäften herausgehaltene Insel zu destabilisieren. Mit Erfolg. Heute befänden sich große Teile der Politik und Wirtschaft Korsikas - Tourismus, Immobilien, Sicherheit - fest in der Hand der Mafia. Eine vierte Generation übernehme derzeit die Macht, lautet der wenig hoffnungsvolle Ausblick. Dann fällt der eingangs erwähnte Satz. Was Journalisten zum Kampf gegen mafiöse Unterwanderungen beitragen können, ist die Herstellung von Transparenz. Das hat Christophe Bouquet getan. ...<<

Von den etwa 2,3 Millionen Schülern der DDR verbrachten im Juli 1982 rund 87 % ihre Sommerferien in den großen Ferienlagern der FDJ.

Diese Ferienlager wurden hauptsächlich durch die Großbetriebe finanziert. Die Jugendlichen zahlten für 3 Wochen "Fernferien" lediglich bis 12 Mark. Zum organisierten Programm der FDJ-Ferienlager gehörten z.B. Sport, Spiel, Tagesreisen, Unterricht und Ferienarbeit.

Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt. Die FDP schloß danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wurde neuer Bundeskanzler.

Die "BILD-Zeitung" berichtete damals: >>Eine neue Ära: Kohl wird Kanzler

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 1. Oktober in Bonn ein konstruktives Mißtrauensvotum erfolgreich: Der Bundestag stürzt damit Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendet dadurch nach 13 Jahren die SPD/FDP Herrschaft. ...

Der 1930 in Ludwigshafen geborene Pfälzer spricht in seiner Regierungserklärung erstmals von einer geistig-politischen Wende, die es zu erreichen gelte. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Umerziehung und politische Kultur der Deutschen (x306/294-298):

>>... Politische Kultur (Political Culture) ist der Name eines Ende der fünfziger Jahre an der Universität Princeton entwickelten Forschungskonzeptes amerikanischer Sozialwissenschaftler, das als Spätzünder in der Schlußphase der bundesdeutschen Teilrepublik die öffentliche Diskussion prägte.

Die späte, bei "seiner ursprünglichen Rezipierung aus dem Amerikanischen kaum zu ahnende Blüte" wurde dem Fernsehpublikum verdeutlicht, als in der viel beachteten Bundestagsdebatte über den konstruktiven Mißtrauensantrag gegen Helmut Schmidt Redner der SPD (Helmut Schmidt, Willy Brandt) wie der FDP (Gerhard R. Baum, Hildegard Hamm-Brücher) davor warnten, daß der Regierungswechsel die "Politische Kultur" gefährde.

Politische Kultur war in Bonn auf Spielregeln, politischen Stil, ungeschriebene Gesetze im Gegen- und Miteinander der Berufspolitiker verkürzt worden, während in Amerika sich die Political Culture Forschung mit der Gesamtbevölkerung befaßte. Das von Gabriel A. Almond, dem "Founding Father", seinen namhaften Jüngern Sidney Verba und Lucian W. Pye und einigen anderen entwickelte Forschungskonzept versuchte politisch relevante subjektive Faktoren wie Wertüberzeugungen, Einstellungen, Verhaltensweisen mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung zu erfassen und zu vergleichen.

In Deutschland wurde daraus unter Verzicht auf die komparative Zielsetzung ein feuilletongerechter Modeartikel, der klangstark Sinnführungs-kompetenz belegen sollte. Wer zwischen einem normativen Gebrauch bei Politikern, Leitartiklern und Fernsehkommentatoren, die häufig den Mangel oder den Verfall der Politischen Kultur beklagen und einen "nicht von vornherein wertenden, also deskriptiven und analytischen" Gebrauch in der Sozialwissenschaft unterscheidet, kennt anscheinend seine Pappenheimer nicht.

Wir finden unter den Autoren der Politischen Kultur so manche Politikwissenschaftler, die

durch normative Überzeugtheiten und entsprechenden volksmissionarischen Drall bekannt sind. Martin Greiffenhagen, Kurt Sontheimer, Wilhelm Weidenfeld, Wilfried Röhrich, Iring Fetscher, Fritz Stern, Christian Graf Krockow, Lord Ralf Dahrendorf e tutti quanti. Die politische Kultur der Bundesrepublik wird hier an der Norm eines nicht näher untersuchten westlichen (de facto) anglo-amerikanischen Vorbilds gemessen.

Das Auftauchen des Paradigmas Politische Kultur in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hilft eine Lücke zu schließen, die sich durch das Verblässen der antikapitalistischen, antiautoritären, antiimperialistischen Faszinationen der 68er Bewegung nach der Tendenzwende von 1973/74 ergeben hatte.

Das Fachorgan der Politologen "Politische Vierteljahresschrift" brachte 1981 ein ganzes PVS-Forum Politische Kultur, in dem ein heftiger Streit zwischen westlich orientierten Verändereern und nicht minder westlich orientierten Bewahrern entbrannte, der im folgenden Jahr auf einem Symposion "Politische Kultur" an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing fortgesetzt wurde. Hier wurde die Politische Kultur sogar als ein Orwellsches Konzept angeprangert. Es handelt sich eher um ein Konzept der Re-education. Sowohl strukturell als auch personell läßt sich eine starke Verbindungslinie erkennen.

Gabriel A. Almond, ein 1938 in Chicago an der Hochburg der behavioristischen Schule der politischen Wissenschaften promovierter Sozialwissenschaftler, arbeitete von Gründung (1942) an im amerikanischen Kriegspropagandaamt, beteiligte sich dann im Kriegsministerium am "U.S. Strategic Bombing Survey", der mit neuesten sozialwissenschaftlichen Methoden die moralischen Wirkungen der Flächenbombardierungen maximieren sollte.

1949 trat Almond erstmals literarisch hervor mit einem Buch über die Demokratisierung der Deutschen ("The Struggle for Democracy in Germany"). Mit dem Koreakrieg wandte sich Almond der anderen Bedrohung der von ihm anvisierten "neuen politischen Weltkultur" zu.

...

1965 (erschien) die von Almond und Verba herausgegebene "Zehn Länder Studie" "Political Culture and Political Development". Katalysator der Political Culture Forschung sind nach Almond die neuen Techniken der Meinungsbefragung. Mit ihnen schließt er vier Traditionslinien (klassisches politisches Denken, moderne politische Wissenschaft, Sozialpsychologie, Psychoanthropologie) zu einem Forschungskonzept zusammen. Gleichwohl enthält "Civic Culture" Argumentationsketten, die empirisch weder verifiziert noch falsifiziert werden können. ...

Politische Eliten müßten jedoch an den "demokratischen Mythos" glauben, daß Bürger auf die Politik Einfluß nehmen könnten.

Deutschland war in den 60er und 70er Jahren kein Mittelpunktthema und kein Anlaß für besondere Besorgnisse. Dennoch spielt es in der Political Culture Forschung eine wichtige Rolle. Die psychopolitische Sicht war ursprünglich auf Deutschland gerichtet gewesen. Verba schreibt: "Viele der klassischen Werke über die nichtpolitischen Wurzeln politischer Haltungen wurden von Männern geschrieben, die die Fragen beantworten wollten, die der deutsche Nationalsozialismus aufgeworfen hat. Man denkt dabei sofort an Adorno, Horkheimer, Lewin und Fromm und die Nachkriegsstudien über den deutschen politischen Charakter".

Das konzeptionelle Umfeld der Reeducation der Deutschen war Ausgangspunkt der Political Culture Forschung. In ihr zeichnet sich nicht nur ein Wandel des Deutschlandbildes ab, sondern auch ein Wandel der deutschen Wirklichkeit, soweit sie mit einem sozialwissenschaftlichen Raster einzufangen ist. Reeducation und Politische Kultur sind jedoch nicht nur durch eine psychopolitische Traditionslinie verbunden, sondern auch durch eine der empirischen Sozialforschung. ...

Die Umfragen der ersten Jahre spiegeln den Fehlschlag der "kleinen" Umerziehung wider. Die Deutschen hatten zwar den Nationalsozialismus hinter sich gelassen, "aber sie nehmen die

meisten Muster demokratischen Verhaltens, die die Militärregierung fördert, nicht an". Unter der Hohen Kommission verschieben sich die Wertungen: "Die Bundesrepublik war nicht die Musterdemokratie, die sich die amerikanischen Besatzer ursprünglich erhofft hatten, aber es war eine populäre, stabile und effektive Demokratie in einem formalen Sinne. Ihre Stärke gab der Bundesrepublik den Atemraum, der notwendig ist, um einige weniger formale Aspekte der Demokratie zu entwickeln, wie soziale Gerechtigkeit und Gleichheit." ...

1959 war das Jahr, in dem Almond/Verba die Befragung für ihre "Fünf Länder Studie" durchführen ließen. In der Studie wird Deutschland eher schlecht benotet: "In Deutschland hält eine passive Untertanen-Einstellung an..."

Zwei Jahre später verschiebt sich in der "Zehn Länder Studie" von Pye/Verba der Akzent. "Passivität, Pragmatismus, Distanziertheit, legalistischer Formalismus führen dazu, daß die Deutschen sich dem Radikalismus verschließen, ohne zu einer demokratischen Partizipation überzugehen"

Das aber bringt immerhin den Faktor Zeit, der der Weimarer Demokratie fehlte, "um das politische System durch das Schaffen von Haltungen zu durchdringen, die für die demokratische Partizipation von Nutzen sind."

1980 kamen Almond/Verba auf ihre "Fünf-Länder-Studie" zurück. Sie veröffentlichten "The Civic Culture revisited", einen Sammelband, in dem neben Stellungnahmen verschiedener Autoren die fünf Länder jeweils durch einen neuen Bearbeitet unter die Lupe genommen werden. Für Deutschland handelt es sich um David P. Conradt. Laut Conradt hat jetzt anscheinend der Faktor Zeit gegriffen. Inzwischen habe sich jeder einzelne Aspekt, der 1963 in der Almond/Verba Studie aufgeführt worden sei, verändert. "Die Entwicklungen seit 1959 unterstreichen das Ausmaß des kulturellen Wechsels in Deutschland."

Ja, die Deutschen überrunden in manchen Aspekten die anglo-amerikanischen Vorbilder. Zwischen 1959 und 1978 ist der Prozentsatz der Deutschen, der auf die politischen Institutionen des Landes stolz ist, von 7 % auf 31 % gewachsen, von 1951 bis 1976 der Prozentsatz, der meint, daß es nicht zu einer Wiedervereinigung kommen werde, von 28 % auf 65 % gewachsen - Verfassungspatrioten, wohin man auch blickt.

Doch während Deutschland zum Inbegriff einer stabilen Demokratie geworden ist, haben sich neue Fragen ergeben. Jetzt stellt sich die Frage, ob die liberale Demokratie für die partizipatorischen Bedürfnisse und politischen Anforderungen einer Bevölkerung, die nicht länger in den demokratischen Kinderschuhen steckt, adäquat sei.

In einer künftigen Demokratiekrise habe die Bundesrepublik jedoch die gleichen Chancen wie die anderen westlichen Demokratien. Almonds Frage, warum in der Krise der 30er und 40er Jahre die angelsächsischen Demokratien sich durchwurzelten, die deutsche jedoch zusammenbrach, ist beantwortet - nicht auf dem Papier, sondern in der politisch kulturellen Wirklichkeit. Die "traumatische" Vergangenheit spielt keine Rolle mehr, der Traum vom "deutschen Sonderweg" ist für die Politische Kultur Forschung ein für allemal ausgeträumt, die Umerziehung der Deutschen ist - 1980 - erfolgreich abgeschlossen.<<

Seit 1982 fanden jährlich Gedenkgottesdienste in der Dresdener Kathedrale und der Kreuzkirche statt. Um 21.45 Uhr läuteten traditionell alle Dresdener Kirchenglocken, um an den Beginn der Bombenangriffe zu erinnern, die am 13. Februar 1945 einsetzten.

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Jochen Löser (1918-2001, 1974 als Generalmajor der Bundeswehr verabschiedet) berichtete in seinem 1982 veröffentlichten Buch "Gegen den Dritten Weltkrieg ..." über den angenommenen politischen und militärischen Ablauf eines Dritten Weltkrieges (x099/227-238): >>... **Die erste Phase eines dritten Weltkrieges**

Die Sowjetunion kündigt das Viermächteabkommen über Berlin. Volksmilizen der DDR besetzen West-Berlin als "ihre" Hauptstadt, isolieren die dortigen Besatzungstruppen in einer "neutralen Zone" und schicken die Diplomaten des Westens in ihre Länder zurück.

Zuletzt sperren zwei Flottenverbände den Persischen Golf und den Golf von Aden. Die Ölfuhr zu den westlichen Ländern der Welt und nach Japan wird unterbrochen, ebenso die Zuführung der Rohstoffe aus Afrika.

Die NATO hat "General Alert" verkündet und macht mobil. Sechs amerikanische Divisionen werden über "Reforger" auf einer Luftbrücke und in Seetransporten in den Bereich der Bundesrepublik verlegt. Auch die taktischen Luftstreitkräfte der NATO werden aus den USA verstärkt.

Die europäischen Verbündeten bringen ihre Landstreitkräfte auf volle Stärken und führen sie in die vorgesehenen Verteidigungsräume der "Vorneverteidigung" des NATO-Bereichs "Europa-Mitte".

Die Norweger und Dänen drängen zum Einlenken. Aufgrund der NATO-Verträge verweigern sie eine Verstärkung ihrer Streitkräfte und die Dislozierung (räumliche Verteilung) von Atomwaffen auf ihrem Gebiet. In der Bundesrepublik fordern "Bürgerinitiativen" neue Verhandlungen und Eingehen auf das Neutralitätsangebot.

Subversive Aktionsgruppen haben den Sender Bremen und die Anlagen des ZDF gesprengt. Durch Überfall auf Atomkraftwerke und Einrichtungen der E-Werke in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wurde die Energieversorgung bis auf 30 % lahmgelegt. Auch militärische Einrichtungen wie Depots, Kasernen und Flugplätze werden mit Schwerpunkten der Ausladungsbasen für die US-Streitkräfte in Frankfurt angegriffen.

Die Bevölkerung ist, auf diese Aktionen nicht vorbereitet, in Panik. ...

Der deutsche Bundeskanzler fordert die Bevölkerung zur Ruhe auf und setzt den BGS mit allen verfügbaren Ordnungskräften der Polizei der Länder und Kommunen zur Bekämpfung subversiver Aktionen ein. Auch die Bundeswehr wird mit Kräften des Heimatschutzes zur Sicherung der Mobilmachung und der Aufmarschbewegungen eingesetzt. ...

Überraschend greifen in der Nacht vom 1. auf den 2. September Streitkräfte des Warschauer Paktes die NATO-Verbündeten an vier Stellen an. ...

Der überraschende Angriff ist mit Luftangriffen auf die Flugplätze der NATO, die NATO-Luftstreitkräfte, Depots und Regierungszentralen verbunden.

Die Neutralität Schwedens, der Schweiz und Österreichs wird gewahrt. ...

Die militärischen Aktionen des Warschauer Paktes werden in der Tiefe aller Operationsgebiete erfolgreich durch weitere subversive Aktionen des "Verdeckten Kampfes" unterstützt. "Stille" Zellen vorbereiteter Aktionsgruppen werden an vielen Stellen aktiviert. Diese werden von linksgerichteten Sympathisanten unterstützt. Sie lähmen empfindlich die Versorgungseinrichtungen der Bevölkerung, besonders die Energiequellen, Fernmeldeeinrichtungen und Verkehrsverbindungen. Es fehlen vorbereitete Kräfte zur Gegenwehr. In Großstädten und Ballungsgebieten ist Chaos die Folge.

In fünf Tagen wurden die mit 28 Divisionen tapfer kämpfenden NATO-Verbündeten durch die anstürmenden Verbände des Warschauer Paktes auf eine Linie Flensburg - Weser - Kassel - Nürnberg - München, unter schweren Verlusten auf beiden Seiten, zurückgedrängt.

Die zweiten Staffeln der Fronten der Warschauer Pakt-Streitkräfte stehen vor ihrem entscheidenden Einsatz zum Durchbruch auf ihre operativen Ziele. Nur noch 6 frische Gegenangriffsddivisionen der NATO stehen zur Verfügung. Auch die französischen Streitkräfte wurden mit 6 Divisionen im Süden zur Verstärkung des V. US- und des II. Deutschen Korps in den Kampf geworfen.

Der amerikanische Präsident warnt in einer Note die UdSSR vor weiterem Vordringen mit einer Androhung des Einsatzes nuklearer Mittel.

Die Sowjetunion wiederholt ihr Ultimatum einer westdeutschen Neutralität und droht mit atomaren Gegenschlägen im Falle des Bruches des Kriegsvölkerrechts durch die USA. Sie weist darauf hin, daß im Zusatzprotokoll zum humanitären Kriegsvölkerrecht der Einsatz von A-

Waffen auf bevölkerungsstarke Gebiete verboten sei. Würden die USA diesen 1977 von 140 Staaten paraphierten Vertrag brechen, könnte auch die Sowjetunion sich nicht daran halten. Die Streitkräfte des Warschauer Paktes setzen ihre zweite Staffel zum Durchbruch in die Bundesrepublik ein.

Im Norden haben sie die Sperre zwischen Island und Großbritannien geschlossen und die Seeverbindungen zwischen den atlantischen Partnern unterbrochen.

Im Süden konnten sie Italien und das südliche Mittelmeer "neutralisieren".

Die deutsche, dänische, norwegische und holländische Bevölkerung sind in ihrem Durchhaltevermögen erschüttert. Besonders die Zivilbevölkerung leidet unter Flüchtlingsströmen. Hunderttausende sind nach Westen unterwegs und nicht mehr zu ordnen. Versorgungsschwierigkeiten nehmen zu. Verletzte und Kranke können in den überfüllten Krankenhäusern kaum noch versorgt werden.

Orte im Kampfgebiet werden nach Kriegsvölkerrecht zu "unverteidigten Ortschaften" erklärt. Sie werden von den kämpfenden Soldaten verschont. Die Erklärungen der rückwärts gelegenen Städte und Ballungsgebiete zu "offenen Städten" und "neutralisierten Zonen" werden nicht anerkannt.

Militärisch sind die mit konventionellen Waffen kämpfenden Verbände der NATO nicht mehr in der Lage, den offenen Raum in der Tiefe zu decken, Europa liegt als Beute der Sowjets offen.

Nachschub an Truppen und Material über den Atlantik kann nur noch unter großen Verlusten herangeführt werden. Die Vorräte an Munition und schwerem Material geht zu Ende. 3.000 der 6.000 Panzer der NATO und 50 % ihrer Artillerie sind ausgefallen.

Die Sowjets haben von ihren 28.000 Panzern 8.000 und von ihrer Artillerie 30 % eingebüßt, trotzdem setzen sie ihre "kühnen Stöße" in immer raumgreifenderen Operationen energisch fort. Sie kämpfen gegen die Zeit, denn in einigen Ländern ihres Blocks wurden Truppenbewegungen gestört und Versorgungseinrichtungen durch Partisanen gelähmt. Die Chinesen versammeln an ihrer Nordgrenze 100 Divisionen und drohen mit dem Einsatz ihrer Atomwaffen auf Moskau.

Am siebenten Tag der sowjetischen Offensive setzen die USA "selektiv" drei Atomwaffen mit je 10 Kilotonnen (Kt) ein.

1. Ziel: Eisenbahnknotenpunkt bei Lodz in Polen,
2. Ziel: Ö raffinerie bei Ploesti in Rumänien,
3. Ziel: Hafenanlage Triest.

Der Einsatz wird mit einer Note des US-Präsidenten abgeschlossen, die besagt, daß bei weiterem Vordringen der sowjetischen Angriffsdivisionen der Nuklear-Krieg bis zur letzten Konsequenz geführt werden würde.

Die Sowjets antworten mit Atomschlägen auf NATO-Ziele mit 100 Atomsprengköpfen SS 20 und Backfire-Bombern. Ziele sind:

1. die Auffrischungsräume der 7. Panzer-Grenadierdivision bei Unna, Hauptquartiere, Depots und Flugplätze,
2. der britische Hafen Portsmouth,
3. die Mobilmachungsräume einer italienischen Reservedivision bei Mailand,
4. die Versammlungsräume von 2 amerikanischen Divisionen im Raume Frankfurt und 3 französische Divisionen im Rheintal südlich (von) Mannheim und um Straßburg sowie die amerikanischen Flugplätze in Südwestdeutschland.

Zugleich setzen sie "Killer-Satelliten" mit nuklearen Köpfen und Laserstrahlen zum Ausschalten der amerikanischen Aufklärungs- und Nachrichtensatelliten im Weltraum ein. Das amerikanische Frühwarnsystem wird hierdurch empfindlich gestört. Der Einsatz strategisch-nuklearer Waffen der USA scheint gefährdet.

Der US-Präsident gibt aufgrund des Drängens der NATO-Verbündeten die atomaren Gefechtsfeldwaffen frei. Die Sowjets antworten mit weiteren Einsätzen nuklearer Gefechtsfeld- und Mittelstreckenwaffen (SS 20). Zugleich setzen sie Nervengas-Kampfstoffe gegen die NATO-Landstreitkräfte ein. Große Verluste unter den NATO-Truppen und Millionen Tote unter der deutschen, holländischen, dänischen Bevölkerung sind die Folge.

Nach anfänglicher Entlastung bricht der Widerstand der NATO zusammen. Sowjetische Landstreitkräfte erreichen ihre Ziele: die Nordseehäfen, die Westgrenze Frankreichs und die Neutralisierung Italiens und Griechenlands. ...

Die Bundesrepublik ist verloren.

Wirtschaftskraft und Versorgungseinrichtungen sind vernichtet.

Eine Strategie hat das zerstört, was sie erhalten sollte: die Substanz der Bevölkerung und das Territorium der Bundesrepublik, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks und von Teilen Frankreichs.

Phase 2 eines dritten Weltkrieges

Seekrieg

Die Flotten der UdSSR und der USA haben den Kampf zur See verstärkt. ...

Nach 8 Tagen sind 50 % der sowjetischen und 30 % der westlichen Seestreitkräfte vernichtet. Damit ist die sowjetische Flotte nur noch begrenzt in der Lage, die Forderung ihres Schöpfers, des Admirals Gorschkow, zu erfüllen, "die Unterstützung der Landstreitkräfte und der Luftwaffe gegen das gegnerische Territorium".

Der Kampf im Weltraum

Während der Seegefechte hat der Kampf um die Vorherrschaft im Weltraum begonnen. Dort unterhalten beide Seiten etwa 4.000 Satelliten und 5 Weltraumstationen für die Aufgaben der Frühwarnung, der Aufklärung und Kontrolle der Territorien und Meere sowie des Luftraumes. Die Aufrechterhaltung ihrer Funktionen ist strategisch entscheidend. Wer die Vorrangstellung im Weltraum besitzt, kann Frühwarnung, Aufklärung und Lenkung der strategisch-nuklearen Lang- und Mittelstreckenraketen weitgehend ausschalten. ...

Der Kampf im Weltraum endet zunächst remis. Es wurden etwa je 60 % der gegnerischen Satelliten ausgeschaltet. Damit reduziert sich zugleich der mögliche Einsatz der strategisch-nuklearen Potentiale um die Hälfte.

Die dritte Phase eines dritten Weltkrieges – strategischer und nuklearer Krieg

Die Sowjets fordern die Europäer zur Kapitulation auf. Der amerikanische Präsident fordert dagegen die Einstellung aller Kampfhandlungen in Mitteleuropa, im Mittelmeer und in Asien. Andernfalls würden die USA das letzte Mittel nicht scheuen: den Einsatz strategischer Nuklearwaffen.

Eine Kapitulation der NATO wird von den USA, Frankreich und Großbritannien abgelehnt.

Die Sowjets antworten mit Nuklearschlägen ihrer strategischen land- und seegestützten Nuklear-Raketen auf Peking, Shanghai und Nanking in Asien, weiterhin in Europa auf Southampton und Birmingham. Wieder werden amerikanische Ziele ausgenommen.

Der US-Präsident entschließt sich zum Äußersten, einem strategisch-nuklearen Angriff auf 30 wichtige Ziele in der Sowjetunion und das Territorium ihrer Verbündeten. Sie treffen Wirtschaftszentren, militärisch wichtige strategische Punkte und Versorgungsknotenpunkte. Mit diesem Schlag werden gleichzeitig die Angriffe auf alle sowjetischen strategischen atomaren U-Boot-Träger wiederholt.

Die Sowjetunion antwortet mit einem Gegenschlag auf westliche Großstädte; Washington, New York, Chicago, San Francisco, Montreal, London.

Die noch vorhandenen Atomwaffen der USA werden auf Moskau, Leningrad, Kiew, Charkow, Irkutsk und Wladiwostok abgeschossen. Städte des Warschauer Paktes werden ausgenommen. 15 Millionen Tote in der Sowjetunion und 30 Millionen tote US-Bürger sind zu be-

klagen. ...

Die vierte Phase des dritten Weltkrieges:

Der Aufstand der asiatischen Völker und der arabischen Welt

Während die USA und die Sowjetunion nach einer Bilanz des Grauens versuchen, ihren Handlungsspielraum wiederzugewinnen und vergeblich Noten austauschen, geschieht etwas schon längst Geahntes, aber letztlich doch Überraschendes. Der Meuterei asiatischer Truppenkontingente der sowjetischen Fernostarmee in der chinesischen Provinz Shenyang schließen sich weitere sowjetische Truppenkontingente an. 65 % ihrer Soldaten sind Asiaten.

Das ist der Auftakt zu Aufständen in allen sowjetischen Volksrepubliken mit asiatischer Bevölkerung, aber auch zu Volksaufständen im gesamten Herrschaftsbereich des Warschauer Paktes.

Die sowjetische Regierung wird gestürzt.

Der Kampf an allen Fronten wird eingestellt.

In Mekka ruft ein Ayatollah zum heiligen Krieg des Islam auf. Der ganze Nahe und Mittlere Osten, Pakistan, der südwestliche Teil Rußlands und die Völker in der Nordhälfte Afrikas schließen sich dieser Bewegung an. Unter Führung eines Gadhafi wird die bisherige Neue Arabische Liga um etwa 300 Millionen engagierte Moslems erweitert. Trotz heftiger Gegenwehr werden Israel und die bisher prowestliche eingestellten Regierungen in Saudi-Arabien, den arabischen Emiraten und Ägypten überrannt. Die Aufstände im Iran 1978/79 wiederholen sich und erreichen bedrohliche Ausmaße.

Ein gewaltiger asiatisch-arabischer Block mit überragenden Kraftfeldern ist entstanden. Er umfaßt die Hälfte der Bevölkerung der Welt, besitzt die entscheidenden Rohstoff- und Energievorräte, kontrolliert aus einer geostrategisch-zentralen Position heraus das Mittelmeer, Afrika und Asien.

Er wird sich dank seiner Machtinstrumente von den noch lebensfähig gebliebenen westlichen Völkern und Japan rasch die noch fehlenden Instrumente beschaffen: Technologie, Management, Organisation.

Auch diesem Block wird nicht alles gelingen können, denn die Vielfalt seiner Rassen, Ideologien und Religionen ist zu groß. Er wird aber ein wichtiger Partner aller vernachlässigten Regionen in der Dritten Welt und in Südamerika sein und niemals mehr eine Dominanz freier westlicher Demokratien zulassen, denn seine Voraussetzung ist die Diktatur, ohne die er seine Völker nicht zusammenhalten kann.

Ein Friede ganz anderer Qualität ist entstanden.

Die Vormachtstellung der USA und der Russen ist gebrochen. Keiner von beiden konnte die Weltherrschaft erringen oder behaupten.

Ihre Militärstrategien haben ihre politischen Ziele und Europa zerstört. Der Krieg hat sich für sie nicht als die zweckmäßige Fortführung der Politik mit anderen Mitteln erwiesen, sondern als ihr Mörder. Er wurde durch die Gewalt seiner Zerstörungskraft aus seiner historischen Funktion gedrängt, er hat seine Grenzen zum "Äußersten" (Clausewitz) überschritten. Diese Erkenntnis haben über hundert Millionen Menschen mit ihrem Leben, weitere unzählige Millionen mit dauerndem Siechtum bezahlen müssen.

Aus dieser vorgestellten apokalyptischen Vision können wir nur einen einzigen Schluß ziehen: Die Erkenntnis muß auf einem neu zu durchdenkenden unblutigen Wege gewonnen werden!

Zwingend aber ist nach diesen Erkenntnissen, daß ein dritter Weltkrieg ausgeschlossen sein muß, wenn auch nur ein Funke der Vernunft der Regierenden vorausgesetzt werden kann. Erkennbar ist, daß Weltherrschaft durch Krieg oder militärische Mittel im 20. und 21. Jahrhundert nicht mehr ausgeübt werden kann.

Vorstellbar bleibt, daß andere als die heutigen Strategien den Frieden und die Welt tatsächlich

in Balance halten können. Entscheidend für diese Vorstellung ist, daß die Militärstrategien und die anderen Machtinstrumente dem politischen Ziel mehr entsprechen als heute. ...<<

1983

US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 20. Januar 1983 das Jahr 1983 zum "300. Jubiläumsjahr der deutschen Siedlung in Amerika". Am 6. Oktober 1683 waren 13 Leinenweber aus Krefeld mit ihren Familien in Philadelphia eingetroffen und hatten dort die erste deutsche Siedlung Germantown gegründet.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (1925-2012) versprach am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.

Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<

Bei der vorgezogenen 10. Bundestagswahl erhielten die Parteien am 6. März 1983 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 48,8 %, SPD = 38,2 %, FDP = 7,0 %, Die Grünen = 5,6 %, Sonstige = 0,4 %.<<

Nach seiner Wiederwahl bildete Bundeskanzler Helmut Kohl am 29. März 1983 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 29. Juni 1983 über eine westliche "Finanzspritze für die marode Ostwirtschaft": >>**Strauß verschafft DDR Milliardenkredit**

Seit 1970 hat die DDR weit über ihre Verhältnisse gelebt. Die Verschuldung im Westen stieg von 2 Milliarden (1970) auf 27,9 Milliarden Valuta-Mark (1980). ... Der bayerische Ministerpräsident vermittelt einen Milliarden-Kredit, den ein Bankenkonsortium an die DDR vergibt (Führung: Bayerische Landesbank). Die Bundesregierung übernimmt am 29. Juni die Bürgschaft. ...<<

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (1915-1988) setzte am 29. Oktober 1983 im Bundestag eine Bürgschaft der Bundesrepublik Deutschland durch, so daß die verschuldete DDR einen Milliardenkredit erhielt.

Das SED-Regime räumte anschließend gewisse Reiseerleichterungen ein und baute ab 1984 die Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze ab.

Der westdeutsche Diplomat Günter Gaus (1929-2004) schrieb im Jahre 1983 über den Rückzug der DDR-Gesellschaft ins Private (x298/235): >>... Also: Was ist eine Nische in der Gesellschaft der DDR?

Es ist der bevorzugte Platz der Menschen drüben, an dem sie Politiker, Planer, Propagandisten, das Kollektiv, das große Ziel, das kulturelle Erbe – an dem sie das alles einen guten Mann sein lassen, Gott einen guten Mann sein lassen und mit der Familie und unter Freunden die Topfblumen gießen, das Automobil waschen, Skat spielen, Gespräche führen, Feste feiern. Und überlegen, mit wessen Hilfe man Fehlendes besorgen, organisieren kann, damit die Nische noch wohnlicher wird. ...

Eine der schönsten Nischen ist die eigene Datsche, wie man – mit "e" am Ende – das russische Wort "Datscha" gewöhnlich ausspricht: die Weiterentwicklung der Gartenlaube zum Sommerhaus am Waldrand oder Seeufer, möglichst winterfest ausgebaut. ...

Eine besonders wichtige tiefe Nische sind der Freundeskreis und die Gespräche, die in ihm geführt werden. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die militärische US-Wettrüstung (x068/357-361): >>**"Die menschliche Rasse ist sehr elastisch, Senator ..."**

Unter der Reagan-Bush-Administration arbeiteten über 30.000 US-Industrieunternehmen und

mehr als 6,5 Millionen Amerikaner für den "militärisch-industriellen Komplex". Unter Reagan/Bush würden dafür an jedem Arbeitstag mehr als 50.000 Lieferkontrakte von den Bevollmächtigten des Pentagons und der Waffengattungen unterschrieben und Tag für Tag fast 900 Millionen Dollar dafür ausgegeben.

Denn es mußte Geld kosten, viel Geld!

Gegen Ende der achtziger Jahre hatten die USA 360 Militärbasen in Übersee. Und jährlich investierten sie dort über 1,5 Milliarden Dollar in neue Militäranlagen.

Aber die Militäranlagen hatten dem Dollar zu dienen - und dann allenfalls noch ein bißchen umgekehrt. Doch die Priorität stand fest. Viel kosten, viel verschlingen mußte alles.

Allein der Unterhalt der US-Air-Force verschlang in den achtziger Jahren eine größere Summe, als ganz Lateinamerika, Afrika und Asien (mit Ausnahme Japans) für Kindererziehung ausgeben konnten.

Die Yankees dagegen geben viel für Kindererziehung aus, selbst noch für die Erwachsenen, weil sie noch nicht so erzogen sind, wie heute Kinder erzogen werden.

In der Reagan-Bush-Zeit bekamen da und dort Vierzehnjährige schon Waffenausbildung. Sie zogen zu Kriegsspielen ins Gelände, in gewissen Schulen stets in Uniform, mit militärischen Dienstgradabzeichen, auch die Mädchen.

Nazimethoden?

200 Millionen Kriegsspielzeuge wurden Jahr für Jahr an amerikanische Kinder verkauft.

Doch nicht die Jugend nur, fast die ganze Gesellschaft wurde vom Militär fasziniert, das ganze Land beinahe zu einer Art Militärarsenal - nicht im Dienst übler Kampf- oder Kriegshysterie, oh nein, es diente dem militärisch-industriellen Komplex. Das andere war eher ein Nebenprodukt, das man, gar nicht ungerne, buchstäblich in Kauf nehmen konnte.

Zumindest in den ersten Jahren der Reagan-Bush-Administration standen in den USA rund zwei Millionen Menschen unter Waffen, davon 170.000 Frauen. Etwa ein Drittel der Kampfverbände aber befindet sich in der Regel im Ausland: in Europa, in der Karibik, im Bereich des westlichen Pazifik, des Indischen Ozeans.

Weiß man doch, wie oft man da schon zu operieren hatte, immer wieder, in Mittelamerika, in Kuba, im Libanon, im Persischen Golf, im Iran, Irak, in Libyen, in Vietnam?

Nach Ermittlungen der Historiker B. M. Bleichman und Stephen S. Kaplan intervenierten die USA mit militärischem Einsatz in den ersten dreißig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit in 215 Fällen.

Trotz der gewaltigen Kriegsmaschinerie aber, trotz des größten Militärapparates der Welt, der jeden Punkt des Planeten entweder "schützt" oder bedroht, trotz des zeitlichen Vorsprungs bei der Produktion der meisten stets schrecklicheren Waffen, eines Vernichtungspotentials, wie es die Welt noch nie gesehen, schwätzten sie ihr immer wieder ihre Unterlegenheit vor, entsetzten sie die Nation und die Verbündeten, ihre "Freunde", mit klaffenden Lücken, Lücken bei dieser, bei jener Waffe, eine Lücke in der Panzerwaffe gab es, eine "bomber gap", eine "missile gap", eine Unausgewogenheit bei den Raketen - entsprechende Lügen ihrer Präsidenten und Propaganda am laufenden Band. "Die Wahrheit ist", log Reagan 1982, "daß die Sowjetunion in der Tat eine definitive Überlegenheit besitzt ..."

Der Zweck des Dauergeschwätzes von all den "Lücken", den "Ungleichgewichten", dem Vorsprung oder doch bald drohenden Vorsprung der Russen war es, das irrsinnige Rüstungsgeschäft immer mehr in die Höhe zu jagen. 1940 hatte man dafür zwei Milliarden Dollar ausgegeben, 1945 schon 86 Milliarden, 1970 bereits 104 Milliarden, inzwischen sind es 300 Milliarden.

Sagte ich irrsinnig?

Wie leichtfertig. Denn all dies mußte sein - ein Erfordernis der Verantwortung einfach.

Waren doch alle US-Streitkräfte, Heer, Marine, Luftwaffe, Marineinfanterie, stets beinahe kri-

minell schlecht ausgerüstet, wie die Rüstungsindustrie wußte. Sie alle hatten über kurz oder lang (aber öfter über kurz) veraltete Waffen und mußten immer wieder neu bestückt werden. Und wird ein im Verteidigungsbereich so ahnungsloser Mann wie Caspar Weinberger Verteidigungsminister, mußte der Militärisch-industrielle Komplex ihn natürlich beraten, sorgfältig beraten, aus seinen Erfahrungen heraus.

Und wirklich konnte man seine Bedürfnisse derart plausibel machen, daß Weinberger dem Kongreß Anfang 1981 einen Fünfjahresplan zur Wiederaufrüstung in Höhe von insgesamt 1,5 Billionen Dollar präsentierte. Man sollte meinen - auch wenn da noch etwas reduziert werden mußte - das reicht. Aber nein, ermittelte das Pentagon doch bei der Kontrolle von 774 Rüstungspreisen immerhin 365 grobe Preisüberschreitungen mit einem Gesamtwert von 788,9 Millionen Dollar. Und das Überschreiten nimmt in jüngster Zeit ständig zu. So stiegen die staatsanwaltlich verfolgten Betrugsfälle von 770 im Jahr 1984 auf 1.421 im Jahr 1986. Dazu kamen im selben Zeitraum noch 511 staatsanwaltliche Bestechungsdelikte.

Die Rüstung und Überrüstung, die eine Eskalation aufzuweisen hatte, wie sie nur unter Wahnsinnigen möglich scheint, da sie längst reichte, den Planeten mehrfach in die Luft zu jagen, war freilich vernünftig, dachte man nur an das Geschäft dabei. Und gewisse, und zwar die maßgebenden Kreise dachten ganz offenbar nur an das Geschäft, das immer astronomische Summen einbrachte, wobei sich, bizarr genug, nicht auch die Waffen im gleichen Maße mehrten.

Rolf Winter hat gezeigt, daß die erste Reagan-Bush-Regierung für 75 % mehr Geld für die Air Force nur 8 % mehr Flugzeuge erhielt; für 91 % mehr Geld für Raketen nur 6 % mehr Raketen; für 147 % mehr Geld für die Panzerwaffe nur 30 % mehr Panzer.

Ein Skandal?

Aber nein. Es hing und hängt damit zusammen, daß, was wir alle kennen, alles einfach immer teurer wurde und wird, laufend, laufend, was hier nur die sogenannte AMRAAM-Rakete, eine "Fortgeschrittene Mittelstrecken-Luft-Luft-Rakete" veranschaulichen soll. 1977 bezifferte man den Stückpreis in Washington auf 45.000 Dollar, 1981 stieg der Preis schon auf 115.000 Dollar, bis 1984 kletterte er auf 305.000 und 435.000 Dollar, schließlich kosteten die ersten 90 Raketen pro Stück 871.000 Dollar - und noch 1989 trafen nur die allerwenigsten dieser Raketen überhaupt ihr Ziel, wohl das Beste, was man von ihnen sagen kann - aber irgendwohin trafen und treffen sie natürlich doch.

Also, man muß sich über Wasser halten. Man muß sich nach der Decke strecken. Und so hält man sich und streckt sich. Und je mehr man verdient, desto weniger zahlt man natürlich im Verhältnis dem Staat. Das dürfte weithin in der Welt zwar ähnlich sein. In den USA aber zahlten Rüstungsriesen mit Hunderten von Millionen, ja mit Milliarden Dollar Reingewinn in den ersten vier Jahren der Reagan-Regierung überhaupt keinen Cent Einkommensteuer: zum Beispiel "Lockheed" mit 1,7 Milliarden Dollar Profit, "Boeing" mit 2,1 Milliarden Dollar Profit, "General Electric" mit 9,6 Milliarden Dollar Profit.

Aber leider: nur vier Jährchen lang.

Warum nicht länger?

Ja, das fragt man sich.

Warum nicht stets?

Versteht man, weshalb so viele Präsidenten schon lehrten:

Je weniger Staat, desto besser?

Weshalb Reagan schon in seiner Rede zum Amtsantritt sagte, der Staat sei "nicht die Lösung, der Staat ist das Problem"?

Gut gesagt, Sir.

Und versteht man jetzt auch, warum die Sowjetunion immer böser, immer stärker, immer überlegener wurde - obwohl sie es doch längst nicht (mehr) war?

Im selben Jahr, als Präsident Reagan log, in Wahrheit besitze die Sowjetunion eine definitive Überlegenheit, im selben Jahr, am 29. April 1982, beantwortete sein Verteidigungsminister Weinberger vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Frage, ob er lieber über das sowjetische oder das amerikanische Atomarsenal verfügen würde: "Auch nicht einen Augenblick würde ich irgend etwas tauschen, denn wir haben einen unerhörten technologischen Vorsprung."

So war es. Und der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Ustinow sagte denn auch mit allem Recht ein Jahr darauf. "Sehen wir uns doch an, wer wirklich der Initiator des Wettrüstens ist. Die Frage sei gestattet, wer als Erster eine Atomwaffe geschaffen und sie gegen die Bevölkerung von Hiroshima und Nagasaki angewandt hat?

Wer als Erster Tausende von Bombenflugzeugen als Träger für Kernwaffen gebaut und damit begonnen hat, Interkontinentalraketen in Massen zu produzieren und zu stationieren, sowie die Zahl der atomar angetriebenen U-Boote mit ballistischen Raketen an Bord zu vergrößern? Wer war der Erste bei der Ausstattung ballistischer Raketen mit individuell gesteuerten Mehrfachsprengköpfen?

Wer hat mit der Produktion der Neutronenwaffe und der binären chemischen Waffen begonnen?"

Wer versucht, das Wettrüsten auf den Weltraum auszudehnen?

Gleichwohl haben die USA systematisch die Hysterie, den "Kalten Krieg", die panische Angst vor den Russen geschürt, die in Wirklichkeit immer mehr zu Tode gerüstet wurden, wie sich inzwischen drastisch genug gezeigt hat.

Und Ronald Reagan konnte im Bewußtsein dieser ungeheuren Überlegenheit im Weißen Haus zwischen Suppe und Hauptgericht gelassen einen "begrenzten atomaren Schlagabtausch" in Europa ventilieren, ohne daß ihm der Appetit verging.

Warum auch?

Sein Abrüstungsexperte, Eugene Rostow, beurteilte 1981 bei einer Anhörung im Senat das Überlebensrisiko optimistisch. Er zögerte keinen Augenblick, in diesem Zusammenhang das Aufblühen Japans nach dem amerikanischen Nuklearangriff zu erwähnen, ja, erklärte dem ziemlich verblüfft nachfragenden Senator: "Die menschliche Rasse ist sehr elastisch, Senator Fell". ...<<

1984

Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007) erklärte während eines wissenschaftlichen Kongresses ("Der Mord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg"), der vom 3. bis 5. Mai 1984 in Stuttgart stattfand (x036/176-177): >>... Es wurden in Auschwitz nicht 2,5 Millionen Juden vergast. Das ist eine Unmöglichkeit. Wenn man sich ganz Europa ansieht, dann weiß man doch, wie viele Juden in der Sowjetunion erschossen und wie viele im Generalgouvernement vergast worden sind. Aus dem Generalgouvernement sind im Jahre 1942 noch keine Juden nach Auschwitz gekommen, und nach dem Ende des Jahres 1942 sind sehr wenige übriggeblieben. Die meisten polnischen Juden sind in Treblinka, in Belzec und in Sobibór vergast worden.

Ich schätze die Zahl der Opfer in Auschwitz auf rund eine Million Juden. Davon sind 400.000 aus Ungarn gekommen, etwa 300.000 aus verschiedenen polnischen Gebieten, darunter Lodz, Oberschlesien, Bialystok, Zichenau und den Überresten der Gettos im Generalgouvernement, dazu noch weitere 300.000 aus verschiedenen Ländern Europas, aus Frankreich, aus Griechenland, aus Holland, der Tschechoslowakei, in geringerem Maße aus anderen Ländern wie zum Beispiel Italien oder Kroatien.

Selbstverständlich war Auschwitz als Mittelpunkt in Europa für die westeuropäischen, südeuropäischen, südosteuropäischen Juden bestimmt. Das hatte auch damit zu tun, daß es an Eisenbahnlinien gelegen ist und daß für jeden Transport in ein Vernichtungslager gezahlt wer-

den mußte, für jeden Achsenkilometer vier Pfennige pro Person, zwei Pfennige bei Gruppenbeförderung.

Aber ich muß behaupten, daß die Zahl von 2,5 Millionen jüdischer Opfer in Auschwitz abgeschlossen ist.<<

Der CDU-Politiker Richard von Weizsäcker (1920-2015) wurde am 1. Juli 1984 zum Bundespräsidenten gewählt.

In Bonn fand am 10. November 1984 der V. Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen statt.

Im Verlauf dieses V. Kongresses sprachen auch Vertreter der CDU, CSU, SPD und FDP (x024/319-320): >>... Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, CDU-Vorsitzender: "Wir Deutschen finden uns mit der Teilung nicht ab. Der nationale Auftrag bleibt gültig und erfüllbar, in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Deshalb bleibt auch die deutsche Frage offen. Das gilt politisch wie in rechtlicher Hinsicht. ...

Der Bundespräsident hat vor einigen Wochen mit Recht darauf hingewiesen, daß es doch gänzlich unnatürlich wäre, wenn die Deutschen die Idee ihrer Einheit für ein Volk aufgeben, das selbstverständlich zusammengehört.

Wir wissen - und sind Realisten -, daß die Lösung der deutschen Frage jetzt nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht. Aber wir wissen auch, daß wir selbst, wenn wir an der Einheit der Nation festhalten, den notwendigen langen Atem auf dem Weg der Geschichte aufbringen müssen.

Die Überwindung der Teilung Deutschlands – dies ist meine feste Überzeugung – ist nur langfristig und unter einem europäischen Dach denkbar.

Wenn wir dieses nur in historischen Zeiträumen zu verwirklichende Ziel im Auge behalten, dann hat es überhaupt nichts mit Aggressivität oder mit Revanchismus zu tun, sondern ist der selbstverständliche Wille eines Volkes, das den Willen zur Einheit der Nation allen anderen Völkern dieser Welt ganz selbstverständlich auch zubilligt. Wir wollen nicht mehr, als anderen überall, in allen Kontinenten, gewährt wird."

Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, CSU-Vorsitzender: "Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag hat wenigstens Eindeutigkeit und Klarheit über die verfassungsrechtliche Lage geschaffen und hat eindeutig klargestellt, daß uns das Grundgesetz deutschlandpolitisch rechtliche und politische Vorgaben macht, die negotiabel sind, die also nicht zur Diskussion oder Disposition gestellt werden können.

Sonst läuft nämlich die Forderung nach einem immer neuen Kompromiß darauf hinaus, daß man am Ende beim Extrem der einen Seite angelangt ist. Diese Tatsachen muß sich jeder sagen lassen, der angesichts dieser eindeutigen Rechtslage, aber auch angesichts der noch immer bestehenden Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Deutschland laut darüber nachdenkt, ob die deutsche Frage wirklich noch offen ist." ...<<

Dr. Herbert Hupka (1915-2006) beendete diese Veranstaltung mit den Worten des Jesuitenpaters und Widerstandskämpfers Alfred Delp (x024/321): >>... Wer nicht den Mut hat, Geschichte zu machen, wird ihr armes Objekt. Laßt uns tun!<<

Nach dem V. Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen stellte "Radio Polonia" entrüstet fest (x024/321): >>... Die Proklamierung der offiziellen Doktrin vom Weiterbestehen des Dritten Reiches in den Grenzen von 1937 heute in der Bundesrepublik Deutschland, fast 40 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands und der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens, weiter die Aufrechterhaltung von irgendwelchen Illusionen bezüglich möglicher territorialer Änderungen, wie in Jalta und Potsdam festgelegt, mit Hilfe sogenannter friedlicher Mittel, droht mit unabsehbaren Konsequenzen.<<

An der "Zonengrenze" entfernten DDR-Grenztruppen am 30. November 1984 die letzten "To-

desautomaten".

Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger (CDU) erklärte am 9. Dezember 1984 während eines Kongresses (x287/195): >>... Auf das Recht auf Selbstbestimmung, das allen Völkern der Welt eingeräumt wird, werden wir niemals verzichten.

Und ich füge aus gegebenem Anlaß hinzu: Wer sich vor die Berliner Mauer stellt und sagt, das muß so bleiben, der setzt sich nicht nur in zynischer Weise über das Selbstbestimmungsrecht hinweg, der handelt nicht nur unsolidarisch, sondern er trägt vor allem dazu bei, einem längst überwunden geglaubten Nationalismus neu zu entfachen und der Politik der Westbindung und der europäischen Integration in unserem Land den Boden zu entziehen.<<

Von 1950 bis 1984 verließen über 750.000 Deutsche als Aussiedler das Land und wurden in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen (x077/35).

Der evangelische Theologe und Publizist Kurt E. Koch (1913-1987) berichtete im Jahre 1984 in seinem Buch "OKKULTES ABC" (x883/...): >>**Der Weltkommunismus**

In der Hauptsache werden drei Männer für das Aufkommen des Weltkommunismus verantwortlich gemacht: **Karl Marx** (gestorben in London 1883) - **Uljanow Lenin** (gestorben 1923 in Gorki bei Moskau) - **Josef Stalin** (gestorben 1953).

Diese drei Männer haben einen großen Teil der Welt in ein Meer von Blut und Tränen verwandelt. Es sind absichtlich nur die Jahre angegeben, in denen diese drei Größen des Abgrundes vom Schauplatz der Erde abgetreten sind. Der Prophet Jeremia sagt in 17,13: "Der Name der Gottlosen müsse in den Sand geschrieben werden." Das heißt, der erste Windstoß oder die erste Wasserwoge wischt den Namen aus. Ihr Name und Gedächtnis vergeht.

Leider ist das aber nicht vergangen, was diese drei Männer gesät haben. Ihre Drachensaat ging nicht hundertfältig, sondern tausendfältig auf.

Karl Marx war Sohn eines jüdischen Anwaltes. Seine Lebensgeschichte zeigt die Entfaltung revolutionärer, atheistischer Ideen. Nach seinem Studium war er journalistisch tätig. Wegen seiner radikalen Anschauungen mußte er seine Stellung als Chefredakteur der "Rheinischen Zeitung" aufgeben. Er hat so viel Ärger ausgelöst, daß die preußische Regierung verlangte, daß Marx aus Paris ausgewiesen wurde. Er siedelte dann nach London über, wo er sich einer **Satansloge** anschloß. Über seine Zugehörigkeit zu den Illuminaten ... verweise (ich) auf das Buch Wurmbrands "**Karl Marx und Satan**".

Die Opposition gegen jede Form einer Religion zeigt sich schon in seiner Frühschrift: "**Die Kritik der Religion als Voraussetzung jeder Kritik.**" Marx äußert in dieser Schrift einige seiner revolutionären Ideen. Die Kritik an jeder Religion hat damit zu enden, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei. Die Religion sei nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewege, solange er sich nicht um sich selbst drehe. In diesem Zusammenhang steht das geflügelte Wort: "Religion ist das Opium für das Volk."

Der französische Soziologe **Raymond Aron**, in seiner Jugend selbst Marxist, schloß an diese Aussage von Marx die Erklärung an: "**Der Marxismus ist das Opium für die Intellektuellen.**"

Vor einigen Jahren suchte ich Material zur Person und Politik von Marx zusammen. Typisch für seine menschenverachtende Ideologie ist sein Bekenntnis: "Meine Aufgabe ist es, die Menschheit in die Hölle zu ziehen. Dort werde ich lachen über sie." (Zitiert bei Richard Wurmbrand in "War Marx ein Satanist?")

Eine ähnliche Aussage fand ich in der Broschüre "An ideology for South Africa" von **Francis Grim**. Darin heißt es auf Seite 10:

"What grater challenge could there be for Christians than to directly oppose the design of Karl Marx, the writer of the Communist Manifest and the father of Communism, who said: The sole purpose of my life is to destroy God and to dethrone Him forever."

Auf deutsch heißt das: "Was kann es für einen Christen eine größere Herausforderung geben,

als der Absicht von Karl Marx direkt zu widerstehen. Er ist Schreiber des 'Kommunistischen Manifestes' und Vater des Kommunismus, der erklärte: Der einzige Zweck meines Lebens ist, Gott zu vernichten und ihn für immer zu entthronen."

Lenin war ebenfalls wie Karl Marx Mitglied eines Satansklubs. In dem Buch von **L. Trotzki** "Der junge Lenin" (Fischer Verlag) heißt es: "Bei Lenin, dem Begründer des modernen Kommunismus, vollzog sich die Aufnahme in eine Satanssekte, indem er auf das Kreuz spie und auf ihm herumtrat." - Viele Satanskulte praktizieren die gleiche Zeremonie bei der Aufnahme von Mitgliedern.

Den Lebensweg dieses revolutionären Politikers hier darzustellen, ist nicht Aufgabe dieses Buches. Nur einige kurze Hinweise sollen gebracht werden. Seit 1912 sammelte und vereinigte er als geschickter Organisator russische revolutionäre Gruppen. Seit 1914 hielt er sich in der Schweiz auf und wurde im April 1917 in einem geschlossenen Eisenbahnwagen nach Rußland geschafft, um die russische Kampfkraft zu unterhöheln. **Das war ein verhängnisvoller Schachzug der deutschen Heeresleitung.**

Der Friede mit Rußland kam zustande, kurze Zeit später vollzog sich eine schaurige Revolution. Lenin räumte mit allen Gegnern rücksichtslos auf. 1922 gründete er die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR). Seine politische Einstellung ist eine Weiterentwicklung des Marxismus und zugleich eine Entfaltung einer ungeheuren Machtgier und radikalen skrupellosen Beseitigung der Gegner. Es gibt kein anderes politisches System, das derart brutal die Menschen versklavt.

Wie diese Versklavung der Völker erreicht werden soll, ist in einem Buch Nr. 3926 des **Britischen Museums in London** aufgezeichnet. Daraus werden einige Leitbilder und Instruktionen zitiert:

1. Die Jugend durch falsche Grundsätze verderben.
2. Das Familienleben zerstören.
3. Die Menschen durch eigene Laster beherrschen.
4. Die Kunst entweihen und die Literatur beschmutzen.
5. Die Achtung vor der Religion vernichten.
6. Priester in Skandalgeschichten verwickeln.
7. Grenzenlosen Luxus und verrückte Moden einführen.
8. Mißtrauen zwischen sozialen Schichten säen.
9. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnisse vergiften.
10. Das Volk gegen die "Reichen" aufwiegeln.
11. Die Landwirtschaft durch Industrie ruinieren.
12. Löhne ohne Vorteil für die Arbeiter erhöhen.
13. Feindseligkeit zwischen den Völkern hervorrufen.
14. "Ungebildete" regieren lassen. (Freies Wahlrecht).
15. Gestrauchelte Regierungsbeamte erpressen.
16. Vermögensglückende Monopole schaffen.
17. Durch Wirtschaftskrisen Weltbankrott vorbereiten.
18. Massen auf Volksbelustigungen konzentrieren.
19. Menschen durch Impfgifte gesundheitlich schädigen.
20. Grundbesitze mit Rittern vom "Goldenen Kalb" besetzen.
21. Den Todeskampf der Völker vorbereiten, die Menschen durch Leiden, Angst und Entbehrungen erschöpfen, ... denn ... Hunger schafft Sklaven.

Die Verwirklichung dieser Prinzipien hat die kommunistischen Länder zu Zuchthäusern verwandelt. Ein Christ aus den sowjetischen Gefängnissen konnte einen Brief nach dem Westen schmuggeln. Er schrieb: "Die Sowjetunion ist für uns ein riesiges Konzentrationslager, innerhalb dessen es noch zusätzliche Kerker und Orte der Bestrafung gibt. Man hat uns verur-

teilt, weil wir gläubig sind und unsere Kinder im Glauben erziehen ... Nach der schlechten Behandlung in den Lagern sind wir nicht mehr lebensfähige Bewohner dieser Erde, sondern nur noch armselige Kreaturen. ...

Brandschwarze Verleumdungen und Lügen wurden erfunden und die Bevölkerung gegen uns aufgehetzt, indem man uns Ritualmorde anlastete. Unsere Frauen schmerzt es, wenn Kinder gezwungen werden, der Ocoobryata oder den Pionieren beizutreten (kommunistische Jugendorganisationen). Es ist erschreckend, zu welchen wahnsinnigen, erpresserischen Mitteln die Lehrer greifen, wenn unsere Kinder sich weigern, die Abzeichen der Gottlosigkeit (Stern und rotes Halstuch) zu tragen ..."

Durch Mord und Terror ist es Lenin gelungen, seine Pläne zu verwirklichen. Er nahm ein schreckliches Ende. Ich erinnere mich gut an die Zeit, da Lenin starb. Damals war ich noch Schüler. Eines Tages kam unser verehrter Religionslehrer in den Unterricht und erzählte uns von den Ereignissen beim Tode Lenins. Lenin starb in geistiger Umnachtung. Er kroch wie ein Tier auf dem Fußboden umher und bat Tische und Stühle um Vergebung für seine Greuel-taten. Dieser Götze von Millionen von irreführten Menschen wurde also noch vor seinem Tode gestürzt wie der Gotteslästerer Herodes (Apostelgeschichte 12,23).

Der dritte in dieser schauerlichen Reihe muß genannt werden: Josef Stalin. Was Karl Marx philosophisch und journalistisch gesät und Lenin mit vollendeter Technik organisiert hat, ist bei Stalin zur **verbrecherischen Reife** gelangt. Ein Zeitgenosse urteilte über ihn: "Er war kein Mensch, sondern ein Teufel." Sein Vater war ein versoffener Flickschuster, seine Mutter eine gläubige Frau, die aus ihrem Sohn einen Priester machen wollte. In der Tat gelang ihr die Aufnahme ihres Sohnes im Priesterseminar in Tiflis. Nach vierjähriger Seminarzeit wurde er wegen revolutionärer Ideen weggeschickt.

Stalin gewann sich zunächst das Vertrauen der ärmsten Volksschicht, der besitzlosen Landarbeiter, indem er die begüterten Bauern, die Kulaken, enteignete und sie liquidierte. Bis in die Mitte der dreißiger Jahre hatte er sechs Millionen Kulaken umbringen lassen.

Das Militär machte sich Stalin gefügig, indem er die fähigsten Kommandeure verhaften und nach einem Schauprozeß hinrichten ließ.

Auch vor der eigenen Partei machte er nicht halt. In großen Säuberungsaktionen hat er die Partei auf fast die Hälfte dezimiert. ...

Nobelpreisträger Alexander Sacharow schrieb im Jahr 1968 zu diesen Massakern: "Allein in den Jahren 1936-1939 wurden mehr als 1,2 Millionen Mitglieder der Partei verhaftet. Nur 500.000 kamen mit der Zeit wieder frei. Die anderen wurden bei Verhören zu Tode gefoltert, erschossen oder sind im Arbeitslager umgekommen.

Wie war Stalins Ende, der getreu in den Fußstapfen seines Vorgängers Lenin wandelte? Dem "Arche Blatt" vom Mai 1977 entnehme ich folgendes: "Am 21. Dezember 1952, ein halbes Jahr vor seinem Tode, rief Stalin 12 seiner treuesten Genossen des obersten Sowjets zu sich und verkündigte ihnen sein politisch-ideologisches Testament." Es können nur einige Einzelheiten gebracht werden, weil dieses letzte Vermächtnis dem Rahmen dieses Kapitels sprengen würde. Es heißt darin:

"Genossen, noch nie in der Geschichte der Menschheit hat eine Heilslehre in so kurzer Zeit sich ein solches Riesenreich erkämpft wie der Kommunismus ... Vom großen Ozean bis zur Elbe ist alles in unserer Hand, denn die sogenannten Satellitenstaaten geben wir nicht mehr her. Mehr als 22 Millionen Quadratkilometer mißt die Sowjetunion allein.

Dazu kommen die Länder, die durch Hitlers Wahnsinn und die Naivität der Amerikaner uns in den Schoß gefallen sind: Polen, Ostdeutschland, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Estland, Lettland und Litauen nicht einmal gezählt. Dazu kommen die starken kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich und viele unserer Freunde in Asien, Afrika und Südamerika. Genossen, im Kampf um Rußlands Weltherrschaft haben wir eine wun-

derbar zügige Parole, ganz anders als Hitler, der meinte, nur am deutschen Wesen könne die Welt genesen. Wir Russen reden hintenherum ...

Die Idee des Kommunismus zieht die Armen der ganzen Welt unter ihren Bann. Diesen Armen verkünden wir die frohe Botschaft von der Verteilung der irdischen Güter an alle ... Die Lehre vom Kommunismus treibt die Schäflein der ganzen Welt in die russische Hürde ... Bald werden alle Völker nach Moskau wallfahren. **Moskau wird das neue Jerusalem sein**

...

Unser alter Marx hat den Slogan geprägt: Religion ist Opium für das Volk. Er hat damit den Menschen das Gewissen herausgeschnitten. Und ein Mensch ohne Gewissen kennt keine Verantwortung vor einem Gott. Auch ich habe mir von Marx und Lenin das Gewissen heraus-schneiden lassen. Meine moralische Norm 68 heißt jetzt: Gut ist, was uns Russen nützt, was uns zur Weltherrschaft bringt. Schlecht ist, was uns daran hindern will. Offen sage ich euch: Wir stellen die Gewalt und Lüge in unseren Dienst. Ja, ihr müßt alles versprechen und nicht halten ... Auf den Köder des Kommunismus beißen die unreifen und unerfahrenen jungen und auch alte Menschen an, sogar viele Intellektuelle ...

Der Kommunismus ist für Narren eine süße Droge ... Wer muckst, wird in die sibirische Kühltruhe gesteckt. Resümieren wir kurz: Kommunismus ist unser Opium für die Völker. Unsere Außenpolitik heißt List und Intrige, unsere Innenpolitik ruht auf dem Terror! **Unser Ziel ist: die Weltherrschaft.**" ...

Die zwölf auserwählten Jünger Stalins klatschten 10 Minuten lang Beifall. In dem Lärm des Klatschens hörte keiner das Gemurmel Chruschtschows: "Aber Liebknecht hat doch schon gesagt: **Wenn es einen Gott gibt, so sind wir Kommunisten die Geleimten!**" –

Nachdem der Beifall verebbt war, hob Stalin nochmals die Faust, und alles war augenblicklich mäuschenstill. "Genossen", sprach er mit lauter Stimme, "vergeßt eines nicht: **Redet immer vom Frieden, bereitet aber immer den Krieg vor!** Zu Hause, in Rußland, dürft ihr mit groben Schuhen einhergehen. Im Westen aber schleicht auf leisen Sohlen umher, bis auch der Westen unser ist!"

Stalin müßte heute 20 Jahre nach seinem Tode die Liste der kassierten Länder vervollständigen. Vietnam kam dazu, Kambodscha, Afghanistan, dazu die durch kommunistische Revolutionen von innen her eroberten Länder. Mozambique wäre zu nennen, Angola, Äthiopien, Simbabwe usw. Insgesamt stehen allein auf dem Kontinent Afrika mehr als 20 Länder unter kommunistischem Einfluß. Kein Wunder, daß viele meinen, daß der Antichrist aus dem kommunistischen Weltreich kommt. Ich folge dieser Meinung nicht, sondern meine immer noch, daß dieser Machtmensch der Endzeit sich aus dem wiedererwachten römischen Weltreich erhebt. Ein Streitpunkt ist es aber für mich nicht.

Streiflichter aus dem kommunistischen "Paradies".

Es liegt so viel entsetzliches Material vor, daß es unmöglich ist, das alles zu berichten. Das gäbe nicht nur viele Bände, sondern eine ganze Bibliothek. Das meiste Material ist dem sehr zu empfehlenden Magazin von Wurmbrand "**Stimme der Märtyrer**" (Mai 1983) entnommen. Ich besitze auch Originalberichte aus Nordkorea, Kambodscha, Rhodesien (Simbabwe) und anderen kommunistisch regierten Ländern. Dazu einige Berichte.

Der Missionar **James Stuart** berichtete kürzlich aus Mozambique (Afrika) über die Verhaftung eines Christen mitsamt seiner Frau und seinen vier Kindern. Die Kinder waren aneinandergekettet. Die Kommunisten drückten der Frau eine Axt in die Hand und erklärten ihr: "Wenn du deinem Mann den Kopf abschlägst, lassen wir dich und deine Kinder frei. Wenn du dich weigerst, werden wir es tun und auch den Kindern den Kopf abschlagen."

Der Christ bat seine Frau, sich dem Wunsch der Mörder zu fügen. Zögernd holte sie zum Schlag aus, brachte ihm aber nur eine Verletzung bei, an deren Folgen er später starb. Die Frau wurde wahnsinnig. Was mit den Kindern geschah, ist nicht bekannt.

Den Kommunisten macht es nichts aus, solche Greuelthaten zu verüben. Je größer das Übel ist, desto weniger glaubwürdig erscheint es. Jahrelang wollte die Welt nicht glauben, zu welchen Untaten Stalin fähig gewesen war. Präsident Roosevelt hatte ihn den "guten Onkel Joe" genannt. Die Kommunisten verlassen sich auf diesen psychologischen Trick und begehen absichtlich Scheußlichkeiten, die sich andere Menschen kaum vorstellen können. -

Kommunisten und die Kirchen (Juni 1983)

Die Kommunisten töten die Leute nicht nur einzeln, sondern auch in Gruppen. Lenin hat ja gelehrt: "Grundsätzlich haben wir nie auf Gewaltanwendung verzichtet und werden nie darauf verzichten können."

In Nicaragua drangen uniformierte Kommunisten in eine Kirche ein, vergewaltigten fünf Musawa-Indianerinnen - darunter zwei zwölfjährige Mädchen - und töteten sie anschließend. Als nächste wurden sechs Gottesdienstbesucher, die gegen die Vergewaltigung protestiert hatten, auf der Stelle erschossen.

Später mußten unzählige andere ihr Leben lassen. 40 Dörfer der Musawa-Indianer fielen der Zerstörungswut zum Opfer, das Vieh wurde geschlachtet und die Ernte vernichtet. In Tulinbila überführten die Kommunisten 13 Kranke in die katholische Kirche und steckten das Gebäude dann in Brand. Der evangelische Pfarrer Abel Flores und 13 kirchliche Mitarbeiter wurden vor einem Jahr verhaftet. Seither hat man nichts mehr von ihnen gehört. ("Deutsche Tagespost", 18. Dezember 1982.)

Im kommunistischen Mozambique (Afrika) starb der katholische Priester Estevao Mirassi nach drei Jahren Gefangenschaft. Andere sind immer noch eingekerkert. Viele Kirchen wurden geschlossen. Diejenigen Pfarrer, welche die Kommunisten unterstützten, bevor diese an die Macht kamen, werden inzwischen die wahre Natur ihrer neuen Herrscher erkannt haben. Vorher hatten sie sich als Freiheitskämpfer ausgegeben.

In Kambodscha töteten die Kommunisten drei Millionen Unschuldige und trachteten danach, jede Form von Religion auszumerzen. Von den 5.000 Christen, die es in diesem Lande vor der Machtübernahme durch die Kommunisten gab, sind heute die meisten nicht mehr am Leben. Bischöfe, Priester, Mönche, Nonnen und evangelische Geistliche wurden umgebracht oder gingen an den Folgen der erlittenen Qualen zugrunde. Zur Zeit lebt im ganzen Lande noch ein einziger protestantischer Pfarrer.

In Vietnam floh jeder der konnte, von Schrecken gepackt, vor den Kommunisten. So kam es, daß eine halbe Million Vietnamesen einschließlich vieler Christen im Meer ertranken oder von Piraten ermordet wurden.

In China verbüßten 100.000 religiöse Führer Freiheitsstrafen. Tausende verloren ihr Leben gewaltsam.

Folter in Kuba (Juli 1983)

In Kuba befindet sich der Christ Valladares nach 22jähriger Gefangenschaft seit einiger Zeit wieder auf freiem Fuß. Der UNO-Kommission für Menschenrechtsfragen schilderte er, wie die herzlosen und so präzisen Kommunisten ihre Gefangenen behandeln: "Fässer mit Exkrementen und Urin wurden über die Gefangenen gegossen. Eloy Menojo wurde derart zusammengeschlagen, daß er sein Gehör und ein Auge verlor. ...

Russische, tschechische, ostdeutsche und kubanische Ärzte machten die Gefangenen absichtlich krank; dann verwendeten sie sie noch als 'Versuchskaninchen'. Der evangelische Prediger Gerardo Gonzales Alvarez wurde erschossen. Seine letzten Worte waren: 'Vater vergib ihnen; denn sie wissen nicht, was sie tun.' Enrique Correa versuchte, dem tödlich verwundeten Prediger zu helfen und wurde dabei selbst von neun Kugeln getroffen; aber er überlebte. Hunderte von Gefangenen vegetieren immer noch in unterirdischen Zellen dahin, wo sie kein Sonnenstrahl erreicht. Ebenfalls erschossen wurden Gonzalez, Reloba und Rodolfo Alonso. Alonso war 21 Jahre alt."

Christliche Persönlichkeiten aus Westeuropa waren in Kuba auf Besuch, als sich diese Greuel abspielten. Sie kehrten in ihre Länder zurück und teilten mit, in den kubanischen Gefängnissen befänden sich keine Christen. Sie hatten die Schreie der Gefolterten nicht gehört.

Als ich diese Tatsachen veröffentlichte, griff mich einer der christlichen Führer an und warf mir vor, ich hätte alles erfunden. Nun bestätigt der christliche Glaubensheld **Valladares** jedes Wort, das ich gesagt habe. Der Kommunismus ist ein Monstrum, und wer ihn mit mildereren Worten beschreibt, täuscht die anderen oder ist selbst getäuscht worden.

Ein idea-Bericht über Afghanistan (1983) von Rudolf Pfisterer

Mehr als drei Jahre nach ihrem Einmarsch in Afghanistan greifen die sowjetischen Besatzungstruppen zu immer grausameren Mitteln, um das Land unter Kontrolle zu halten. Grund: Die Aktivität islamischer Widerstandsgruppen - die Bevölkerung ist zu 99 Prozent muslimisch - ist ungebrochen, und die afghanische Armee wird immer schwächer. Sie hat nach Angaben eines nach Pakistan geflüchteten Generals mehr als 65.000 Soldaten verloren. Viele von ihnen seien zu den Widerstandsgruppen übergelaufen. Zur Zeit stehen in den afghanischen Streitkräften wahrscheinlich nur noch rund 15.000 Mann unter Waffen.

Je mehr das moskauhörige Regime in der Hauptstadt **Kabul** seine Schwäche offenbart, desto intensiver werden die Terrormaßnahmen der sowjetischen Besatzer. Die Zivilbevölkerung hat darunter zu leiden. Erst kürzlich tauchten überall im Land kleine Sprengsätze auf: bunt bemalt wie Spielzeug, Uhren und Füllhalter.

Der amerikanische Schauspieler **Kirk Douglas**, der ein Flüchtlingslager an der afghanisch-pakistanischen Grenze besuchte, war entsetzt: Kinder, denen die Beine abgerissen worden waren, lernten gerade, auf ihren Stümpfen zu laufen. Ganze Ortschaften wurden von den Sowjets mit Napalm und Phosphor bombardiert, Moscheen und Krankenhäuser nicht verschont. Die Sondergefängnisse, in denen mutmaßliche Sympathisanten gefoltert werden, füllen sich. 5.200 Menschen sollen im letzten Jahr in einer Strafanstalt in der Nähe Kabuls gefangengehalten worden sein. Ein Freigekommener faßte seine Eindrücke in einem einzigen Satz zusammen: "Alles ist dort schrecklich."

Eine Medizinstudentin berichtete von brutalen Verhörmethoden. Nachdem man in ihrer Wohnung ein Flugblatt des Widerstandes gefunden hatte, wurde sie im Polizeihauptquartier von sechs Beamten einer intensiven "Behandlung" unterzogen: vierzehn Tage und Nächte mußte sie aufrecht stehen, wurde mit Elektroschocks gequält und immer wieder mit Vergewaltigung bedroht. Zur Einschüchterung führte man sie durch Schreckenskammern, wo sie sich menschliche Körperteile - Arme und Finger - ansehen mußte. Man zwang sie, der Entmannung eines Gefangenen beizuwohnen. Der Sterbende flüsterte ihr zu: "Meine Schwester, gestehe niemals, halte dich gut." ...

Ohne Blutbad keine Revolution

Das ist ein Wort **Lenins**, das mit einer grauenvollen Statistik untermauert werden soll. Die französische Zeitschrift "**Figaro**" vom November 1978 brachte einen Bericht über die Blutopfer, mit denen die Kommunisten ihre Weltrevolution bezahlten und immer noch weiterfinanzieren. Was hat der Kommunismus es sich an Menschenleben seit der russischen Revolution 1917 kosten lassen?

Die "Figaro-Statistik" sagt folgendes aus:

1. Menschenopfer des Kommunismus in der UdSSR von 1917-1959 = 66.700.000
2. Menschenopfer in der UdSSR von 1959 bis 1978 (nach Mindestschätzungen) = 3.000.000
3. Menschenopfer des Kommunismus in China = 63.000.000
4. Das Blutbad von Katyn = 10.000
5. Während der Vertreibungen von 1945-1946 getötete deutsche Zivilisten = 2.923.700
6. Kambodscha von April 1975-April 1978 = 2.500.000
7. Unterdrückung in Ost-Berlin, Prag, Budapest sowie in den Ländern des Baltikums =

500.000

8. Kommunistische Angriffe auf Griechenland, die Malaiische Halbinsel, Birma, Philippinen, Korea, Vietnam, Kuba, Schwarzafrika und Lateinamerika = 3.500.000

insgesamt: 142.133.700

Nicht nur, weil sich ungezählte Christen unter diesen Millionen befinden, sondern auch weil der gottlose Kommunismus zur Stunde blutgierig nach neuen Opfern Ausschau hält, ist es unsere Pflicht, unsere Mitmenschen vor dieser Ideologie zu warnen.

Diese Statistik müßte auf neuesten Stand gebracht werden, weil in den letzten fünf Jahren seit dieser **Figaro-Veröffentlichung** noch einige Millionen Opfer dazu kamen.

Es gibt irreführte oder schlecht informierte Christen, die eine solche Schreckensbilanz anzweifeln. Dann werden sie aber gebeten, einmal in ihrer Bibel nachzulesen, daß solche Greuel schon einmal gegen Christen verübt worden sind. Am globalen Ausmaß haben aber die kommunistischen Greuel die Opfer der Christenverfolgungen in der alten Kirche übertroffen. Da viele Namenchristen keine Bibel lesen - von den Ungläubigen ganz zu schweigen - soll die markanteste Stelle über die Christenverfolgungen zitiert werden.

In **Hebräer 11,36-38** heißt es: "Etliche haben Spott und Geißeln erlitten, dazu Bande und Gefängnis. Sie wurden gesteinigt, zerhackt - zerstoßen, durchs Schwert getötet. Sie sind umhergegangen in Schafspelzen und Ziegenfellen, mit Mangel, mit Trübsal, mit Ungemach. Deren die Welt nicht wert war, und sind im Elend umhergeirrt in den Wüsten, auf den Bergen und in den Klüften und Löchern der Erde."

Wir sind im Blick auf all diesen Jammer aufgerufen, für unsere bedrängten Brüder und Schwestern zu beten. Wir im satten Westen haben die Fürbitte aber noch nötiger, damit uns die Augen aufgehen über unser geistliches Elend und den endzeitlichen Charakter der Gegenwart.

Herr Jesus, komme bald und mache diesem teuflischen Terror und unserer Verstocktheit und Blindheit ein Ende. Ja, komme bald, Herr Jesus. ...<<

Der evangelische Theologe und Publizist Kurt E. Koch berichtet im Jahre 1984 in seinem Buch "OKKULTES ABC" über die aggressive Expansionspolitik des Islam (x883/...): >>...
1683 standen die Türken vor Wien, der damaligen Metropole der Christenheit. Welch ein Gemetzel hätten die Christen erwartet, wenn man der alten Moslemregel gedenkt, mit Feuer und Schwert den Glauben an Allah zu verbreiten. Die Stadt wurde aber erfolgreich verteidigt durch den Grafen Rüdiger Starhemberg und den tapferen Bürgermeister Andreas Liebenberg. Diese Männer hielten die Belagerer ab, bis die Ersatzheere von Herzog Karl von Lothringen und dem Polenkönig Sobieski herangerückt waren und in der Schlacht am Kahlenberg gewannen und Wien befreiten. ...

300 Jahre später stehen die Türken nicht nur in Wien, sondern genauso in München, Frankfurt, Paris, London und vielen anderen Städten des Westens. Diese stille Eroberung, gleichsam durch die Hintertüre, erfolgte ohne Blutvergießen. Wie war das nur möglich? Die geistlich immer schwächer werdende Christenheit erlaubte es dem Islam, Missionszentren in der westlichen Welt zu errichten.

So hat z. B. Zürich den Bauplatz für die Errichtung einer Moschee den Moslems geschenkt, obwohl viele Bürger dagegen protestierten. In Rom haben Libyen und Saudi-Arabien hoch oben auf dem Monte Mario eine Moschee gebaut. Gaddafi gab dazu 25 Millionen und die Saudis 50 Millionen. Der Papst konnte dieses Missionsprojekt im Herzen der katholischen Kirche nicht verhindern. England hat heute mehr als 200 Moscheen. In England und Frankreich sind die Moslems die zweitgrößte Religionsgemeinschaft.

Umgekehrt lassen die Länder mit vorwiegend islamischer Bevölkerung den Bau von christlichen Kirchen nicht zu. So habe ich in Djakarta eine neuerbaute christliche Kirche fotografiert, obwohl das gefährlich war. Zwei Monate nach der Einweihung wurde die Kirche von den

Moslems zerstört, obwohl die Regierung Religionsfreiheit proklamierte. ...

In islamischen Ländern mußte weithin die christliche Missionsarbeit aufgegeben werden. Im Gegensatz dazu macht die islamische Missionsarbeit im Westen große Fortschritte. Darum sprechen die Moslems von einer Islamisierung des Abendlandes. Und Khomeini, der Führer Irans, spricht von einer Weltherrschaft des Islam als Fernziel. ...

In einer Zeit, da durch den beängstigenden Geburtenrückgang durch den Mord an den Ungeborenen die Bevölkerung in Deutschland abnimmt, wachsen die Gastarbeiterfamilien durch ihre große Kinderzahl. Hier wird eine biologisch-genetische Schlacht verloren, die sich auch auf dem religiösen Sektor auswirkt.

... Die Moslems glauben mit außerordentlicher Leidenschaft Dinge, die das genaue Gegenteil von dem sind, was Christen glauben. Die meisten christlichen Glaubensaussagen halten die Moslems für Irrtümer und Gotteslästerungen:

Der Christ glaubt an die Erbsünde. Der Koran lehnt die Erbsünde grundlegend ab. Deshalb hält der Moslem die Erbsünde für einen Unsinn. ...

Der Christ glaubt an die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus. Der Moslem lehnt die Fleischwerdung Jesu völlig ab ...

Der Christ glaubt, daß Jesus Gottes Sohn ist. Für den Moslem ist das eine Gotteslästerung. Im Koran liest er: "Nicht steht es Allah an, einen Sohn zu zeugen." Sure 19, Vers 36

"Wahrlich, das sind Ungläubige, welche sagen: Allah ist doch Christus, der Sohn Marias." Sure 5, Vers 18.

Der Christ glaubt an die Dreieinigkeit Gottes. Im Koran steht: "Glaubt an Allah und seinen Gesandten, sagt aber nichts von einer Dreiheit. Vermeidet das." Sure 4, Vers 172

Der Christ glaubt fest an Jesu Kreuzigung und Auferstehung und an die Erlösung durch Jesus Christus. Im Koran liest der Moslem: "Sie haben ihn aber nicht getötet und nicht gekreuzigt, sondern einen anderen, der ihm ähnlich war ... Sie haben ihn aber nicht wirklich getötet, sondern Allah hat ihn zu sich erhoben ..." Sure 4, Vers 158,159

So erfährt man, daß man im Islam die Erlösung durch Christi Blut völlig ablehnt. Für den Moslem gibt es keinen Heiland, keinen Erlöser. ...

An der Heiligen Schrift gemessen, ist der Islam eine antichristliche, ja sogar gefährliche Religion. ...

Mohammed wurde 570 in Mekka geboren. Zu seiner Zeit bestand schon der schwarze Stein, wahrscheinlich ein Meteor. Dieses schwarze Heiligtum war das Zentrum von 365 Göttern. ...

Der schwarze Stein ist die Sühnestelle des Islam. Jeder Moslem muß einmal im Leben nach Mekka, um den schwarzen Stein zu küssen. Dann sind alle seine Sünden vergeben.

Die Berührung mit den beiden monotheistischen Religionen vermittelten Mohammed zahlreiche Kenntnisse, die er dann im Koran verwertete und dabei umdeutete. Um diesem Koran Autorität zu verleihen, wurde behauptet, er sei ihm vom Engel Gabriel diktiert worden. ...

Durch seine Kontakte mit dem Monotheismus hat Mohammed viele Vorstellungen aus dem Alten und Neuen Testament in den Koran hineingetragen. Die Mohammedaner sind das auserwählte Volk, dem sich alle Völker und Religionen zu unterstellen haben. Atheisten und Christen, Juden und abgefallene Moslems müssen sich dem Islam beugen, oder es droht ihnen die Vernichtung. ... Die Moslems sind also die Gegenspieler der Christen und Juden. Sie vertreten auch die christliche Vorstellung vom Propheten und Antichristen der Endzeit. ...

Die Geschichte eines Moslemlehrers

In Madras/Südindien hörte ich die Geschichte von Iqbal dem Moslemlehrer. Ich lernte ihn persönlich kennen, als er bereits Christ war.

Iqbal stammt aus einer fanatischen mohammedanischen Familie. Die Eltern geben sich Mühe, ihre Kinder vor jedem christlichen Einfluß zu bewahren. Leider war an ihrem Ort nur eine christliche Schule. Lesen und Schreiben konnte er dort lernen, jedoch gegenüber dem christli-

chen Einfluß sollte er sein Herz verschließen. Das war aber nicht so einfach; denn an der Schule gab es einige gläubige Lehrer, die für alle Schüler beteten.

Immerhin schaffte es Iqbal, als überzeugter Moslem die Grundschule zu beenden und eine höhere Schule in Madras zu besuchen. ...

Nach Abschluß der Collegezeit besuchte Iqbal die Universität. Dort lernte er einen echten Christen kennen, der sich auf keine Rededuelle einließ, sondern sein Christsein vorlebte.

Für den feurigen Moslem war das der erste echte Anstoß zum Nachdenken. Er merkte, daß es auch Christen gibt, die nicht nur über Lehren streiten, sondern ihren Glauben ausleben.

Aus Sympathie zu dem Kommilitonen ließ er sich eines Sonntags bewegen, eine Versammlung von Vater Daniel zu besuchen, der als christlicher Führer in Madras und in ganz Südindien einen Namen hatte. Der alte Bruder ist vor einigen Jahren heimgegangen. Ich war mit ihm befreundet.

In der christlichen, geistgewirkten Atmosphäre der Daniel-Bruderschaft geriet Iqbal in große Anfechtung. Er erlebte eine geistliche Kraft, die ihn verwirrte, bedrängte und an seinem bisherigen Glauben irre werden ließ.

Es war eine Entdeckung, die ihn geistig geradezu niederschmetterte, daß Mohammed kein Prophet war, sondern ein religiöser Hochstapler, ein Verführer der Menschheit. Er fühlte den Boden unter sich wanken. Bei dieser Revolution trat dann der in sein Leben, der in dem Zerbruch des Alten einen festen Boden unter die Füße gab: Jesus. ...

Christophorus

Bei einer Konferenz in Java lernte ich Christophorus kennen. Kaum war er am Tagungsort angelangt, da rief ihn ein Telegramm nach Sumatra zurück. Die Moslems hatten wieder einen Mordanschlag gegen die Christen geplant.

Wo die Moslems die Herrschaft haben, sind sie brutal und grausam. Wo sie in großer Minderheit sind, benehmen sie sich freundlich und täuschen damit ihre Mitmenschen. ...

Wer unter den Moslems sich bekehrt, muß täglich auf seinen Tod gefaßt sein. Es ist ein Leben in ständiger Todesbereitschaft. Das ist eine heilsame Lektion und Situation für die, die dort Christen werden. ...

Die Moslems arbeiten mit allen Mitteln. Sie schleichen sich in geschlossene christliche Versammlungen ein, um die Christen auszukundschaften. Sie fälschen Ausweise. Sie schicken Polizei und Soldaten vor. Sie bringen Christen in die Gefängnisse. Gift und Brandstiftung - alles paßt in ihr Konzept. Sie isolieren die Christen. Sie entlassen sie aus den bisherigen Ämtern. Alle Regierungsstellen werden "sauber" gehalten. Wenn ein Moslem sich bekehrt, verliert er sofort seinen Posten. Und doch behält der Herr Jesus das letzte Wort. "Das Reich muß uns doch bleiben."

Trotz aller Bedrängnis festigt sich die Gemeinde der bekehrten Moslems. Es sind jetzt schon 1.400 Christen, alle ehemalige Moslems und Feinde des Kreuzes Christi. ...

Die derzeitige Anzahl der Moscheen in Deutschland liegt im August 2016 bei ca. 2.200 Moscheen.<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Folterpraktiken im Jahre 1984 (x075/208-209): >>...

Die traurige Wahrheit ist, daß die Folter auch in den achtziger Jahren gegenwärtiges Übel ist. Verschiedene Methoden werden angewendet: von der alten Praxis, die Fußsohlen mit Stockschlägen zu taktieren, über den "schwarzen Sklaven" in Syrien, einen elektrischen Apparat, mit dem ein aufgeheizter Metallstab in den Anus des gefesselten Opfers eingeführt wird, oder den "schwarzen Zellen" in Ruanda, in denen die Gefangenen in vollkommener Dunkelheit ein Jahr oder länger festgehalten werden, bis hin zu der aus Gummischläuchen hergestellten Kapuze in Guatemala, in deren Augenschlitze ungelöschter Kalk geschüttet wird.

Gewisse Methoden wie die Zwangsverabreichung von Drogen in sowjetischen psychiatrischen

Anstalten, der Entzug aller Sinneseindrücke oder die Anwendung von Elektroden, die heute praktisch überall zu finden ist, machen es immer schwieriger, Folter und Mißhandlungen nachzuweisen.<<

1985

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte am 21. April 1985 während einer Gedenkrede im KZ Bergen-Belsen (x073/190, x075/123-124): >>... Das nationalsozialistische Deutschland versetzte die Welt in Angst und Schrecken. Diese Zeit des Mordens, ja des Völkermordes ist das dunkelste, das schmerzlichste Kapitel in der deutschen Geschichte.

Es gehört zu den vordringlichsten Aufgaben unseres Landes, Wissen darüber zu vermitteln und das Bewußtsein für das ganze Ausmaß, für die Dimension dieser geschichtlichen Erfahrung und Last wachzuhalten. ... Nicht zuletzt auch in der berechtigten Erwartung, daß wir das, was im deutschen Namen den Völkern angetan wurde, nicht verleugnen werden. Zu dieser historischen Haftung bekennen wir uns auch heute, 40 Jahre danach. ...<<

>>... Versöhnung mit den Hinterbliebenen und den Nachkommen der Opfer ist nur möglich, wenn wir unsere Geschichte annehmen, so wie sie wirklich war, wenn wir uns als Deutsche bekennen: zu unserer Scham, zu unserer Verantwortung vor der Geschichte ...

Wir erinnern uns vor allem an die Verfolgung und die Ermordung der Juden. ... Bergen-Belsen, mitten in Deutschland, bleibt ein Kainsmal, eingebrannt in die Erinnerung unseres Volkes: wie Auschwitz und Treblinka, wie Belzec und Sobibór, Kulmhof und Majdanek. ... Die entscheidende Frage ist vielmehr, weshalb so viele Menschen gleichgültig blieben, nicht hinhörten, nichts wahrhaben wollten ... als man Bücher verbrannte, die wir zu den großen Kulturgütern unseres Jahrhunderts zählen. Als man Synagogen in Brand steckte. Als man jüdische Geschäfte demolierte. Als man jüdischen Mitbürgern verwehrte, auf Parkbänken Platz zu nehmen. ...

Von den insgesamt fast 6 Millionen sowjetischen Soldaten, die in Gefangenschaft gerieten, überlebten weit weniger als die Hälfte.

Und so besinnen wir uns in dieser Stunde auch auf das Leid, das den Völkern Mittel- und Osteuropas in deutschem Namen zugefügt wurde ...

Für die Untaten der NS-Gewaltherrschaft trägt Deutschland die Verantwortung vor der Geschichte. Diese Verantwortung äußert sich auch in nie verjährender Scham.<<

US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/232-234): >>... Der ... US-Psychologe Sniderman beschreibt den Gegenpol zur Selbstachtung, die stets mit einem diffusen Schuldgefühl verbunden sei und zu leichter Verletzbarkeit und zu feindseligen Reaktionen führe. Ein freudloser Mensch ohne Selbstachtung wird seinen Minderwertigkeitskomplex eher auf aggressive Weise zu kompensieren versuchen ...

Nun könnte man dagegenhalten, das Selbstwertgefühl sei in Deutschland schon immer schwächer ausgeprägt gewesen als bei seinen Nachbarn und dabei auf die Jahrhunderte alte Spottfigur des "deutschen Michel" verweisen, der es jedem recht machen will und keinem recht machen kann. ...

Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.

Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hielt zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 eine Rede im Bundestag (x075/115-116, x028/190, x073/220): >>Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Wir gedenken insbesondere der 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.

Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. ...

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen und politischen Überzeugung willen sterben mußten.

Wir gedenken der erschossenen Geiseln.

Wir gedenken an die Opfer des Widerstands in allen von uns besetzten Staaten. ...

Der Völkermord an den Juden ist beispiellos in der Geschichte. ...

Wir alle ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. ...<<

>>... Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai (1945) bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.

Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel blieben auf vielfache Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Das ist gut so, denn es ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.

Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause. ...<<

>>... Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen

verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten (rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets), die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später über die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (x878/...): >>**8. Mai 1945: Tag der Befreiung?**

Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945

Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg in Europa. Die deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Deutschland war ein Trümmerfeld, das die Siegermächte in Besatzungszonen aufgeteilt und über das sie die Regierungsgewalt übernommen hatten. Der Verlust Ostdeutschlands wurde mit der Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen bereits 1945 zur Realität. Jahrzehntelang galt 1945 für die überwältigende Mehrheit der Deutschen unbestritten als absoluter Tiefpunkt der deutschen Geschichte, als die Katastrophe schlechthin.

40 Jahre später deutete Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer Rede am 8. Mai 1985 das Katastrophendatum in einen "Tag der Befreiung" um. Der entscheidende Satz Weizsäckers lautete - nach einem "Blick zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit": "Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft". ...

Die völlige Umkehrung der Bewertung eines historischen Ereignisses ist in diesem Fall mehr als ein bemerkenswerter Vorgang. Von der "Katastrophe", dem tiefsten Fall Deutschlands, zur "Befreiung" ist es ein sehr weiter Weg. ...

Erfahrung der deutschen Bevölkerung

Gewiß war die Bevölkerung - insbesondere im Westen - erleichtert, als der Krieg mit dem Vormarsch der Alliierten vorüber war. Man war noch einmal mit dem Leben davon gekommen. Natürlich bedeutete insbesondere für KZ-Insassen, überlebende Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Verfolgte und Gegner des NS-Regimes der Einmarsch der Alliierten eine Befreiung. Für die ganz überwiegende Zahl der Deutschen aber nicht.

Sie sollten die Folgen der Niederlage spüren. Es folgten bis zur Währungsreform 1948 bittere Hungerjahre, Deportationen, vor allem im Osten, aber nicht nur, Demontagen, weitere Vertreibungen ... aus dem Sudetenland und dem Balkan, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, Amtsenthebungen, Einquartierungen von Angehörigen der alliierten Streitkräfte in nicht zerbombte Zivilwohnungen und Häuser etc.

Millionen deutsche Männer befanden sich nach Kriegsende noch Jahre in Kriegsgefangenschaft im In- und Ausland und kehrten zerlumpt und/oder gebrochen in die Heimat zu den Familien zurück - soweit es sie noch gab. Die letzten Kriegsgefangenen kehrten erst nach langwierigen Verhandlungen mit dem Kreml ein Jahrzehnt nach Kriegsende zurück.

Die Frauen mußten sich und ihre Familien irgendwie durchbringen und haben sich nicht selten für ein wenig Essen prostituieren müssen. Die Lebensrealität war für die meisten Deutschen in

den ersten Jahren nach 1945 düster. Erst allmählich besserte sich die Lage. Es hätte ihnen damals wie Hohn geklungen, wenn man ihnen die Nachkriegsjahre als Befreiung hätte verkaufen wollen.

Während sich im Westen die Last des Besatzungsregimes langsam lockerte, waren die Maßnahmen Stalins und seiner Helfershelfer im Osten nach dem Krieg besonders hart. Stalin hatte im Zusammenwirken mit Churchill schon während des Krieges die künftige deutsche Ostgrenze auf die Oder-Neiße-Linie festgelegt und im Nachhinein nochmals um Stettin zuungunsten Deutschlands verändert. 12-15 Millionen Deutsche wurden vertrieben, 1-1,5 Millionen verloren dabei ihr Leben. Es klingt nach Polemik, aber tatsächlich bezeichnet und beschönigt Weizsäcker diesen Vorgang in seiner Rede als "Wanderung".

Die mitteldeutsche ... Bevölkerung traf die ganze Wucht und Brutalität des Besatzungsregimes. Stalin nutzte die gleichen Konzentrationslager, die von den Nazis errichtet worden waren, um Oppositionelle, potentielle oder vermeintliche Widersacher, Dissidenten einzusperren. Enteignungen, Deportationen, Demontagen und Willkürakte bestimmten den Alltag in der sowjetisch besetzten Zone über Jahre hinaus. Nicht einmal den deutschen Kommunisten, die den Nazi-Terror und die Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatten, traute Stalin.

Jede noch so kleine Abweichung von seinem Führungsanspruch wurde ausgemerzt und jede Regung einer Selbständigkeit, die den verordneten Sozialismus Moskau-Prägung deutschen Gegebenheiten anpassen wollte, brutal unterdrückt.

In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurden nicht nur unter Mißachtung grundlegender juristischer Grundsätze, wie z.B. das Rückwirkungsverbot, und dem Beigeschmack von Siegerjustiz die höchsten Repräsentanten des NS-Regimes als Hauptkriegsverbrecher angeklagt, verurteilt und meist gehängt, in den zwölf sog. Nachfolgeprozessen wurde durchgängig die deutsche Führungsschicht aus Militär, Wirtschaft, Diplomatie, Verwaltung etc. vor Gericht gestellt.

Besonders spektakulär war der sog. Wilhelmstraßenprozeß gegen führende Diplomaten des Auswärtigen Amtes, in dem Ernst von Weizsäcker, der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Vater des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Ziel der Kriegsverbrecherprozesse war die dauerhafte Diskreditierung der deutschen Funktionseliten, soweit sie das Dritte Reich und die Kriegsanstrengungen mitgetragen hatten.

Das Kriegsende und die ersten Nachkriegsjahre können - zugegeben: zugespitzt und verallgemeinert - knapp zusammengefaßt wie folgt charakterisiert werden:

Die Deutschen haben sich in hoffnungsloser Lage bis zum bitteren Ende - über den Tod Hitlers hinaus - gegen die Eroberung und Besetzung ihres Landes durch die Sieger gewehrt. Die von Stalin gezogene Oder-Neiße-Linie wurde durch die Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen, die die Hauptlast der Niederlage zu tragen hatten, de facto festzurrt. Kennzeichnend für die ersten Jahre des Besatzungsregimes waren Ächtung, Bestrafung und Rache an den Deutschen.

Umdeutung

40 Jahre nach Kriegsende wird das Jahr 1945 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker radikal umgedeutet. Die negativen Erinnerungen verschwinden aus seiner Rede zwar nicht ganz, werden aber von einer positiven Sicht auf 1945, nämlich als "Befreiung vom NS-Regime" überlagert und verdrängt. ...

Gründe für die Akzeptanz

Es gibt mehrere Erklärungen für die Akzeptanz der Umdeutung der Niederlage in eine Befreiung. ...

Das Winseln der Besiegten

Die Katastrophe von 1945 konnte nicht völlig in einem Befreiungsgedanken aufgehen. Tief

drinnen war das Bewußtsein der vernichtenden Niederlage und des Ausgeliefertseins an die Sieger noch immer ins Gedächtnis eingeschrieben. Wir wissen, daß Besiegte im Zustand der absoluten Ohnmacht und Zerknirschung ein bestimmtes Verhalten an den Tag legen, das als "Winseln der Besiegten" bekannt ist. Sie neigen zu Demutsgesten und haben ein starkes Imitationsbedürfnis. Sie wollen die Sieger nachahmen, sich mit ihnen identifizieren. Die Sieger waren ja die Besseren, sonst hätten sie nicht gesiegt. Das gilt weltweit und ist keine deutsche Besonderheit.

Das deutsche Imitationsbedürfnis war allerdings nach der totalen Niederlage besonders stark ausgeprägt. Man denke nur an die Grablegung Adenauers, die eine Kopie der Bestattung Churchills war. Ein anderes Beispiel ist die hemmungslose Übernahme von Anglizismen in die deutsche Sprache als sog. Neuhochdeutsch. Keine andere europäische Nation macht sich auf gleiche Weise lächerlich. Die ultimative Demutsgeste der Besiegten kulminiert schließlich in dem Bekenntnis: Ja, ihr Sieger hattet Recht und mir ist Recht geschehen. Der Besiegte entlastet sich indem er den Trotz ablegt. Der Besiegte unterwirft sich endgültig. Auch dieses Moment steckt in dem Befreiungsargument.

Legendenbildung

... Es ist problematisch, wie Richard von Weizsäcker als Bundespräsident die Deutschen kollektiv in die schuldhafte Verantwortung der wichtigsten Vertreter der deutschen Funktionsebenen mit einbezieht. Er tut dies explizit als er vom Holocaust spricht:

"Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah".

Es ist umstritten, inwieweit die deutsche Bevölkerung das Wissen um den Holocaust teilte. ... Die große Masse der Bevölkerung wußte eben nicht genau, was geschah ... Es gab Gerüchte, aber lange keine Gewißheit. Selbst die Deportierten wußten oft nicht, was ihnen bevorstand.

Der Holocaust, die systematische Vernichtung der Juden ab 1942 war ein streng gehütetes Geheimnis, dessen Preisgabe mit der Todesstrafe bedroht war. Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler hat z.B. als Soldat laut eigener Aussage nichts vom Holocaust gewußt. Es war riskant, Fragen zu stellen und nachzuforschen.

Die meisten Deutschen waren - was keine Entschuldigung sein soll - im Kriegsalltag mit eigenen Problemen belastet. Es gab kaum eine Familie, die sich nicht Sorgen um das Schicksal eines oder mehrerer ihrer Mitglieder machen mußte. Bei den hohen Verlusten der Wehrmacht konnte täglich eine Todesnachricht eintreffen - was auch oft genug geschah. Die Fliegerangriffe der Alliierten taten ein Übriges.

Im "totalen Krieg" befand sich Deutschland zudem in einem alle Fasern der Gesellschaft durchdringenden Ausnahmezustand, in dem Informationen und deren Verbreitung streng kontrolliert wurden. Das Abhören von Feindsendern z.B. konnte ins KZ führen. Hitler hatte mehrfach öffentlich die Vernichtung der Juden angedroht, über die konkrete Umsetzung aber Schweigen bewahrt.

Sehr viel häufiger als die Drohungen gegen die Juden waren freilich die im Laufe der Jahre immer unglaubwürdiger werdenden Drohungen der Vernichtung der feindlichen Armeen und alliierten Luftflotten, ganz zu schweigen von der Ankündigung des sicheren "Endsiegens". Wie glaubwürdig wirkten solche Drohungen und Ankündigungen auf die Deutschen?

Es ist heute schwer, um nicht zu sagen fast unmöglich, sich ein zutreffendes Bild der Kenntnislage der Deutschen über den Holocaust während des Krieges zu machen. Eine pauschale Schuldzuweisung an die Deutschen, wie sie von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident vorgenommen wurde - "Wer seine Augen und Ohren aufmachte, wer sich informieren wollte

...", entbehrt aber der Grundlage.

Sicher dagegen ist: Weizsäcker's Vater Ernst von Weizsäcker, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wußte über die Judenvernichtung Bescheid; er hat entsprechende Berichte der Einsatzkommandos abgezeichnet. Der Zeithistoriker Daniel Koerfer vermutet sogar, daß Ernst von Weizsäcker in Nürnberg hingerichtet worden wäre, wenn diese Dokumente schon bekannt gewesen wären.

Der Preis der "Befreiung"

Wer von Befreiung spricht, bedankt sich bei den Siegern; denn die Deutschen haben sich 1945 nicht selbst befreit. Sie haben keinen nennenswerten Beitrag zu ihrer Befreiung geleistet, sie haben sich im Gegenteil bis zum Schluß gewehrt. Die Folgen für die Niederlage bzw. Befreiung waren für die Deutschen schwerwiegend: die Amputation und Zerschlagung Deutschlands als eigenständige, souveräne, staatliche Einheit. Die Sieger haben sich die Früchte ihres Sieges selbst geholt, ohne die Deutschen zu fragen.

1985 stimmten die Deutschen der Befreiungsrede Weizsäcker's überwiegend zu. Die Befreiung war aber nicht ohne die Niederlage und ihre Folgen zu haben. ... Mit der Dankbarkeit erhält das, was 1945 dem mit der bedingungslosen Kapitulation willenlos gemachten Deutschland widerfuhr, eine nachträgliche Legitimation durch die besiegten Deutschen selbst. Die logische Konsequenz der Weizsäcker-Rede und der darin zum Ausdruck kommenden Dankbarkeit ist die Bereitschaft, auch den Preis für die Befreiung zu zahlen. ...

Ostgrenze

Nach dem Versailler Friedensvertrag 1919 hatte keine - keine - der maßgeblichen deutschen Parteien die von den Siegermächten gezogene Ostgrenze des Deutschen Reiches akzeptiert. Das Versailler Diktat passierte den Reichstag nur mit knapper Not, letztlich nur mit Hilfe eines Geschäftsordnungstricks, um ... den Verlust der Reichseinheit zu verhüten.

Die Forderung nach einer Revision der Ostgrenze, die Ostpreußen und Danzig vom Deutschen Reich abtrennte, war ein Grundkonsens der Weimarer Parteien. Hitler konnte später von diesem Grundkonsens profitieren, als er 1939 eine Revision der Ostgrenze forderte und den Zweiten Weltkrieg begann. Die Deutschen standen in dieser Frage hinter ihm, auch wenn sie den großen Krieg, einen Zweiten Weltkrieg nicht wollten.

Noch während des Zweiten Weltkriegs einigten sich Stalin und Churchill darauf, die deutsche Ostgrenze erneut massiv nach Westen und damit Polen noch weiter nach Mitteleuropa zu verschieben. Schlesien, Pommern, Danzig, ein Teil Ostpreußens wurden Polen zugeschlagen, der andere Teil Ostpreußens der Sowjetunion, alles Gebiete, die seit Jahrhunderten unbestritten deutsch besiedelt waren. Stalin drückte als Draufgabe noch Stettin zugunsten Polens durch und verordnete der von ihm gegründeten DDR die Anerkennung der Oder-Neiße als "Friedensgrenze".

Die Umdeutung der von Stalin gezogenen Grenze in eine deutsch-polnische Friedensgrenze entlang der Oder-Neiße blieb im Westen Deutschlands bis 1990 umstritten. Ohne das Zugeständnis der endgültigen Anerkennung wäre die Wiedervereinigung 1990 nicht zu haben gewesen. Nicht nur der französische Staatspräsident Mitterrand war in dieser Frage absolut unachgiebig. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Anerkennung bis zur Gefahr einer Blockierung des Wiedervereinigungsprozesses hinausgezögert.

Richard von Weizsäcker hingegen war bereit, auch diesen Preis für die "Befreiung" zu bezahlen: Er gehört mit zu den frühesten Befürwortern eines endgültigen Verzichts und gilt den Polen noch heute als beliebtester deutscher Politiker von Rang. ...

Risiken und Nebenwirkungen

... Befreiungslegenden

... Wer mit Gewalt unterworfen wird und dann mit dem Begriff der Befreiung operiert, hat in Wahrheit überhaupt nicht begriffen, was mit Freiheit und Befreiung gemeint ist. Er hat zum

Freiheitsbegriff keine echte, innere Beziehung. Wenn der Bundespräsident für die Deutschen die Niederlage, Besetzung und Teilung ihres Landes - Deutschland war 1985 geteilt - als Befreiung bezeichnet, dann stimmt irgend etwas nicht. Da ist ein Volk nicht ehrlich vor sich und seiner Geschichte. ...

Hinter der Rhetorik steht nichts, keine eigene Erfahrung; nur die Verwechslung von gewaltsamer Bekehrung mit Befreiung. Das ist eben nicht das Gleiche. Es ist eine Form von Selbstentmündigung, die die Befreiung von Dritten erwartet, es ist die Preisgabe des eigenen freien Willens zur Freiheit, die erkämpft werden muß. Es ist die Absage an die Eigenverantwortlichkeit. Weizsäcker hat das mit der "Befreiung vom Faschismus" natürlich nicht gemeint. Aber es ist die Folge eines Befreiungsbegriffs, wie er von den Deutschen verstanden und inhaltlich umgepolt worden ist.

Entmündigte Außenpolitik

Wenig reflektiert ist bisher, daß 1945 auch das Jahr der außenpolitischen Entmündigung Deutschlands ist. Mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über Restdeutschland. Eine deutsche Regierung gab es bis zur Gründung der DDR und der Bundesrepublik nicht, beide Staaten wurden unter Vormundschaft und Aufsicht der Supermächte USA und UdSSR ins Leben gerufen. In der Außenpolitik waren beide Staaten weder frei noch souverän. Übrigens auch nicht in der Innenpolitik. Die Bundesrepublik erhielt z.B. erst 1951 ein Auswärtiges Amt und gewann dann im Lauf der Jahre etwas an außenpolitischer Bewegungsfreiheit.

Die Bundesrepublik und die DDR bewegten sich in einem engen, von den Siegermächten im Westen und der Sowjetunion im Osten vorgegebenen Korsett. Abweichungen, wie die Ostpolitik Willy Brandts wurden z.B. in Washington mit Argusaugen beobachtet und teilweise ausgebremst. Der außenpolitische Schulterschuß mit den USA war eine unerläßliche Lebenslinie jeder Bundesregierung. War er gefährdet, wie in der Nachrüstungsdebatte nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979, stürzte die Regierung, während sich die neue ihres Rückhalts in Washington versicherte.

Die außenpolitische Entmündigung, unter anderem als Bündnistreue und zum Teil auch als Multilateralismus eingekleidet, hatte Bestand bis zur Wiedervereinigung. Sie war aus der Sicht der deutschen politischen Klasse eine Art Gottesgeschenk. Sie enthob die deutsche Außenpolitik von schwierigen Entscheidungen, der Übernahme internationaler Verantwortung und eigenverantwortlicher Interessenpolitik.

Die Formulierung "nationaler Interessen" galt als eine Art Teufelswerk, das - abgesehen von Wirtschaftsinteressen - mit einem Tabu belegt war. Die Bundesrepublik ging im Westen, sprich NATO und Europäische Einigung in einer Weise auf, die für Frankreich, Großbritannien und natürlich die USA unvorstellbar war.

Mühsam und gegen Widerstände mußte in den Jahren nach 1990 der Begriff der "nationalen Interessen" erst wieder entdeckt und positiv besetzt werden, obwohl er die Grundlage jeder Außenpolitik ist. Die "nationalen Interessen" sind die einzige Münze, die im internationalen Verkehr, in der internationalen Politik zählen. Rationale Außenpolitik ist nur auf dieser Grundlage möglich.

Zum Zeitpunkt der Rede Weizäckers, 1985, bedeutete die "Befreiung" auch ein Ja zur fort-dauernden außenpolitischen Entmündigung. Die westdeutsche politische Klasse war froh, den Entscheidungszwängen entronnen zu sein, die Deutschland nach der Reichsgründung 1871 in die Katastrophen der Weltkriege geführt hatten. Die deutsche Politik und Diplomatie hatten sich nach 1871 im europäischen Interessengeflecht nie zurecht gefunden und waren schließlich als Außenseiter gescheitert.

Nach der Niederlage 1945 und der bedingungslosen Kapitulation war die deutsche außenpolitische Entmündigung durch Fremdeinwirkung der Sieger komplett. Im Lauf der Jahre wurde

sie in Randbereichen etwas gelockert. 1985 bekam die deutsche Einordnung bzw. Unterordnung unter den fremden Willen mit der Rede Weizsäckers den Charakter der Freiwilligkeit. Die deutsche politische Klasse, die seit der Reichsgründung 1871 auf keine außenpolitische Erfolgsgeschichte sondern nur auf Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Katastrophen zurückblicken konnte, orientierte sich lieber an Vorgaben aus Washington, London, Paris und im Osten aus Moskau. Die Rede Weizsäckers übergab die deutsche außenpolitische Selbstentmündigung mit dem Glorienschein der Befreiung. ...

Traditionen?

... Zögerlich und widerwillig nähern sich die Deutschen der Tabuzone der sog. Stunde Null. Jede mißverständliche Äußerung, jeder falsche Schritt außerhalb der festgetretenen Pfade der politischen Korrektheit kann das Ende der wissenschaftlichen oder publizistischen Karriere derer bedeuten, die sich auf dieses schwierige Terrain vorwagen. Historische Forschung und Publizistik befassen sich in Deutschland exzessiv mit bestimmten Ausschnitten des Zweiten Weltkrieges und lösen damit immer wieder Wellen der Betroffenheit aus. Selektiv wahrgenommen, vernachlässigt und ausgeblendet werden die letzten Kriegsmonate und die unmittelbare Nachkriegszeit, obwohl sie für die spätere Entwicklung in Deutschland von größter Bedeutung sind. ...

Es ist bemerkenswert, wie sich die Deutschen ihre Geschichte von Ausländern erzählen lassen müssen: Ein britischer Historiker, Alan B. Taylor, nannte es ein "großes Geheimnis", daß viele Deutsche über die zwölfte Stunde hinaus auf den Trümmern des dahingegangenen Reiches weiter kämpften. Mit Sarkasmus hatte Taylor hinzu gefügt, daß die Antwort darauf nie zu haben sein werde, da die Deutschen selbst sich nicht erinnerten. ...

Fazit

Die eingangs gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden: Die Tragweite der von Richard von Weizsäcker 1985 vorgenommenen Umdeutung der Niederlage von 1945 in eine Befreiung ist enorm, die Tragfähigkeit nahezu null und die Folgen teilweise katastrophal.

Die Rede ist zeitbedingt und traf die Stimmung der "Westdeutschen" Mitte der 1980er Jahre. Ein Vierteljahrhundert oder eine Generation später hält sie einer kritischen Überprüfung nicht stand.<<

Während des "Nürnberger Manifests" im Mai 1985 erinnerte die SPD an das Schicksal der Vertriebenen (x024/329): >>Die aus dem Osten vertriebenen Deutschen hatten - stellvertretend für uns alle – mit dem Verlust ihrer Heimat einen hohen Preis zu bezahlen für eine menschenverachtende Expansionspolitik, die sich anschickte, ganze Völker, besonders das polnische und russische, zu versklaven, große Teile zu vertreiben, ihre Führungsschichten auszurotten. Trotzdem bleibt die Vertreibung von Millionen Deutschen Unrecht.

Die Vertriebenen haben schon früh deutlich gemacht, daß auch sie den Zirkel von Rache und Vergeltung durchbrechen wollen.

Darüber hinaus muß heute klar sein: Friede ist in Europa nur möglich, wenn niemand mehr an den Grenzen rüttelt, die als – für alle Deutschen schmerzliches – Resultat nazistischer Gewaltpolitik entstanden sind.

Willy Brandts Politik des Friedens und der Versöhnung gründete auf dieser Einsicht. Wer die polnische Grenze auch nur rhetorisch in Frage stellt und damit ganz Europa gegen die Bundesrepublik aufbringt, schadet dem Volk, für das zu sprechen er vorgibt. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (24/1985) berichtete am 10. Juni 1985 über die Flucht und Vertreibung aus dem deutschen Osten nach 1945: >>**Noch nicht fertig? Schnell!**

In einer klirrend kalten Februarnacht schreckten die Bewohner einer Villa in Kalisch südöstlich von Posen jäh aus dem Schlaf. An der Haustür wurde gerüttelt, dagegen gehämmert und - getreten. Als der Hausherr öffnete, drängten sich drei Uniformierte herein. Barsch befahlen sie der Familie, Eltern und vier Kindern, ihr Haus binnen einer halben Stunde zu räumen.

Es blieb kaum Zeit zum Zusammenraffen einiger Wertsachen, warmer Kleidung und Lebensmittel. Als die Mutter einen geräucherten Schinken einpacken wollte, rissen die Eindringlinge den an sich. Sie drängten die Familie hinaus, schlossen ab und steckten den Haustorschlüssel ein. Den jungen Schäferhund Rex, der im Hof aufgereggt bellte, brachte einer der Uniformierten mit zwei Schüssen zum Schweigen. "Das Todeswinseln von Rex war der Abschied von unserem Heim", erinnert sich Tochter Teresa, damals neun Jahre alt.

Die Familie wurde in den Turnsaal der nahen Handelsschule geführt, der sich in den folgenden Tagen mit Vertriebenen füllte. Dann wurde die Kolonne, wieder nachts, zum Bahnhof getrieben und in eiskalte Viehwaggons gepfercht. Nach zwei Tagen und zwei Nächten landete der Treck in den Kasematten eines alten Forts. Dort gab es keine Heizung, außer dem Mitgebrachten nichts zu essen, der Schnee im Innenhof mußte Trink- und Waschwasser ersetzen.

Drei Wochen später wurden die Vertriebenen zu Verwandten, weit weg von ihrer Heimat, entlassen. Ihr schönes Haus in Kalisch übernahmen mit allem Inventar die neuen Herren: Ein Staatsanwalt mit seiner Familie setzte sich ins gemachte Nest.

Vertriebenenenschicksal im Osten - aber nicht 1945, dieses schon 1940. Denn Teresa Kuczynska aus der Tschestochowskastraße 20 in Kalisz (wie es damals noch und danach wieder hieß) gehörte jener polnischen Intelligenzschicht an, deren Vertreibung und Ausrottung die Deutschen ab 1939 betrieben, solange sie dazu Gelegenheit hatten.

Die Kuczynskas wurden zusammen mit 700.000 anderen Polen und 500.000 Juden ab 1939 aus dem sogenannten Warthegau vertrieben, westpolnisches Land, das nach dem Blitzsieg der Wehrmacht dem Deutschen Reich einverleibt und zum Siedlungsgebiet für Reichs- und Volksdeutsche aus dem Osten erklärt wurde.

"Es waren sehr viele darunter, die sich in die noch warmen Betten der polnischen Vertriebenen legten", erinnert sich die baltendeutsche Schriftstellerin Waltraut Villaret, die selbst 1939 aus Riga in den Warthegau umgesiedelt und 1945 aus "der neuen Heimat, die nie eine war", wieder weggetrieben wurde.

Damals, 1939, mußten verbliebene Polen Fahrräder und Photoapparate, dann auch noch Musikinstrumente und Möbel abliefern, wurden ihre Bildstöcke zerstört, die Kirchen geschlossen und die Priester deportiert. Insgesamt fast 20 Millionen Polen sollten nach den Plänen Heinrich Himmlers liquidiert oder ausgesiedelt werden, bis ins ferne Brasilien hin, wo, so Himmler, "dem fanatischen katholischen Klerus verhältnismäßig leicht die Umvolkung der katholischen Polen gelingen sollte".

Der Kriegsverlauf verhinderte die Ausführung solcher Wahnwitzpläne. Immerhin gelang es den Nazis, ein Viertel der Bevölkerung Polens zu liquidieren - darunter auch zwei Drittel der Vertriebenen-Familie Kuczynska: Der Vater wurde in Dachau ermordet, die Mutter und zwei Töchter verhungerten in Bergen-Belsen. Teresa, die jüngste, überlebte als 14jährige Auschwitz, ihr Bruder in einem Kriegsgefangenenlager nach dem Warschauer Aufstand.

"Die nationalsozialistische Politik", so der Historiker Wolfgang Benz, "war Ursache des Unglücks, das am Ende des Zweiten Weltkriegs über die Opfer von Flucht und Vertreibung hereinbrach."

Fast auf den Tag genau sechs Jahre nach der neunjährigen Teresa Kuczynska, die in einer eisigen Februarnacht das Vaterhaus in Kalisz verlassen mußte, erlitt die elfjährige Monika Taubitz im schlesischen Eisersdorf, Kreis Glatz, das gleiche Schicksal.

Am 24. Februar, einem Sonntag, kamen, so beschrieb es das junge Mädchen in ihrem Tagebuch, "polternde Schritte die Treppe heraufgestürmt, die Miliz. Sie kamen in mein Zimmer und zogen mich so sehr, daß ich beinahe aus dem Bett gestürzt wäre ... Ich zog mir etwas an ... dazwischen brüllte die Miliz "noch nicht fertig? Schnell, schnell!"

"Ich war ganz verwirrt. Auch zog ich mir ungeheuer viele Sachen an. Ein Pole trieb uns wieder an. Da brüllte ich los. Der Pole zeigte wütend auf sein Gewehr und schrie: "Du ruhig sein,

sonst ich dich erschieße!" Dann mußten wir das Haus verlassen. Wir wurden bis zur Schule getrieben, dort mußten wir warten."

In Glatz wurden die Vertriebenen in Viehwaggons verladen, frierend und hungernd quer durch Deutschland gefahren, bis sie in Nordenham landeten, wo es, so die Elfjährige, "gar nicht schön ist und die Leute, bis auf einzelne Familien, sehr häßlich zu uns sind".

Monika Taubitz überlebte das Inferno, das 1945 über die völlig unvorbereiteten Menschen im deutschen Osten hereinbrach, der bis zum Sommer 1944 von Luftangriffen verschont blieb und deshalb als eines der sichersten Gebiete des Reiches galt, in das zahlreiche Ausgebombte evakuiert worden waren. Zwei Millionen von insgesamt 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen bezahlten Hitlers Rechnung mit ihrem Leben.

Ihr Schicksal war, ohne daß sie davon etwas ahnten, schon 1943 in Teheran bestimmt, im Februar 1945 in Jalta endgültig besiegelt worden, als die drei Siegermächte sich über die Verschiebung Polens um 250 Kilometer nach Westen auf Kosten Deutschlands einigten.

"Polen könnte sich nach Westen verlagern wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf einige deutsche Zehen trete, könne man das nicht ändern", befand der Brite Winston Churchill in Teheran - der sich um die betroffenen Deutschen herzlich wenig Sorgen machte:

Am 15. Dezember 1944 erklärte er vor dem Londoner Unterhaus:

"Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt. Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."

Was dann tatsächlich über die Deutschen im Osten hereinbrach, beschrieb der britische Nobelpreisträger Bertrand Russell im Oktober 1945 so:

"In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen ..."

Selbst Churchill, noch Ende 1944 über das Schicksal der Deutschen im Osten "nicht beunruhigt", sorgte sich nur neun Monate später über "eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet" - denn unterdessen waren Millionen hungernder und besitzloser Flüchtlinge in den Westen Deutschlands geströmt, irrten Millionen Vertriebene durch das zerstörte Land, waren nach den Zahlenangaben von Russen, Polen und Tschechoslowaken auf der Potsdamer Konferenz der Sieger im Juli 1945 weitere Millionen Deutsche aus jenen Gebieten spurlos verschwunden, denn "wo unsere Truppen hinkamen, da liefen die Deutschen weg", beschied Stalin seine Verbündeten.

Die Polen behaupteten, auf dem von ihnen in Besitz genommenen Gebiet befänden sich nur noch "eine bis anderthalb Millionen Deutsche, die aber nach der Ernte freiwillig bereit sind, in die Heimat zurückzukehren". In Wahrheit lebten damals, im Sommer 1945, noch etwa vier Millionen Deutsche in den Ostgebieten, die aber dann auch noch ausgetrieben wurden - und zwar mit dem Segen aller in Potsdam Versammelten.

Denn im Artikel XIII des Potsdamer Protokolls waren sich die Sieger trotz aller "moralischen Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen" (Churchill) doch wieder einig:

"Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darüber überein, daß jede derartige Überführung ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll."

Wie Flucht und Vertreibung in der grausamen Wirklichkeit der Jahre 1945 bis 1947 tatsächlich aussahen, schildert anhand erschütternder Aussagen Betroffener die "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa", belegen Augenzeugenberichte Vertriebenen, Besatzerakten aus jener Zeit, aber auch ausländische wissenschaftliche Untersuchungen

wie die des amerikanischen Völkerrechtlers Alfred M. de Zayas über "dieses traurige Kapitel in der Geschichte des 20. Jahrhunderts".

Von Durchhalteparolen Hitlers auf ihrer Scholle festgehalten, der in Kurland 300.000 vollausgerüstete Soldaten für die Wahnidee einer "neuen Offensive im nächsten Frühjahr" stehenließ, während er in Ostpreußen 65jährige Volkssturminvaliden mit alten Flinten und je 18 Schuß Munition gegen die ins Reich stürmenden sowjetischen Panzerarmeen in Stellung schickte, wurden Millionen Deutsche im Winter und Frühjahr 1945 von rachedurstigen Rotarmisten überrannt, die der Schriftsteller Ilja Ehrenburg zum hemmungslosen Töten aufgefordert hatte. In einem Flugblatt, das unter den Soldaten verteilt wurde, hetzte Ehrenburg damals:

"Die Deutschen sind keine Menschen. Von jetzt ab ist das Wort Deutscher für uns der allerschlimmste Fluch. Von jetzt ab bringt das Wort Deutscher ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden töten. Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten - für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen!"

Der Ort, "in dem Rußlands Rache für mehr als drei Jahre deutscher Gewaltherrschaft erstmals explodierte" (Günter Böddeker in "Die Flüchtlinge"), war Nemmersdorf in Ostpreußen, von der Roten Armee im Oktober 1944 genommen, wenige Tage später von der Wehrmacht zurückerobert.

Volkssturmmann Karl Potrek aus Königsberg berichtete der "Wissenschaftlichen Kommission der Bundesregierung zur Geschichte der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa":

"An dem ersten Gehöft ... stand ein Leiterwagen. An diesem waren vier nackte Frauen in gekreuzigter Stellung durch die Hände genagelt ... An den beiden Scheunentüren war je eine Frau nackt in gekreuzigter Stellung durch die Hände angenagelt. Weiter fanden wir dann in den Wohnungen insgesamt 72 Frauen einschließlich Kinder und einen alten Mann von 74 Jahren, die sämtlich tot waren, fast "ausschließlich bestialisch ermordet, bis auf nur wenige, die Genickschüsse aufwiesen. Unter den Toten befanden sich auch Kinder im Windelalter, denen mit einem harten Gegenstand der Schädel eingeschlagen war."

Die Greuel von Nemmersdorf, von der Nazi-Propaganda lautstark ausgeschlachtet, versetzten die Bevölkerung im Osten in Angst und Schrecken - doch die NS-Führung verbot jede Flucht bei drakonischen Strafandrohungen.

So wurde es zwar am 20. Januar 1945 dem Generalleutnant Oskar von Hindenburg erlaubt, die Sarkophage seiner Eltern aus dem Ehrenmal von Tannenberg zu bergen, lebende Flüchtlinge aber befahl Gauorganisationsleiter Paul Dargel "über den Haufen zu schießen".

Vielen gelang, wie Marion Gräfin Dönhoff, die mit ihrem Fuchs drei Monate lang tausend Kilometer gen Westen ritt, die Flucht in letzter Stunde. Mehr aber blieben, wie in der "Festung" Königsberg, zurück und durchlitten in den nächsten Monaten Unsägliches bis zu Kannibalismus hin; von 70.000 Bewohnern überlebten in der Stadt nur 25.000.

Auch von den Flüchtlingen starben Hunderttausende auf dem Weg, an Strapazen, Hunger, von Panzern überwalzt, im Meer ertrunken:

Für 20.000 Flüchtlinge auf 135 Schiffen, darunter der von einem Sowjet-U-Boot versenkten "Wilhelm Gustloff", endete die größte See-Rettungsaktion aller Zeiten, von der Kriegsmarine noch im Winter und Frühjahr 1945 organisiert, im Eiswasser der Ostsee, über zwei Millionen aber kamen damals noch auf dem Seeweg durch.

Wie in Ostpreußen erlebten die Menschen überall jenseits der Oder, in Pommern, in Schlesien unter der Rache der russischen Sieger und Willkür der neuen polnischen Herren das Inferno. Im pommerschen Lauenburg nahmen sich noch in der Nacht des Einmarsches der Roten Armee 600 Einwohner selbst das Leben. Im niederschlesischen Grünberg begingen in den ersten zwei Wochen der Besatzungsgreuel 500 von 4.000 Einwohnern Selbstmord. Aber kaum jemand glaubte damals schon an einen endgültigen Verlust der Heimat.

Von sechs Millionen Deutschen, die in den letzten Kriegsmonaten vor der Roten Armee geflohen waren, kehrten über 1,1 Millionen in den ersten Friedensmonaten wieder zurück, oft nur für Tage oder Wochen, bevor sie erneut fortgetrieben wurden.

Deutschen wurden laut polnischen "Sonderbefehlen" 15 Minuten Zeit gegeben, ihre Häuser und Wohnungen zu räumen. Sie mußten die Schlüssel außen steckenlassen und durften 16 Kilo Handgepäck mitnehmen - das sich in zahlreichen Plünderungskontrollen bis zur Grenze meist auf Null reduzierte. Der Oberstudienrat Dr. Müller aus Danzig hatte, als er im Lager Scheune, der Endstation der Vertriebenenzüge auf polnischem Gebiet, ankam, nur noch seine Unterhosen an.

Andere Lager, wie das berüchtigte Lager Lamsdorf zwischen Oppeln und Neiße, wurden zur Todeshölle für Deutsche. Ein damals 20jähriger Partisan namens Gimborski ließ dort zwischen Juli 1945 und Herbst 1946 Tausende Oberschlesier nach schlimmster SS-Art foltern und ermorden. An einem einzigen Tag, dem 4. Oktober 1945, wurden bei einem Barackenbrand fast 600 Insassen erschossen, erschlagen oder verbrannt. Von über 800 Kindern kamen 600 um, insgesamt starben im "Sammellager" Lamsdorf 6.500 Vertriebene einen gewaltsamen, den Hunger- oder Seuchentod.

Wie die Polen, bei denen vorher die Nazis so furchtbar gehaust hatten, wüteten auch die Tschechen, die weit weniger unter der NS-Herrschaft gelitten hatten, gegen alles Deutsche. So wie unter den Nazis der Judenstern gab nun eine weiße Armbinde oder der Buchstabe N (für Nemeč = Deutscher) die so gebrandmarkten Menschen jeglicher Willkür preis: Sie durften straflos gequält, beraubt, vergewaltigt und totgeschlagen werden, zum Teil in denselben Lagern, in denen vorher die SS Juden ermordet hatte, wie Theresienstadt.

Am 31. Juli 1945 verübte der Mob in Aussig nach einer Explosion in einem Munitionslager ein Massaker unter Deutschen. Die Zahl der Opfer wird auf tausend bis dreitausend geschätzt. Von den über drei Millionen Sudetendeutschen kamen etwa 270.000 um.

Noch schlimmer erging es den Volksdeutschen in Jugoslawien. Über ein Viertel, 135.000 von 500.000, büßten ihr Leben ein. Aus Rumänien wurden auf sowjetisches Drängen fast 100.000 Volksdeutsche zur Zwangsarbeit in die Sowjet-Union deportiert. Lediglich bei der ebenfalls von Stalin geforderten Vertreibung der Deutschen aus Ungarn kam es nur vereinzelt zu Grausamkeiten; 35.000 wurden in die UdSSR verschleppt, etwa die Hälfte verblieb im Land.

Insgesamt kamen bei der Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen und Deutschstämmigen aus dem Osten Deutschlands, der Tschechoslowakei und Südost-Europa zwei Millionen Vertriebene und Flüchtlinge um - Zahlen, allenfalls vergleichbar mit der erzwungenen Völkerwanderung und dem Sterben nach der Teilung der indischen Kronkolonie in Indien und Pakistan 1947. Auch dort flüchteten etwa elf Millionen Menschen, starben zwischen einer halben und zwei Millionen auf der Flucht.

Was oftmals jenseits aller Horrorvorstellungen Menschen im Osten Deutschlands damals durchmachten, schilderte Frau M. N. aus Bärwalde in Pommern für die Dokumentation des Vertriebenenministeriums.

Als im März 1945 die Russen und Polen über Pommern kamen, wurden Frau M. N. und ihre Schwester am ersten Tag im Beisein ihres Mannes und dreier Kinder von Dutzenden von Russen vergewaltigt. Nach der ersten Gewalt-Orgie flüchtete die Familie auf einen Heuboden. Doch Spuren im Schnee führten neue Peiniger zu ihnen, die den zwei erschöpften Frauen wieder Gewalt antaten.

Dann kamen Uniformierte und Zivilisten, vergewaltigten die Frauen, erdrosselten die drei Kinder und hängten danach die drei Erwachsenen auf.

Bei Frau M. N. brach der Strick, sie fiel herunter. Als sie erwachte, lag sie auf einem Bett in ihrer Wohnung, ein Pole fragte sie: "Frau, wer gemacht?" Ich sagte, die Russen, da schlug er mich und sagte: "Russen gute Soldaten, deutsche SS-Schweine hängen Frauen und Kinder."

Frau M. N. bekam einen Schreikrampf und stürzte zum Bach nahe dem Haus, um sich zu ertränken. Aber auch da wurde sie wieder gerettet und zu Bekannten gebracht. Dort leuchtete ihr nachts ein Russe mit der Taschenlampe ins Gesicht. Sie schrie und bat, er möge sie erschießen. Der Russe sagte, er sei Oberleutnant und sie brauche keine Angst zu haben.

Dann rieb er sie mit einem Handtuch trocken und vergewaltigte sie. Nach ihm kamen noch vier betrunkene Soldaten und mißbrauchten sie immer wieder. Als sie vor Schwäche nicht mehr zu gebrauchen war, schlugen und traten sie die Frau, bis sie von neuem ohnmächtig wurde. Später wollten andere Russen sie als Faschistin erschießen, weil über dem Bett, in dem sie lag, ein Hitlerbild hing. Ein Offizier verhinderte es, man ließ die wimmernde "Verrückte" laufen.

Bekannte brachten Frau M. N. zum sowjetischen Ortskommandanten, der die Schilderung ihrer Horrorerlebnisse unwirsch mit der Bemerkung unterbrach, deutsche SS hätte in Rußland vier Jahre so gehaust. Doch dann stellte er sie als Köchin und Näherin für die Kommandantur an und ließ sie sogar, als die Polen die Frau wegen der Erzählungen über den Massenmord an ihrer Familie - den polnische Partisanen und Zivilisten verübt hatten - festnehmen wollten, in einem Sanitätsauto über die Grenze nach Deutschland bringen.

Frau M. N. - eines von Millionen Vertriebenenschicksalen, über die der Politische Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin, Robert Murphy, am 12. Oktober 1945 nach Washington telegraphierte: "Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken."<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (24/1985) berichtete am 10. Juni 1985 über die deutschen Vertriebenen, ihre Verbände und Funktionäre in der bundesdeutschen Politik:

>>**Wir missionieren bis an die Memel**

Die Kieler Ostseehalle war bis auf den letzten Platz gefüllt, über 5.000 Teilnehmer hatten sich zu einer "nationalen Feierstunde" eingefunden. Redner beschworen den "unauslöschlichen Reichsgedanken" und das "ganze Vaterland". Am Ende "klang die in größter Disziplin verlaufene Kundgebung", so ein Bericht der Veranstalter, "mit dem Großen Zapfenstreich und allen drei Strophen des Deutschlandliedes aus".

Das nahm sich, in Rahmen und Reden, wie ein Rendezvous von Rechtsextremen aus, war jedoch eine Wahlveranstaltung westdeutscher Vertriebenenpolitiker: So patriotisch und pathetisch zog, im Juli 1953, der Gesamtdeutsche Block/ Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) in den Kampf um die Mandate für den zweiten Deutschen Bundestag. "Wir sind", sprach der BHE-Gründer Waldemar Kraft, "die einzige neue, echte politische Partei mit Volksgemeinschaftscharakter und gesamtdeutschem Anspruch."

Noch als reine Interessenpartei des Lastenausgleichs und der Wohnraumbeschaffung hatte der Vertriebenen-Block drei Jahre zuvor in seinem Ursprungsland Schleswig-Holstein aus dem Stand einen fast sensationellen Landtagswählerfolg mit 23,4 Prozent der Stimmen erzielt. Nach seiner raschen Ausbreitung in fast allen Bundesländern und weiteren Wahlerfolgen schien der BHE "den Durchbruch des 5. Standes in das politische Leben der Deutschen" zu markieren, wie die "Gewerkschaftlichen Monatshefte" verblüfft kommentierten.

Doch Mitte der fünfziger Jahre streifte die Flüchtlingspartei das Proletarier-Image ab, um Größeres, Gesamtdeutsches zu bewegen. BHE-Politiker wie der ehemalige schlesische Gutsbesitzer Friedrich von Kessel, der in Niedersachsen zum Landwirtschaftsminister avancierte, fühlten sich nun berufen, "dem deutschen Volk wieder ein echtes Nationalbewußtsein beizubringen". Das Parteisymbol des Gesamtdeutschen Blocks, Berlins Brandenburger Tor, kennzeichnete die neue Marschrichtung.

Der Ostpreuße und BHE-Mitgründer Alfred Gille, einst bei der NSDAP und der SA, wollte, daß "der Blick nicht endet an der Oder-Neiße-Linie, sondern bis in die Räume hineingeht, wo deutsche Menschen Jahrhunderte gelebt und abendländische Kultur geschaffen haben".

Der deutsche Osten müsse, so der sudetendeutsche BHE-Abgeordnete Frank Seiboth, ein früherer NS-Gauschulungsleiter, der es zum Staatssekretär im hessischen Landwirtschaftsministerium brachte, "wieder die Kornkammer des Reiches werden, damit wir in der Enge des halben Deutschland nicht ersticken". Seiboth: "Wir missionieren für Deutschland! Von der Saar bis an die Memel!"

Das waren Perspektiven und Zeiten, von denen Vertriebenenprofis heutzutage nur träumen können - die Jahre des Kalten Kriegs und des kreuzzugartigen Antikommunismus; Jahre, in denen sich die junge westdeutsche Republik wiederbewaffnete und in das westeuropäische Verteidigungsbündnis integrierte.

Da war die Rückkehr der "reichsdeutschen" Vertriebenen nach Pommern, Schlesien oder Ostpreußen noch nicht zur Schimäre verblaßt; für Optimisten schien sie vielmehr eine durchaus realistische Vorstellung zu sein. Politiker aller in Bonn präsenten Parteien - die KPD wurde 1956 für verfassungswidrig erklärt und verboten - sparten nicht mit feierlichen Gelöbnissen und Gebietsansprüchen rechtstheoretischer Art. Auch die SPD stand noch stramm zur Parole ihres 1952 verstorbenen, aus Westpreußen stammenden Führers Kurt Schumacher: "Die deutsche Sozialdemokratie wird um jeden Quadratmeter des Landes jenseits von Oder und Neiße ... einen zähen Kampf führen."

Solange die westdeutsche Ost-Außenpolitik vom "Wandel durch Annäherung" (SPD-Vordenker Egon Bahr) noch meilenweit entfernt war, nahmen christliche wie sozialistische Demokraten den großdeutschen Verbalradikalismus von Vertriebenenpolitikern und Verbandsfunktionären ebenso gelassen hin wie die Tatsache, daß deren Organisationen von Ex-Nazis reichlich durchsetzt waren. Und solange Vertriebenenpolitiker im Bonner Bürgerblock der Adenauer-Kabinette mitmischen durften, hatten die revanchistischen Reden offenbar auch einen gewissen Zweck:

Die Vertriebenen sollten, wie das der Sudeten-Sprecher Walter Becher, einer der schärfsten Agitatoren, später beschrieb, stets "zwei Lautstärken lauter sein als die Bundesregierung, damit die Bundesregierung einen Ton stärker werden konnte".

Vertriebenenultras forderten damals nicht die "Wiedervereinigung", sondern die "Befreiung" der "Russenzone", sie schürten Aggressionen und schufen Feindbilder.

"Sehen wir denn nicht", so tönte Adenauers Verkehrsminister Hans-Christoph Seebohm, dessen Sonntagsreden maßgeblich zu den Revanchismus-Anwürfen aus Warschau, Prag und Ost-Berlin beitrugen, 1958 auf dem Stuttgarter Sudeten-Treffen, "wie aus dem Osten die Tollwut auf uns zukommt? Wir sollten die Zeichen erkennen, aber wir stecken den Kopf in den Sand und in den Freßnapf."

Schon 1948 glaubte Theodor Oberländer, der spätere Vertriebenenminister Adenauers mit tiefbrauner Hypothek, daß die Westdeutschen zur "Überwindung des Bolschewismus" sowohl ein "Programm zur politischen Kriegführung bis zum Ausbruch des Waffenkrieges" als auch eines "zur Unterstützung des Waffenkrieges" benötigen würden (so Oberländer in einem Brief an den Fürsten zu Waldburg-Zeil).

Immer wieder berichtete die Vertriebenenpresse über angeblich verwahrloste, "halb menschenleere" Landstriche im ehemals deutschen Osten, wo unter den polnischen und tschechischen Neu-Siedlern eine "Auswanderungspsychose" grassiere. Der "Göttinger Arbeitskreis" vertriebener Wissenschaftler beschrieb 1958 Posen und Pommern als "Zone des allgemeinen Verfalls", die "wie eine schwärende Wunde die Gesundheit Europas verhindert".

Die Vertriebenenprofis begriffen sich denn auch als "Elitebataillon im abendländischen Entscheidungskampf" (so der sudetendeutsche CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Schütz), als "Träger der besten Werte von Volkstum und Menschentum" überhaupt ... oder, etwas salopper, als "Sauerteig des deutschen Volkes".

Vor allem der Vertriebenenblock BHE währte sich auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung

als "berufenster Träger" gesamtdeutscher Anliegen. Parteigründer Kraft, den Adenauer 1953 neben dem Vertriebenenminister Oberländer als "Sonderminister" (ohne besondere Kompetenzen) ins Kabinett nahm, betrachtete die "Altparteien" als "Zweckschöpfungen der Besatzungsmächte, die man aus der Mottenkiste der Weimarer Republik geholt" habe. Als "Versager von 1933" verdienten sie nach Ansicht des Ostpreußen kein Vertrauen mehr. "Wir sind", glaubte Kraft, "die letzte Hoffnung von Millionen."

Andersherum war das jedoch eher richtig: Die Kraft-Partei richtete ihre Hoffnungen auf die Millionen von Flüchtlingen und Aussiedlern, die sich in den Westen Deutschlands ergossen hatten, hier mehr als 15 Prozent der Bevölkerung stellten und sich - vornehmlich in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein - in einer kaum überschaubaren Vielfalt von Verbänden und Vereinigungen samt Unter- und Nebengliederungen, berufsständischen und konfessionellen Organisationen formierten.

Heraus ragten am Ende 21 Landsmannschaften (LM), denn neben den großen Gruppierungen der Schlesier, Sudetendeutschen, Pommern und Ostpreußen organisierten sich unter anderen auch Mark Brandenburger, Deutschbalten und Siebenbürger Sachsen, Bessarabien-, Karpaten- und Buchenlanddeutsche, und alle existieren noch immer.

Doch der großen Vertriebenenbewegung, die sich im Kleinen auspezialisierte bis etwa zu einer "Vereinigung sudetendeutscher Kinobesitzer" oder dem "Verband früherer Ostmühlen", mangelte es an der Geschlossenheit ihrer Führungsriege. Zehn Jahre lang konkurrierten der "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" (ZvD; ab 1951: "Bund der vertriebenen Deutschen", BvD) und die "Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL; ab 1952: "Verband der Landsmannschaften", VdL), ehe sie sich, im Dezember 1958, zum "Bund der Vertriebenen" (BdV) zusammenschlossen.

Zwar einigten sich die beiden ursprünglichen Dachorganisationen auf eine Art kooperative Aufgabenteilung: Der landsmannschaftlich übergreifende ZvD/BvD sollte sich um die sozial- und wirtschaftspolitischen Existenzfragen der Vertriebenen kümmern und sich den Behörden, Parlamenten und Parteien als "Ergänzungsbürokratie" anbieten; die Landsmannschaften wollten derweil den kultur- und heimatpolitischen Part übernehmen und verhindern, daß die Landsleute "den Blick für das große Ziel, die Rückkehr, verlieren" (so Erich Mende aus Groß-Strehlitz, Mitgründer der LM Oberschlesien, später FDP-Vorsitzender und Minister für Gesamtdeutsche Fragen).

Einig waren sie sich vor allem in der zentralen Frage ihrer materiellen Absicherung: Bei der Ausformung des 1952 vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes über den Lastenausgleich (LAG), dem eine Unsumme von Novellierungen folgte, fungierten Vertriebenenpolitiker zum erstenmal offen als Lobby und politische Pressure Group (Interessengruppe).

Die überaus erfolgreiche LAG-Lobby war vermutlich der gewichtigste Beitrag der Vertriebenen zum politischen Geschehen in der Bundesrepublik. Mit einem Gesamtvolumen von fast 150 Milliarden Mark geriet der Lastenausgleich laut Bayerns früherem Sozialminister Fritz Pirkel zur "größten legalen Vermögensumverteilung in der Menschheitsgeschichte".

Die Abwicklung der letzten LAG-Fälle wird, so schätzen Experten, noch bis zum Jahre 2040 dauern.

Versuche einiger Landsmannschaften, den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erlangen, schlugen freilich ebenso fehl wie die Forderung nach einer verfassungsrechtlichen Verankerung ihrer ehemaligen Territorien im Grundgesetz oder das Verlangen nach sogenannten stummen Sitzen im Bundesrat als Vertreter von "Volksgruppen zur Zeit ohne Raum".

In der westdeutschen Vertriebenenszene schien das innige Landsmannschaftentreiben jedenfalls eine konforme Interessenlage der Neubürger zu reflektieren - und das mußte einer Vertriebenenpartei wie dem BHE geradezu wie eine politische Futterkrippe vorkommen, war

doch der Block mit den Verbänden vielfach in Personalunion verflochten.

Doch die großen Hoffnungen trogen, das stattliche Wählerpotential der Vertriebenen sicherte dem BHE - Ironie des Geschehens - keineswegs eine Dauerexistenz. Schon bei der Bundestagswahl von 1953 erzielte die Partei nur 5,9 Prozent Stimmenanteil, weit weniger als erwartet; vier Jahre danach scheiterte sie bereits mit 4,6 Prozent an der Sperrklausel und verschwand für immer von der Bonner Bühne.

Der Vertriebenenführer Linus Kather wertete es später in einem verbitterten Rückblick ("Die Entmachtung der Vertriebenen", 1964) als "eines der merkwürdigsten Phänomene der Geschichte", daß Millionen von Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik "aufgegangen" seien, "ohne einen eigenständigen politischen Willensfaktor von Dauer und Gewicht entwickelt zu haben".

Doch so seltsam ist der Vorgang auch wieder nicht, seine tieferen Ursachen sind vielmehr offenkundig: Mit der fortschreitenden Integration der Flüchtlinge in das Land des aufkeimenden "Wirtschaftswunders" (zu dem sie selber einen bemerkenswerten Beitrag leisteten) verflüchtigten sich die Sehnsüchte der Neubürger nach ihrer alten Heimat.

Gescheitert war überdies der Versuch, den Heimat-Block mit einer nationalistischen Rezeptur am Leben zu erhalten. Denn auch die deutschlandpolitischen Positionen schienen den Vertriebenenwählern offenbar noch besser bei der CDU/CSU aufgehoben, in deren Reihen sich eh immer mehr Vertriebenenpolitiker tummelten.

Der BHE erfüllte, wie Wissenschaftler seine historische Rolle beschreiben, eine "Transportfunktion": Er gab die rechtskonservativen Kräfte, nicht nur Vertriebene, die er anfangs auf sich gezogen hatte, wie gebündelt an die Unionsparteien weiter - Wähler wie Scharen von Mitgliedern und Mandatsträgern. Die Vertriebenenfunktionäre wurden, von der vergleichsweise verschwindend geringen Zahl der SPD-Anhänger abgesehen, zu einem "gefundenen Fressen für die CDU" (Kather).

Fast alle Landsmannschafts-Sprecher und namhaften BdV-Funktionäre standen oder stehen seitdem im Lager der Union, wie heute (die) Ober-Schlesier Herbert Hupka und BdV-Präsident Herbert Czaja, beide CDU-Bundestagsabgeordnete, oder der Sudeten-Vormann Franz Neubauer, bayrischer CSU-Staatsminister für Arbeit und Soziales.

Mit einer neuen Parteigliederung "Union der Vertriebenen und Flüchtlinge" (erster Vorsitzender: der ehemalige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl) ernannte sich die CDU 1969 zur "politischen Heimat für alle Heimatlosen".

Dabei war durchaus fraglich, ob der erste CDU-Kanzler Konrad Adenauer wirklich ein Herz für die Heimatlosen hatte: "Wir wollen", beklagte er sich gelegentlich über die Anstellung schlesischer Schulräte in seinem Rheinland, "den ostischen Geist hier nicht haben." Doch für die Bonner Politik kamen dem CDU-Vorsitzenden die Vertriebenen allemal zupaß, um Mehrheiten zu sichern und die Sozialdemokraten zu isolieren.

Der Mann, der Adenauers CDU die Vertriebenen zuführte und zur Symbolfigur für die Rechtslastigkeit dieser Liaison wurde, war Theodor Oberländer, der Ressortminister von 1953 bis 1960. Der promovierte Land- und Volkswirtschaftler aus Thüringen war einst beim Hitlerputsch von 1923 mitmarschiert, hatte als Reichsführer des Bundes Deutscher Osten (BDO) und als Ostexperte der Wehrmachts-Sondereinheit "Nachtigall" maßgeblich zur "rücksichtslosen Germanisierung" der östlichen Nachbarn beigetragen.

Oberländer brachte es sogar fertig, die Schlüsselpositionen seines Ministeriums systematisch mit ehemaligen Nationalsozialisten zu besetzen. Adenauer hielt trotz aller Vorwürfe an dem Minister fest, den er für einen tiefen Kenner Osteuropas hielt. Und der durchtriebene Karriereist konnte vor seinen alten BHE-Gefährten protzen: "Seitdem ich Mitglied der CDU bin, kann ich direkt zum Alten gehen, wenn ich etwas will."

Die Vertriebenenbewegung mauserte sich von einer mehr sozialpolitischen zu einer mehr au-

ßenpolitischen Pressure Group, die freilich auch Druck bei Unionspolitikern machte. Denn Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre stellte das Bonner Auswärtige Amt unter den CDU-Ministern Heinrich von Brentano und Gerhard Schröder die ersten zaghaften Überlegungen für nachbarschaftliche Beziehungen zu Polen und der CSSR an. Vertriebenenprofis, die ahnten, daß sich allmählich eine konstruktive Ostpolitik anbahnen würde, zeterten bereits "Ver-rat" und "Verzicht".

Mit dem bösen Schimpf "Verzichtspolitiker", einer bewußten Anspielung auf die "Erfüllungs-politiker" der Weimarer Republik, belegten radikale Vertriebenenredner von da an fast jeden, der auch nur vage verdächtig schien, deutschen Boden preisgeben zu wollen - den SPD-Staatsrechtler Carlo Schmid wie CDU-Kanzler Adenauer, den SPIEGEL wie den katholischen "Rheinischen Merkur", Pastor Martin Niemöller wie alle Verfechter der EKD-Denkschrift zur "Lage der Vertriebenen" von 1965.

"Verzichtspolitiker", das verlangten im Frühjahr 1963 vier Landsmannschaften gleichzeitig, sollten wegen "hochverräterischer Äußerungen" strafrechtlich belangt werden. Allerdings stützten sie sich dabei auf ein abenteuerliches Gutachten des Würzburger Staatsrechtlers Friedrich August von der Heydte, von dem sich nicht nur Fachleute, sondern auch der Bund der Vertriebenen alsbald distanzierte.

Verzichtserklärungen jedweder Art würden, so drohte im Bundestag der CSU-Abgeordnete Georg von Manteuffel-Szoegge, die Vertriebenen "in die Illoyalität treiben". Auch seien sie unnötig, meinte der Deutschbalte, denn "die Polen glauben ohnehin nicht, daß wir ihnen unse-re Ostgebiete lassen".

Was immer aber die Vormänner der Vertriebenen beschworen und beteuerten - es entsprach kaum mehr der Realität an der Vertriebenenbasis. Glaubten 1953 noch drei Viertel der Pommern oder Schlesier an die Rückkehr, so war es, wie Umfragen ergaben, 1964 nur mehr ein Viertel. Acht Jahre später betrachteten bereits 56 Prozent der Vertriebenen die Unverletz-lichkeit der Oder-Neiße-Grenze als richtige und wünschenswerte Voraussetzung für normali-sierte Beziehungen zu Polen; nur 24 Prozent hielten sie für falsch.

Zu keiner Zeit gehörten den Vertriebenenverbänden mehr als zwei von zehn ihrer Landsleute an. Und Wahlanalysen zeigten alsbald auch: Das Wählerverhalten der Vertriebenen entsprach annähernd dem der übrigen Bevölkerung.

Eine Untersuchung der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik zum Thema "Junge Vertriebene: Abschied vom politischen Erbe" kam, ebenfalls schon 1972, zu dem Ergebnis: Die Politik der Vertriebenenverbände "verliert zunehmend an politischer Legitimation"; auf Verbandstreffen würden die Funktionäre zuweilen Forderungen im Namen aller Mitglieder erheben, die diese jedoch "in der großen Mehrheit nicht teilen".

Dennoch nahmen selbst die Sozialdemokraten, die in der Großen Koalition (1966 bis 1969) und schließlich in der ersten Phase der sozialliberalen Koalition (1969 bis 1973) die deutsche Ostpolitik wendeten - Ergebnisse: die Gewaltverzichts-/Grenzankennungsverträge mit Polen und der Sowjet-Union sowie der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag mit der DDR -, lange noch erstaunlich viel Rücksichten auf die Berufs-Heimatvertriebenen.

Bis 1969 schien die Toleranz einigermaßen verständlich: Die SPD stellte damals mit dem Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs vorübergehend den BdV-Präsidenten und hoffte, der Vertriebenenbund würde zur Entspannungspolitik allmählich eine gemäßigte Haltung ein-nehmen. Daß wahltaktisches Finassieren kaum von Belang sein würde, erwies sich jedoch nicht zuletzt wiederum am Fall des BdV-Präsidenten.

Rehs verließ, als der SPD-Vorsitzende und damalige Außenminister Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag vom März 1968 in Nürnberg zum erstenmal den Entspannungskurs formulierte ("Anerkennung beziehungsweise Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertrag-lichen Regelung"), demonstrativ den Saal - und wenig später auch die Partei. Im Handumdre-

hen wurde der Rechtsanwalt Mitglied bei der CDU, nachdem der Vertriebenenbund die Frage aufgeworfen hatte, ob denn der Wähler "einer Partei seine Stimme geben kann, die gewaltsam geschaffene Unrechtstatbestände anerkennt".

Für Rehs zahlte sich der fixe Wechsel jedoch nicht aus. Die CDU schanzte dem Überläufer zwar für die Bundestagswahl den bis dahin sicheren Unionswahlkreis Verden an der Aller zu, der verlor ihn aber allen Erwartungen zum Trotz an den SPD-Kandidaten und nachmaligen Städtebauminister Karl Ravens.

Für den Endkampf gegen die Ost-Verträge - Begleitmusik zu den hitzigen Bundestagsdebatten von 1970 bis 1972 - brauchten die Vertriebenen andere Redner: Franz Josef Strauß zum Beispiel, der gerade zur "Rettung des Vaterlands" blies. Der CSU-Vorsitzende heizte im Mai 1970 eine Vertriebenenkundgebung mit 30.000 Teilnehmern auf dem Bonner Marktplatz auf: "Diese Regierung ... muß umkehren oder verschwinden." Das klang nur etwas vornehmer als die radikalen Vertriebenenparolen: "Fegt ihn weg, den roten Dreck."

Das Bonner Spektakel, ähnliche folgten, machte nun auch geduldige Genossen stutzig. "Es gibt da", erkannte SPD-Geschäftsführer Jürgen Wischniewski, selbst Vertriebener aus Ostpreußen, "eine völlige Solidarisierung mit der CSU." Dennoch zog die SPD, obschon immer wieder wütenden Anwürfen ausgesetzt ("Volksverräter Willy Brandt, heraus aus unserem Vaterland"), daraus nicht die Konsequenzen, die möglich gewesen wären - etwa die Spaltung des Bunds der Vertriebenen.

Den Ansatz dazu, 1970 initiiert durch die Bundestagsabgeordneten Günter Slotta und Manfred Wende, beide Schlesier, die bereits Einladungen für eine Gegenründung verschickt hatten, unterdrückte Fraktionschef Herbert Wehner. Der "Onkel" wollte es in der kritischen Situation vor der Ratifizierung der Ost-Verträge durch den Bundestag nicht ganz mit dem BdV verderben.

Die SPD/FDP-Koalition benötigte bei ihrer hauchdünnen Mehrheit von zwei Mandaten auch den Ober-Schlesier Herbert Hupka, der bis Februar 1972 noch die SPD-Bank drückte.

Der Sanftmut der sozialliberalen Koalition im Umgang mit Vertriebenenpolitikern mag durchaus opportun gewesen sein; gewiß durfte man auch darauf spekulieren, daß die Vertriebenen allmählich zur Ruhe kommen würden, wenn erst einmal die Ost-Verträge unter Dach und Fach gebracht wären. Tatsächlich flachte ihre Aktion Widerstand sogar schon vor der Vertragsratifizierung deutlich ab - vorsichtige Vertriebenenführer befürchteten offenbar, ein klägliches Scheitern des Obstruktionskurses könnte ihr Prestige schmälern.

Die Kundgebungen wurden kümmerlicher: Statt der 30.000 Teilnehmer von 1970 kamen zwei Jahre später nur noch knapp 2.000 zur Bonner BdV-Demo.

Ernüchternd mußte es auf die BdV-Funktionäre schließlich wirken, daß sich die CDU/CSU-Fraktion bei der Bundestagsabstimmung über die Ost-Verträge im Mai 1972 mehrheitlich der Stimme enthielt.

Für die Vertriebenenverbände begann der Abstieg in die schiere Bedeutungslosigkeit, sie gerieten am Ende zu beinahe Vergessenen und Verdrängten, die nur noch ein "kümmerliches politisches Dasein im stillen Kämmerlein fristeten" ("Die Zeit").

Bis sie von den Bonner Wende-Künstlern, wofür auch immer, aus dem Dornröschenschlaf geweckt wurden und mit Parolen wie "Schlesien bleibt unser" neue Revanchismus-Vorwürfe aus dem Osten provozierten.

Im April 1960 verurteilte das Oberste Gericht der DDR Oberländer in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft wegen "fortgesetzt begangenen Mordes" und "fortgesetzter Anstiftung zum Mord", der im Sommer 1941 in Lemberg durch die Nachtigall-Einheit an mindestens 3.000 Personen begangen wurde; Oberländer ließ, wozu ihm das Bonner "Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen" die Möglichkeit bot, das DDR-Urteil für wirkungslos erklären.<<

Papst Johannes Paul II. berichtete am 26. Juni 1985 während einer Konferenz in Sao Paulo über die neue Weltordnung.

Horst Deckert berichtete in seinem Internet-Blog "<https://www.offenbarung.de> ..." über diese Rede des Papstes Johannes Paul II. (x991/...): >>>**Das etwas andere Management-Modell**

des Papstes: Die neue Weltordnung

Hier die Übersetzung der interessanten Rede des Papstes in Sao Paulo.

Konferenz vom 26. Juni 1985, durch Papst Johannes Paul II.

Art. 1: Niemand wird von nun an Zugang zum Postdienst haben, ohne die Nummer.

Art. 2: Niemand soll in irgendeinem Unternehmen oder einer Schule angestellt werden, außer er habe diese Nummer.

Art. 3: Kein Student soll in irgendeiner Schule registriert werden, ohne daß Student oder Eltern eine Nummer haben.

Art. 4: Jede Seele, die sich nicht nach diesem Sozialvertrag richtet, kann ohne diese Nummer weder kaufen oder verkaufen.

Art. 5: Niemand soll Nahrung verkaufen oder kaufen können, noch sollten sie Nahrung anpflanzen können, ohne diese Nummer.

Art. 6: Niemand kann Geld anlegen noch Geld abheben, ohne diese Nummer.

Art. 7: Wer die Artikel dieser Union nicht anerkennt oder ablehnt, soll streng mit dem Tod bestraft werden.

Art. 8: Wer die Nummer nicht hat, soll das Reisen untersagt werden.

Art. 9: Die ökumenischen Vereinigungen sollen entscheiden über die Genehmigung der Nummer.

Art. 10: Import und Export soll gemäß der Nummer durchgeführt werden.

Art. 11: Es soll ein internationales Geldsystem geben mit der Genehmigung dieser Nummer.

Art. 12: Die Gemeinden sollen sich an einem Tag versammeln, dem Sonntag, gemäß der Nummer.

Art. 13: Für Armut soll für ein besseres Leben in allen Ländern gesorgt werden, nach der Nummer.

Art. 14: Niemandem soll erlaubt sein, zu jagen oder zu fischen ohne diese Nummer.

Art. 15: In allen Transportsystemen der Welt soll in Übereinstimmung mit dieser Nummer umgegangen werden.

Art. 16: Niemandem soll erlaubt werden, ohne diese Nummer ins Krankenhaus aufgenommen zu werden.

Dieser Plan wurde durch Papst Johannes Paul II. anlässlich der Konferenz vom 26.6.1985 in Kenia vorgelegt. Dieses Projekt wird wieder im September 1993 präsentiert werden.

- Ende des Übersetzungstextes -

Was ist die Nummer?

Lesen Sie Offenbarung 1-18!

Hier ein kleiner Vorgeschmack (Offenbarung 13, 16-18): **Und es macht** (das zweite Tier, die USA wird dafür sorgen), **daß die Kleinen und Großen, die Reichen und Armen, die Freien und Knechte - allesamt sich ein Malzeichen geben an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn, daß niemand kaufen oder verkaufen kann, er habe denn das Malzeichen, nämlich den Namen des (ersten) Tieres oder die Zahl seines Namens. Hier ist Weisheit! Wer Verstand hat, der überlege die Zahl des (ersten) Tiers; denn es ist eines Menschen Zahl, und seine Zahl ist sechshundertsechundsechzig.**

Die Zahl 666 ist die Zahl des ersten Tieres, des Papsttums und des jeweils amtierenden Papstes! ...

Im September 1993 trafen sich, wie geplant, die Vertreter der Weltreligionen in Chicago (NZ vom 2.9.1993). Diese 16 Artikel des Papstes sind die gemeinsame "globale Ethik", auf die

man sich verständigt hat. Sie erlaubt es allen Kirchen, ihre unterschiedlichen Lehren beizubehalten, wenn sie nur den Papst als das religiöse Oberhaupt der Welt und seine "neue Weltordnung" anerkennen. Das wird selbst Buddhisten, Hinduisten, Moslems und sonstigen Gruppierungen, nicht schwer fallen. Die USA wird als Vorreiter und Weltpolizist dafür sorgen, daß die neue Weltordnung des Papstes umgesetzt wird und mit gutem Beispiel durch die Einführung eines entsprechenden unbiblischen Sonntagsgesetzes (biblisch ist nur der Sabbat!), das fertig in der Schublade liegt, dem antichristlichen Bestreben Vorschub leisten. Die Europäische Union wird folgen.

1995 ermahnte der Papst die Jesuiten zur Treue, "... ohne Zögern und Zweideutigkeiten den Leitlinien ihres Gründers treu zu bleiben." (NZ vom 6.1.1995) Was das bedeutet, wissen Sie jetzt. Der oberste Machthaber dieser Welt hat längst beschlossen, was seine "modernen Hitler" unter dem Deckmantel des Glaubens bald umsetzen werden.<<

Herbert Czaja (1914-1997) schrieb im Juni 1985 über die Verletzung von Menschenrechten (x077/11-12): >>... Gravierende Menschenrechtsverletzungen kann man auf die Dauer nicht verschweigen. Menschenrechte sind ein hohes Gut, das man nicht durch entstellende oder verflachende, dem politischen Kampf dienende Bilanzen gefährden soll.

... Menschenrechtsverletzungen in Europa kann man nicht mit dem Hinweis auf frühere schwere Verbrechen Deutscher an Angehörigen fremder Völker zurückweisen. Schwere Verletzungen der Menschenrechte kann man nicht gegeneinander aufrechnen; frühere Verletzungen der Menschenrechte erfordern eine gerechte Sühne, können aber nicht zur Rechtfertigung neuen aktuellen Unrechts dienen. ...

... Man muß um der Betroffenen willen reden. Beim Sacharow-Hearing in Kopenhagen erklärte die Ehefrau von A. Sinjavskij: "Am schlimmsten ist der dran, von dem niemand spricht – für den niemand protestiert."<<

An der "Zonengrenze" wurden am 1. November 1985 die letzten Minensperren geräumt.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (45/1985) berichtete am 4. November 1985:
>>**Hessen-Koalition: Wie Willy wollte**

Er ist noch nicht im Amt, doch schon fürchtet die hessische Wirtschaft ihn als Industrieschreck: Der Grüne Joschka Fischer wird Umweltminister in der ersten rot-grünen Landeskoalition. Der Realo mit dem Clochard-Image hat eine wirre Politkarriere hinter sich - vom schwäbischen Metzgersohn zum intellektuellen Rowdy. Der Sponti aus der Hausbesetzerszene über sein neues Amt: "Das Risiko zu scheitern ist groß."

Er kommt auf leisen Sohlen, in Turnschuhen aus dem Supermarkt. Die Blue jeans sind abgewetzt, das Sweatshirt, rot, ist verwaschen, die Lederjacke schmutzig. Der Mann sieht aus wie eine Mischung aus Roadie und Rowdy. Dagobert, sein Hund, umschwänzelt ihn.

Das bleiche, etwas aufgedunsene Gesicht trägt graue Schatten unter rotgeäderten, wachen Augen. Die dunklen, wuscheligen Haare sind ungekämmt, nur einmal in der Woche rasiert er sich, montags. Er ist ein fanatischer Dauerdiskutierer, ein Agitator, spricht mit heller, durchdringender Stimme und leichtem Frankfurter Akzent - seine Reden sind gespickt mit meist herausfordernden Gedanken. Wenn er Gegner schmäht und beleidigt, dann mit Wollust.

Da ist nichts an Joseph ("Joschka") Fischer, 37, was nicht dem Bild des braven Bürgers vom Ausgeflippten, vom Revoluzzer entspräche. Und wenn demnächst vor der hessischen Staatskanzlei der Dienstwagen des Umweltministers vorfährt, dann könnte es schon zu Verwechslungen kommen: Der distinguierte Herr im grauen Anzug und mit Krawatte - das ist der Chauffeur. Der Kerl im Fond, der aussieht wie die Typen, die dem Ruhrpott-Schläger Schimanski Spitzeldienste leisten - das ist der Minister.

Es ist für manche kaum zu fassen: Ein Sponti der Frankfurter Hausbesetzerszene, ein Realo-Grüner mit kernigem Proletengehabe, ein ehemaliger Vorbestrafter und Drogenkonsument, ein Mann im Schlabberlook nimmt Platz am Kabinettstisch - als Minister für "Umwelt und

Energie".

Seit die hessischen Grünen dem Regierungsbündnis mit Holger Börner (SPD) zustimmten und damit die erste ökosoziale Koalition in einem Bundesland besiegelten, hat sich das politische Klima in Deutschland verändert. Unternehmer, konservative Politiker und Leitartikler formieren sich, als gelte es, einen Staatsstreich abzuwehren.

Industriemanager qualifizieren den designierten Minister als Industrie-Schreck ab. Sie drohen mit Investitionsstopp in Hessen und kündigen die Flucht von Unternehmern in benachbarte Bundesländer an. Mit Joschka Fischer, begründet Hans Joachim Langmann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Chef des Darmstädter Chemiekonzerns Merck, die Angst des Kapitals vor dem Grünen, komme "jemand an die Schalthebel der politischen Macht, der sich bisher in allen seinen Äußerungen wirtschafts- und industrie-feindlich gezeigt" habe.

Bundeskanzler Helmut Kohl wollte nicht einmal den Namen des Minister-Kandidaten in den Mund nehmen. Er sei "sehr gespannt", höhnte der Regierungschef, "wie sich dieses Bundestagsgenie, wie heißt er doch gleich", als Minister machen werde. Das hessische Modell, auf Bonn übertragen, prophezeite CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, werde zum "Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft" führen.

"Hessen", schrieb die "Frankfurter Allgemeine", sei "nicht nur in Gefahr, die Gegenwart zu verspielen, sondern vor allem auch die Zukunft". "Bild" jammerte: "Wir haben Angst um Hessen." Skepsis selbst bei Roten und Grünen: NRW-Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Johannes Rau, ein erklärter Gegner der Alternativen, beschwerte sich, Börner habe ihm das Wahlkampfkonzept vermasselt. SPD-Gewerkschafter Hermann Rappe warnte, der neue Bündnispartner sei "auf Dauer für die Arbeitnehmer schädlich".

Grünen-Vorsitzender Rainer Trampert, ein Fundamentalist, sagte den "Bruch" seiner Partei "mit Teilen der sozialen Bewegung" voraus. An der Frankfurter Uni bewarfen Autonome die koalitionswilligen Alt-Linken Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer mit Eiern und stellten sie in eine Reihe mit dem hessischen Innenminister Horst Winterstein, dem sie die Schuld am Tod des Demonstranten Günter Sare geben: "Fischer, Bendit, Winterstein - eins ist wie das andere Schwein."

Fischers politisches Geschick bestimmt fortan auch den Weg der Grünen. Weist der erste alternative Minister der Republik nach, daß grüne Umweltpolitik im Regierungsalltag umsetzbar ist, kann seine Partei mit neuem Zulauf rechnen. Geht Fischer unter, könnte sich der Niedergang der Alternativen, die zuletzt im Saarland (2,5 Prozent) und in Nordrhein-Westfalen (4,6 Prozent) gescheitert waren, noch beschleunigen.

Ein Straßenkämpfer, der sich zum Realpolitiker gewandelt hat, der erst Bundestagsabgeordneter und dann Minister wird, das ist nach jahrelanger Ämterverweigerung auch ein Indiz für den Reifungsprozeß der jüngsten westdeutschen Partei. Sechs Jahre nach ihrer Gründung hat sich die "Antipartei-Partei" (Petra Kelly) dazu durchgerungen, aus der rechnerischen "Mehrheit diesseits der Union" (Willy Brandt) auch eine politische zu machen.

Der Nutznießer ist Holger Börner ("Diese Geschichte bringt mir 50.000 Jungwähler"), den der SPD-Vorsitzende am vergangenen Montag im Parteipräsidium mit demonstrativer Herzlichkeit begrüßte. "Ich bin der einzige", deutete der Hesse den freundlichen Empfang, "der es so gemacht hat, wie Willy wollte." Wie Brandt visiert auch Börner das Nahziel an, im Frühjahr mit einem SPD-Ministerpräsidenten in Niedersachsen die Bundesratsmehrheit der Union zu knacken, um Kohl das Regieren schwerer zu machen.

Zwar will der niedersächsische Spitzenkandidat Gerhard Schröder das Hessen-Modell noch nicht übernehmen. Aber andere führende Sozialdemokraten unterstützen Börners Kurs. SPD-Präsident Erhard Eppler verteidigt das rot-grüne Bündnis mit dem Hinweis auf den saarländischen SPD-Umweltminister Josef Leinen, der wie Fischer Ökonomie und Ökologie auf einen

Nenner bringen will: "Warum ist eigentlich ein Joschka Fischer in Hessen etwas anderes als ein Jo Leinen im Saarland?"

Der Unterschied liegt in der Biographie. Im Handbuch des Bundestages, in dem die Abgeordneten gern ausführlich darlegen, wie viele Ämter sie haben und was sie alles können, kam Fischer, bis März 1985 Grünen-MdB, mit zwei Zeilen aus: "Geboren am 12. April 1948. Mitglied des Bundestages seit 1983."

Das liest sich, als sei in den Jahren dazwischen nicht viel gewesen und als wolle sich da einer von seinem Leben distanzieren. Fischer aber bekennt sich zu seiner Biographie: "Von dem, was in meiner Akte beim Verfassungsschutz liegt, mal abgesehen, habe ich nichts zu verbergen. Ich stehe zu meiner Geschichte."

Joschka, aufgewachsen im streng katholischen Fellbach am Stadtrand von Stuttgart, stammt "aus einem Metzgergeschlecht". Vater und Großvater waren Fleischhauer, "hauptberuflich", und beide natürlich "Katholiken". Zum braven Ministranten im rot-weißen Hemdchen taugte Joschka allerdings nicht, er wurde Radrennfahrer.

In der zehnten Klasse hatte er vom Gymnasium genug und begann "mit viel Spaß" eine Photographenlehre. Der Spaß währte ein Jahr. Angetört von Bob Dylan und den Beatles, frönte er "dem neuen Lebensgefühl" der sechziger Jahre und entfloh mit sechzehn dem "engen Zuhause, dem Dorf und der Lehre".

In Hamburg schnappte ihn die Polizei und karrte ihn ins Schwäbische zurück. Beim zweiten Versuch seiner "Europa-Tournee" (Fischer) kam er bis Kuwait - ein Aussteiger der frühen Jahre. Wieder daheim, jobbte Run-away-Joschka kurzzeitig als Hilfssachbearbeiter beim Arbeitsamt, Abteilung Kindergeldkasse. Auch ein zweiter Anlauf als Photo-Lehrling scheiterte.

Das war zu der Zeit, als Ludwig Erhard noch Kanzler war und Intellektuelle, die ihn verhöhnten, als "Pinscher" beschimpfte. Joschka las Jack Kerouac, den Literateten der "beat generation", und verliebte sich "unsterblich" in Edeltraud, eine 17jährige Schwäbin. Die beiden heirateten 1967, noch nicht volljährig, im schottischen Gretna Green.

Fasziniert von den Studentenprotesten gegen den Vietnamkrieg und voller Wut über den Tod des Demonstranten Benno Ohnesorg und den Mordanschlag auf Rudi Dutschke (Fischer: "Die Schüsse in Berlin haben mich aufgeweckt"), zogen die Jungvermählten nach Frankfurt. Dort, in einer der Metropolen des studentischen Aufruhrs, wollte der Gymnasiast ohne Abschluß und ohne Ausbildung das Abitur nachmachen, um an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Kant, Marx und Hegel studieren zu können.

Doch auf dem zweiten Bildungsweg lief nichts. Fischer, der es als Proletarier unter dem akademischen Nachwuchs schwer hatte, "büffelte wie ein Ochse". Er quälte sich "zweimal durch Hegels "Phänomenologie des Geistes"" und fing immer wieder von vorne an, weil er nichts verstanden hatte. An der Uni wurde Nichtabiturient Fischer bald Stammgast in den Seminaren der "Frankfurter Schule", hörte Adorno und Habermas.

Rasch geriet der schwäbische Außenseiter ins Zentrum der linksliberalen Szene am Main. Mentor des Metzgersproßlings wurde der SDS-Führer Hans-Jürgen Krahl, und die revolutionäre Perspektive vermittelten Genossen wie der De-Gaulle-Herausforderer Daniel Cohn-Bendit, der Sexualforscher Reimut Reiche, die SDS-Anführer Frank und K. D. Wolff, Mathias Beltz (heute "Vorläufiges Frankfurter Fronttheater") und Bankierssohn Tom Koenigs, jetzt Stadtverordneter in Frankfurt und demnächst Fischers Haushaltsexperte im Umweltministerium.

Mit anderen Aktivisten gründeten diese Spontis eine militante Gruppe, den "Revolutionären Kampf" (RK). Fischer, dessen rhetorisches Talent bei den Studierten aufgefallen und gefragt war, wurde einer ihrer Wortführer. "Joschka", erinnert sich der ehemalige SDS-Führer und RK-Fighter Frank Wolff, "traf den Ton am besten", außerdem "umgab ihn eine gewisse proletarische Aura".

Der schwäbische Rebell mischte in der "schlimmen Zeit der offenen Revolten", von 1968 bis 1975, immer in vorderster Front mit. "Da gingen sämtliche Etappen ab bis zur harten Randal", und Joschka war "der Kriegshäuptling" der Frankfurter Straßenschlachten, flink mit der Zunge und flott auf den Beinen.

Demonstrationen und Straßenkämpfe brachten ihm 1969 sein erstes politisches Strafverfahren: "Sieben Wochen ohne Bewährung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verletzung der Bannmeile", alsbald wurde er amnestiert.

"Sieg im Volkskrieg", "Klassenkampf im eigenen Land", skandierten die Demonstranten, Steine flogen, Barrikaden brannten, Autos gingen in Flammen auf. "Mein Gott", stöhnt Fischer heute noch, "was bin ich da verdroschen worden."

Der "kurzsichtige Joschka", weiß Mitkämpfer Koenigs, "war immer von seiner dicken Hornbrille behindert. Flog die weg, stand er im Dunkeln". Die Genossen rieten zu Kontaktlinsen, die Fischer seither trägt.

Mit rund hundert Aktivisten vom "Revolutionären Kampf" heuerte Joschka 1971 bei Opel in Rüsselsheim an. Doch bevor auch nur ein Arbeiter aufgewiegelt werden konnte, saß der Werk tätige Fischer bereits wieder auf der Straße. Bei einer Betriebsversammlung hatte er zum Streik aufgerufen, Grund zur fristlosen Entlassung.

Arbeit gab es auf der Straße reichlich. Der drahtige Sponti organisierte Hausbesetzungen im Frankfurter Westend, lieferte sich "Schlachten mit den Bullen". Er trainierte die "Putz-Truppen" im Kampf Mann gegen Mann: "Von uns", berichtet er stolz, "ist nie einer geschnappt worden." Damals schon kannte er "keine Berührungängste" mit den in der Stadt regierenden Sozialdemokraten: "Wir haben wegen der besetzten Häuser mit der SPD verhandelt und gleichzeitig zugehauen."

Den menschenvernichtenden Terror der Baader/Meinhof-Gruppe identifizierte Fischer allerdings sehr früh als "Irrweg" (Koenigs). Die gesellschaftliche Veränderung herbeizubomben war seine Sache nicht. Der Straßenkämpfer über den Rote-Armee-Fraktions-Führer Andreas Baader: "Ich fand ihn zum Kotzen."

Bei seiner ersten großen Rede nach dem Tod von Ulrike Meinhof rief er auf dem Frankfurter Römerberg im Juni 1976 zum "Bruch mit dem bewaffneten Kampf" auf - kurz nachdem zwei RAF-Bomben im Frankfurter US-Hauptquartier explodiert waren. Fischer damals: "Wir können der Stadtguerilla nicht folgen. RAF-Aktionen bedeuten den Verzicht auf Leben, den Kampf bis zum Tod und damit die Selbstvernichtung."

Der Aufruf des Oberspontis ("Genossen, schmeißt die Bomben weg und nehmt wieder die Steine") markierte so etwas wie den Anfang vom Ende des RAF-Terrors. "Joschka", sagt Koenigs, "hat die Szene von der RAF getrennt."

Als RAF-Terroristen 1977 Generalbundesanwalt Siegfried Buback, Bankchef Jürgen Ponto und Arbeitgeber-Präsident Hanns Martin Schleyer ermordeten, war für den Sponti aus der Frankfurter Subkultur die Frage des bewaffneten Kampfes endgültig beantwortet: "Alles Wahnsinn." Der "Illusionsverlust" (Fischer) von damals, im deutschen Herbst 1977, die vorübergehende Ratlosigkeit der außerparlamentarischen Bewegung, liefert heute die Erklärung, warum Fischer früh eine "Politik der kleinen Schritte" propagierte, warum er schließlich zum profiliertesten Streiter für eine grüne Realpolitik wurde.

"Das ganze Spiel mit der Gewalt war aus", die Alternativen zogen aufs Land, siedelten auf Bauernhöfen, drifteten ab in Sekten. Joschka Fischer fuhr Taxi, kutscherte als "lonesome hero der Großstadt" nachts "fette Bankdirektoren und andere schräge Gestalten" ins Frankfurter Bahnhofsviertel, das hat ihm "ungeheuer Spaß gemacht". Vier Spontis, darunter auch Bankiersohn Tom Koenigs, der seine Millionenerbschaft dem Vietcong vermacht hatte, wohnten gemeinsam in einer Taxi-Kommune.

An einen Fahrgast "in den nächtlichen Schluchten der kaputten Steinwüste Frankfurt" erinnert

sich Fischer besonders gut, den SPD-Bundestagsabgeordneten Karsten D. Voigt. Ihn, den alten Kontrahenten aus Apo-Zeiten, chauffierte er "als bezahlter Voyeur" oft durchs Milieu, etwa in den linken Club Voltaire. Der geizige Ex-Jusochef "gab fünfzig Pfennig Trinkgeld", so Fischer, "und wünschte knapp 'Frohes Nachtschaffen'". "Vor drei Jahren freilich prophezeite Fischer dem verblüfften Genossen: "Wirst sehn, ich werd' Minister."

Der bildungshungrige Metzgersohn las "ungemein viel und gern", verschlang Alexander Soltschenizyn, Andre Glucksmann und "die großen Biographien". Und doch blieb der revolutionäre Kämpfe "ratlos, was denn politisch werden sollte".

Dem Ratlosen zu Hilfe kam Walter Wallmann (CDU), der im März 1977 in Frankfurt die Macht übernahm. Während sich viele Linksradike "hin zur Innerlichkeit wendeten", formulierte Fischer in einem Aufsatz für das Alternativblatt "Pflasterstrand" den für einen Revoluzzer revolutionären Satz: "Vielleicht ist unsere Ablehnung des Parlaments falsch, vielleicht ist es unser Linksradikalismus, der sich irrt."

Ausgerechnet einer der härtesten Streetfighter war einer der ersten, die sich der neu entstehenden sanften grünen Bewegung anschlossen, "für viele ein Schock". Dort sah Fischer plötzlich eine "realpolitische Möglichkeit", aus dem "fortschrittsgläubigen Marxisten und Sponti" wurde ein Grüner.

Fischer brach mit den Spontis ("die waren am Ende"). Nach dem grünen Wahlerfolg bei den hessischen Kommunalwahlen 1981, als im Römer fundamentaloppositionelle Grüne das Sagen hatten, dirigierte Fischer im grünen Kreisverband bald die Fraktion der Realpolitiker: "Wir können nicht lediglich im Parlament predigen, daß es fünf vor zwölf ist, und uns weigern, Verantwortung zu übernehmen."

Die Fundis, die ihn als "Ober-Macker" beschimpften, stachelten seinen Ehrgeiz an. Joschka erkämpfte sich vor der Bundestagswahl 1983 Platz drei der Landesliste, und am Morgen nach der Wahl, sagt er, "bin ich als Abgeordneter aufgewacht". Fischer: "Mein neuer Einstieg in die Wirklichkeit."

Schon nach wenigen Wochen beherrschte Fischer das Bonner Instrumentarium virtuos. Von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, damals noch Fraktionsgeschäftsführer der CDU/CSU, lernte der Grüne den trickreichen Umgang mit der Geschäftsordnung des Bundestages. "Der Schäuble ist doch einer der wenigen aufgeräumten Köpfe in dem pfälzischen Tohuwabohu", lobt Fischer den pfiffigen Badener, "er war mein Lehrmeister."

Schüler Fischer avancierte schnell zum ebenbürtigen Schlitzohr, ergatterte Redezeiten für Grüne auch dann, wenn zunächst gar keine vorgesehen waren. Den Bundestag nannte er "eine unglaubliche Alkoholikerversammlung, die teilweise ganz ordinär nach Schnaps stinkt". Mit Zwischenrufen pöbelte er sich in die direkte Nachfolge des Sozialdemokraten Herbert Wehner.

Weil Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen ihn wegen unbotmäßiger Sticheleien - im Plenum kamen Flick und die Käuflichkeit der Republik zur Sprache - nervös des Saales verwies, verabschiedete sich der Alternative mit dem Satz: "Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch" - und viele Abgeordnete versicherten ihm hinterher, in der Form habe er zwar daneben, inhaltlich aber durchaus richtig gelegen. Später entschuldigte er sich artig, er habe den Ausdruck in "tiefster emotionaler Erregung" gebraucht.

Glanzlichter setzte Fischer im Bundestag auch als Redner. Seinen Debattenbeitrag zu Wörners Kießling-Affäre, in der er Kohls geistig-moralische Erneuerung als "pfälzisches Gesamtkunstwerk" verspottete, "welches in barocker Opulenz so langsam versumpft", zählt Fischer noch heute zu seinen Sternstunden im Parlament - "Politik als real existierende Satire".

Als Heiner Geißler den Pazifismus der 30er Jahre als Ursache der Nazi-Greuel von Auschwitz denunzierte, schlug Fischer mit geschliffener Rhetorik zurück. Nach dem Tod des Türken Altun, der, um der Abschiebehaft zu entgehen, in den Tod gesprungen war, machte Fischer sich

zum Anwalt des Asylrechts. Heinrich Böll nannte die beiden Debattenbeiträge "die besten Reden, die seit Jahren im Bundestag gehalten wurden".

"Als Symbol", so Fischers Marburger Realo-Gefährte Hubert Kleinert, "war er für uns in Bonn ungeheuer wichtig: Einerseits vertrat er, unrasiert und in Jeans, die Lebenshaltung einer großen Gruppe, die bislang in Bonn politisch nicht vertreten war. Andererseits hat er mit seinen Reden das Parlament wiederbelebt, wurde er zur Symbolfigur für linksliberale Intellektuelle."

Schneller als andere Grüne hat sich Fischer in Bonn den Gepflogenheiten der Politiker angepaßt, entwickelte er sich zum Lieblingskind der Medien. Aber er hat ebenso hartnäckig an dem Image gearbeitet, kein Angepaßter zu sein. Die Unions-Abgeordneten bestätigten es ihm mit Zwischenrufen wie "Nadelstreifenrocker", "Lümmel" und "widerlicher Schreihals".

Bisweilen sah man Fischer, Vater von zwei Kindern, mit der Nuckelflasche durch das Regierungsviertel und die Lobby des Bundestages laufen. Das waren die Tage, an denen er auf Tochter Lara, 2, und Sohn David, 7, aufpassen mußte, weil Inge, die Mutter seiner Kinder, in Ferien gefahren war.

"Wenn sich der Präsident darüber beschwert", verkündete er, "werde ich ihm sagen: Bezahlen Sie mir ein Kindermädchen, dann muß ich sie nicht mit mir rumschleppen." Joschka mit dem Schnuller - der Politprofi wußte, daß auch dies in der von einem Feminat geführten Fraktion seinem Image dient.

Von Edeltraud, der Gattin von Gretna Green, war der "Softi" (Fischer über Fischer) nach 17 Jahren Ehe geschieden worden. Auch die zweite Frau Inge lebt inzwischen von ihm getrennt - wegen Claudia, 21, einer blonden, langmähnigen Szenegefährtin, die ihn nach Hessen begleiten wird.

Nichts hat Fischer so zu schaffen gemacht wie die Entscheidung seiner Basis, daß er rotieren müsse. Da merkte er, wie stark er schon am Bonner Tropf hing, wie sehr er auf die Politik angewiesen war. Nach der Rotation fühlte er sich "erst mal in einem tiefen Loch". Alle, die mit ihm wegrotierten, empfanden wie er: "Wir liefen da plötzlich rum wie bestellt und nicht abgeholt."

Auch deshalb ist Fischer froh, von Bonn nach Wiesbaden wechseln zu können. Diesen "50er-Jahre-Stil" der Bundeshauptstadt, "diese Nick-Knatterton-Atmosphäre", kam ihm "irgendwie unwirklich" vor. In Wiesbaden, hofft der designierte Minister, "ist die politische Macht näher am Menschen", und außerdem reizen ihn Jobs, "wo man was Neues unter die Pfoten bekommt".

Als er zum ersten Mal mit den grünen Minister-Plänen konfrontiert wurde, reagierte der Ex-Straßenkämpfer sauer: "Ihr habt se nicht alle." Er habe sich, sagt er, jedenfalls "nicht nach dem Posten gedrängt" - auch hier ganz Realpolitiker.

Sein Freund und Mitstreiter Cohn-Bendit sieht die Sache wohl aufrichtiger: "Früher wollte er wissen, was packt er alles auf der Straße, heute will er wissen, ob er die politisch-intellektuelle Herausforderung packt." Das Ministeramt sei für ihn "eine neue Form von Abenteuer".

Das fängt schon bei den äußeren Insignien der Macht an. Der Sponti steigt von seinem alten Diesel auf eine Staatskarosse um. Besonders reizt ihn am Dienstwagen ("Ohne den bist du in Hessen aufgeschmissen"), Mercedes 280 oder Opel Senator, das Autotelephon:

"Das braucht man. Man muß doch für die Basis immer erreichbar sein."

Modisch wird er der Basis womöglich entrücken, von einer China-Reise hat er sich Seidenkrawatten als Souvenirs mitgebracht. Wenn ihn das Protokoll zum Binder zwingt, will er sich aus diesem Fundus bedienen: "Dann schlage ich zurück - mit echt chinesischer Seide, aber unglaublich geschmacklos."

Keinen Kompromiß will der alternative Aufsteiger bei der Wahl seines Dienstsitzes eingehen.

Das Ansinnen, in einen Jugendstil-Altbau zu ziehen und seine 200 Beamten über die ganze Stadt verstreut unterzubringen, lehnt er ab: "Ich zieh" doch in keine Villa."

Schwieriger als die Suche nach dem Standort des Minister-Schreibtisches wird sich Fischers Vorhaben gestalten, von Wiesbaden aus Öko-Politik zu machen. Der Grüne steckt in einem Dilemma, über das sich der Bonner Umweltminister Friedrich Zimmermann (CSU) schon lustig macht: "Wenn der sich so verhält, wie seine Basis erwartet, wird er erhebliche rechtliche Probleme kriegen, auch mit dem Bund. Wenn er das nicht macht, kriegt er Schwierigkeiten mit der Basis."

Kanzleramtsminister Schäuble setzte noch eins drauf. "Der Joschka Fischer", spottete er, "kann jetzt in Hessen Kläranlagen bauen. Er muß nur jemanden finden, der ihm das Geld dafür druckt."

Fischers Konter: "Bei meinen bekannt guten Beziehungen zur Unterwelt wird es doch wohl nicht so schwer sein, eine Druckerei zu finden."

Zwar hat sich der Grüne vorgenommen, "mit Fleiß" Akten zu studieren, weil er weiß, daß sein Ministeramt "eine schwierige Sache wird, wo man Einzelkämpfer-Qualitäten braucht und das Risiko zu scheitern groß ist".

Doch das älteste Umweltministerium der Republik hat seit 1970 fünf SPD-Minister verschlissen, darunter zwei, die wegen Schlapereien in der eigenen Verwaltung vorzeitig gehen mußten. Sechs Abteilungen sollen für den Schutz der Umwelt sorgen. Die wichtigsten Aufgaben übernehmen profilierte Grüne und bewährte Verwaltungsexperten:

- Karl Kerschgens, 46, Landtagsabgeordneter und ehemaliger Priester, der die Tolerierungsverhandlungen mit der SPD erst in Gang gebracht, dann abgebrochen und nun die Koalition mit herbeigeführt hat, wird Staatssekretär, weil er "die Zusammenhänge kennt" (Fischer),

- Klaus Thomsen, 47, Nicht-Grüner und Wunschkandidat Fischers, soll als Leiter der "Zentralabteilung" die politische Arbeit des Umweltministeriums koordinieren. Der Ministerialdirektor a.D., bis zur Bonner Wende kreativer Planungschef des FDP-Innenministers Gerhart Baum, war von CSU-Innenminister Zimmermann unverzüglich entlassen worden.

- Wolfgang Ehmke, 39, promovierter Agrarbiologe und Öko-Experte der grünen Bundestagsfraktion, der die "Grundsatzarbeit" übernimmt, bringt als Referatsleiter der Landesanstalt für Umweltschutz in Baden-Württemberg langjährige Verwaltungserfahrung mit und wird nach eigener Einschätzung mit dem Beamtenapparat "keine Schwierigkeiten bekommen".

Ehmke, der den Bundestag zur Auseinandersetzung um das Kohlekraftwerk Buschhaus zwang, soll die technischwissenschaftlichen Grundlagen für Fischers "neue Chemie-Politik" entwickeln, die dann von fünf Fachabteilungen umgesetzt werden soll. Jede einzelne verwaltet genügend politischen Sprengstoff für ein rasches Karriere-Ende.

Die Abteilung "Wasserwirtschaft" etwa muß sich "in den Clinch, den kalten Krieg" (Amtsvorgänger Willi Görlach), mit dem Chemie-Multi Hoechst AG begeben, dem größten privaten Arbeitgeber und Steuerzahler des Landes. Hoechst hat in den vergangenen Jahren in Hessen zwar über eine Milliarde Mark in neue Umwelttechniken investiert, gilt aber immer noch als größter Wasserverschmutzer am Untermain.

Zu den Gepflogenheiten der Chemie-Manager gehörte es bislang, wie Ex-Umweltminister Karl Schneider klagt, Auflagen "zu verzögern" und Vorgänge zwischen Firma und Landesverwaltung "zu verschleppen". Gegen Anordnungen des Regierungspräsidiums legte Hoechst, wie sich aus Akten ergibt, "Widerspruch mit neuen Wünschen" ein. Behördenanfragen beantwortete die "Hoechst AG mit dem Versuch, die Fragen zu entpräzisieren"; typisch auch die "Weigerung" des Unternehmens, Auflagen zu erfüllen oder Informationen herauszugeben.

Ähnlich brisant ist das Konfliktpotential in Fischers künftiger Abteilung "Luftreinhaltung und Immissionsschutz" - mit dem Unterschied allerdings, daß die Grenzwerte der Luftbelastung stärker als beim Wasser vom Bundesgesetzgeber vorgezeichnet sind. Da freut sich Fischer

schon auf sein Rederecht im Bundestag: "Mal sehen, wie der Zimmermann von der anderen Seite aussieht."

Die Abteilung "Energie" wurde gestutzt. Aufsicht und Genehmigung für die Nuklearindustrie verbleiben beim SPD-Wirtschaftsminister, die Preisaufsicht über die Großkonzerne der Energieversorgung ebenfalls.

Der grüne Minister entscheidet lediglich über Energiesparprogramme, und in der Abteilung "Naturschutz" bekommt er allenfalls Ärger mit der eigenen Klientel, weil alles nicht schnell genug geht.

Dafür droht ihm mit der Abteilung "Abfallwirtschaft" ein Desaster. Denn außer der Untertagedeponie im osthessischen Herfa-Neurode, zugelassen für kleine Mengen extrem giftiger Stoffe, verfügt Hessen derzeit über keine Sondermülldeponie, muß aber den Giftmüll der Hoechst AG - bis zu 70.000 Tonnen jährlich - loswerden.

Auf der Sondermüllkippe Schönberg in der DDR darf künftig kein Hessen-Dreck mehr landen, weil die grüne Mitgliederversammlung das so beschlossen hat. Und im hessischen Mainhausen, wo eine Sondermülldeponie im Bau ist, haben sich die örtlichen Grünen sogar mit der CDU zusammengetan, um die Giftkippe zu verhindern.

Zu den Hindernissen aus den eigenen Reihen kommen jene Tricks des SPD-Koalitionspartners, die dem Alternativen schon jetzt die Arbeit erschweren. Zwar hat Landwirtschaftsminister Willi Görlach die 70 Beamten der Wasser- und Naturschutzabteilungen an das Fischer-Ministerium abgeben müssen, nun aber blockt er ab: "Wir kämpfen jetzt um jeden Mann." Görlach will überdies das Showtalent Fischer erst gar nicht zur Entfaltung kommen lassen. "Ich habe den Ärger mit den Bauern, und Joschka macht die große Show mit dem Naturschutz. Dann gibt es Ärger."

Auch der bisherige Sozial- und Umweltminister Armin Clauss, der seine Umweltabteilung den Grünen überlassen muß, versteckt noch einige Stellen in seinem Ministerium und will höchstens noch "einen Drucker und einen Fahrer" zu Fischer schicken.

Mit dem Trio Thomsen, Kerschgens und Ehmke will Fischer "knallharte Umweltpolitik" durchsetzen. Doch jenen Joseph "Bartholomäus" Fischer, den sich Spötter in der "Süddeutschen Zeitung" schon ausmalten, wie er nächstens, "den Dolch im Kittelhemd und die Augen grün unterlaufen", Hessens Unternehmer über die Landesgrenze treibt, den wird es nicht geben.

Als "Anwalt der Umwelt", so Fischer staatsmännisch, werde er sich "nicht mit Anordnungen oder Weisungen durchsetzen, sondern überzeugen" und dabei "auch mit der Wirtschaft so viel wie möglich im Konsens erreichen".

Längst haben sich Fischer und seine Mitstreiter auf eine moderate Gangart im neuen Amt verständigt. "Wir werden nicht auf den Putz hauen", beschwichtigt Grünen-Sprecher Georg Dick. "Alles", sagt Fischer, "geht nach Recht und Gesetz" - was SPD-Wirtschaftsminister Ulrich Steger zu dem Vergleich veranlaßte, gegen Fischer erschienen "selbst Jusos revolutionär".

Doch ein Minister, der sich streng an die Umweltgesetze hält - genau das scheinen die hessischen Industriemanager zu fürchten.

Friedrich Karl Janert, Geschäftsführer des hessischen Chemie-Arbeitgeberverbandes: "Wenn Fischer das Umweltschutzrecht auf Punkt und Komma ausschlachtet, wird es eine Qual."<<

Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärte am 12. November 1985 während seiner Rede zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr (x073/260): >>... Entspannung heißt gewiß

nicht, die eigene Verteidigungsfähigkeit preiszugeben. Wer sich in ein Lamm verwandelt, ruft Wölfe auf den Plan. Der Rechtsstaat ist ein zivilisierter Staat, der kein Faustrecht zuläßt, sondern den Frieden des Bürgers im Innern schützt. Er würde seine eigenen Grundsätze verraten, wollte er nach außen dem Recht des Stärkeren weichen.

Wer einseitige Abrüstung verlangt verwechselt den Entscheidungsspielraum des einzelnen mit

dem der gewählten politischen Führung. Der einzelne kann den Dienst mit der Waffe verweigern, wenn sein Gewissen es ihm vorschreibt. Wer aber für das Gemeinwesen im Ganzen politisch verantwortlich ist, darf den Bürgern den Schutz nicht verweigern. Er darf den Frieden nicht um jeden Preis suchen, sonst verwandelt sich Frieden in Unterwerfung. Er muß sich die Fähigkeit zur Verteidigung erhalten.<<

Der Ausbruch des Vulkans Nevado del Ruiz in Kolumbien forderte am 13. November 1985 etwa 25.000 Todesopfer (x175/783).

Aufgrund der von den Ausgleichsämtern erteilten Bescheide wurden bis 1985 folgende Vermögensverluste der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen ermittelt, die man im Rahmen der völkerrechtswidrigen Verfolgungs- und Vertreibungsmaßnahmen in Ost-Mitteleuropa überall entschädigungslos enteignet hatte (x088/21-22):

Die Vermögensverluste der vertriebenen Ost- und Volksdeutschen

Festgestellte Vermögensverluste der Vertriebenen	RM (Mio.)
1.711.000 land- und forstwirtschaftliche Vermögen	10.367
1.331.000 Grundvermögen	7.123
749.000 Betriebsvermögen	<u>7.716</u>
Festgestellte Verluste an Sachvermögen (zum Einheitswert)	<u>25.206</u>
4.191.000 Spareinlagen und andere geldwerte Ansprüche	14.064
87.000 Anteile an Kapitalgesellschaften oder von Geschäftsguthaben (zum Vermögensteuerwert)	1.397
4.380.000 Hausratverluste (zum gemeinen Wert)	<u>13.140</u>
Festgestellte Verluste an Geldvermögen und Hausrat	<u>28.601</u>

Diese festgestellten Vermögensverluste entsprachen natürlich nicht den tatsächlichen Schäden, denn die steuerlichen Werte lagen erheblich unter den eigentlichen Verkehrs- oder Marktwerten. Ferner erhielten etwa 4 Millionen Vertriebene, die in den Nachkriegsjahren in die DDR "umgesiedelt" wurden oder in Österreich blieben, keinen Lastenausgleich.

Die Vermögensverluste der Vertriebenen in der Land- und Forstwirtschaft entsprachen rund 40 % des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, die gesamten Vermögensverluste rund 25 % des gesamten Volksvermögens der Vorkriegszeit im Bundesgebiet (x088/22).

Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).

Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung hatte privates Eigentum während des Landkrieges unberührt zu bleiben. Das Verbot galt auch noch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war (x151/24).

Das von den Ost- und Volksdeutschen zurückgelassene Eigentum befindet sich gemäß Völkerrecht weiterhin im Eigentum der zwangsweise Enteigneten, denn Staaten haften für das Handeln ihrer Organe und haben den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen. Das enteignete Eigentum ist grundsätzlich zurückzugeben. Falls dies nicht möglich ist, muß ein Ausgleich geleistet werden (x151/41).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vermögensverluste der Vertriebenen in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (x268/213-214):

>>So unvorstellbar groß die Reparationen im Osten und Westen auch waren, sie sind doch nichts gegenüber dem gigantischen Raubzug, der mit Völkervertreibung und Völkermord in Ostdeutschland und Osteuropa einherging.

18 Millionen einheimische plus 2 Millionen während des Kriegs zugezogene Deutsche wurden gänzlich enteignet. Dieser Personenkreis entspricht der seinerzeitigen Bevölkerungszahl der Republiken Finnland, Irland und Island sowie der Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen zusammengenommen.

Was Generationen in 600 oder gar 800 Jahren fleißiger Arbeit den Urwäldern abgerungen und aufgebaut hatten, wurde mit einem Federstrich enteignet: Häuser und blühende Industrien, Schlösser und Kirchen, Felder und Wälder, Straßen und Bodenschätze, Valuten und Devisen, gewerbliche Urheberrechte (wie zum Beispiel das Rezept des Karlsbader Becherbitters) etc. Dieser Billionenraub ist in der Geschichte Europas ohne Beispiel. ...

Wie zum Hohn für die überlebenden Ostdeutschen werden – von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet – immer wieder wertvolle Kulturgüter an die Vertreiberstaaten übergeben ...

Ermuntert durch solche Spendierlaunen verlangt Polen unter dem Stichwort "Lokalisierung" weitere Kulturgüter, die den ostdeutschen Vertreibungsgebieten entstanden sind, zum Beispiel Urkunden des Deutschen Rittordens. ...<<

Die schlesische Vertriebene Bärbel Koppetz berichtete im Jahre 1985 im ZDF-Film "Das deutsche Nachkriegswunder – Leid und Leistung der Vertriebenen" (x024/7-8): >>Als ich jung war, habe ich die ganzen Erlebnisse verdrängt. Erstens mal, weil ich jung war, und dann waren die Kinder. – Aber jetzt, seit ich älter geworden bin, denke ich doch oft darüber nach, vor allen Dingen auch, seit viel in den Medien zum vierzigsten Jahrestag berichtet wird und dabei stelle ich immer wieder fest, daß heute von "Aufrechnen" oder "Revanchismus" gesprochen wird, aber ich finde das völlig verkehrt.

Von Aufrechnung ist überhaupt nicht die Rede, denn es läßt sich nicht leugnen, daß Deutsche sehr viel Schuld auf sich geladen haben. Man muß aber auch von der Schuld an Deutschen reden. Das sind beides historische Tatsachen, und man kann nicht das eine erwähnen und das andere verschweigen.

Das bringt auf Dauer nichts.

Es ist ja auch in der Politik ähnlich. Man hat versucht, diese Realität der Vertreibung irgendwo zu verschweigen oder nicht darüber zu sprechen, weil es politisch opportun war, weil man sich mit dem Osten aussöhnen wollte. Mein Mann und ich, der ebenso Vertriebener ist wie ich, wir waren damals, als die Aussöhnung mit dem Osten begann, eigentlich auch der gleichen Meinung: Man muß da eine Aussöhnung herbeiführen.

Aber man kann nicht immer nur die Deutschen als Verbrecher hinstellen und von der Schuld der anderen nicht sprechen, denn es gibt in jedem Volk Gute und Böse, so war es schon, seit der Mensch besteht.

Und darum finde ich es ganz wichtig, daß man auch über die Wahrheit der Vertreibung an Deutschen spricht – auch wenn es vielen nicht paßt. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb im Jahre 1985 in seinem Buch "Kleine Geschichte der deutschen Nation" (x287/196-197): >>... Was heißt Deutschland heute?

Wenn man die deutsche Nation als Sprach- und Kultureinheit definiert, so gehört dazu im engeren Sinne die Bevölkerung der Bundesrepublik, Berlins und der Deutschen Demokratischen Republik; denn "die Elbe ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" (Günter Gaus). Auch die Deutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, soweit sie noch in Ostdeutschland leben, gehören zur deutschen Sprachgemeinschaft.

Ohne zu Deutschland zu gehören, bezeichnen sich die Südtiroler als Deutsche, während die Bevölkerung Österreichs und der Deutschschweiz sich heute nicht mehr als deutsch bezeichnet, sondern sich als Volk eines jeweils eigenständigen Staates mit dem neuartigen Begriff als deutschsprachig bezeichnet. Doch droht sich die Deutschschweiz vom übrigen deutschen Sprachraum dadurch abzukoppeln, daß sich die mundartliche Umgangssprache durchsetzt, so daß am Ende nur noch wie im Elsaß – das neben Liechtenstein und Luxemburg auch noch im

weitesten Sinne zur deutschen Kulturnation zu rechnen wäre – die alemannische Mundart zur Verständigung im täglichen Umgang übrigbleibt.

Zu den weiteren vierzehn Millionen Auslandsdeutschen zählen die Deutschen im östlichen Mittel- und Osteuropa sowie die deutschstämmigen im nichteuropäischen Ausland. ...<<

Ein US-Politiker berichtete im Jahre 1985 über die Arbeit der Vereinten Nationen (x067/165):

>>... Teuer, nutzlos, schwatzhaft, antiwestlich, antisemitisch, unrealistisch, handlungsunfähig – jeder Vorwurf stimmt und wird mit jeder Vollversammlung berechtigter, die nach großen Reden ergebnislos auseinandergeht. ...<<

1986

Die neue Zeitung "Akzent" berichtete im Januar 1986 über eine Gespräch mit dem BdV-

Präsident Herbert Czaja (x024/316-318): >>... Frage: Kann man heute von "Vertriebenen" überhaupt noch sprechen? Empfinden sich die hier seit 40 Jahren lebenden Ostdeutschen noch als solche?

Czaja: Ja. Das umfassende Unrecht der Massenvertreibung und deren Folgen sind nicht aufgearbeitet, eine friedensvertragliche Regelung über die Gebiete und die personellen Rechte der vertriebenen Deutschen steht aus. Der geistige Vertreibungsdruck gegen die in der angestammten Heimat lebenden Deutschen dauert an. Ebenso der Strom der Aussiedler.

Frage: Sind die Vertriebenenverbände nicht "absterbende Organisationen", weil die hier geborenen und aufgewachsenen Kinder und Enkel der Heimatvertriebenen Bayern, das Rheinland und Hamburg, nicht aber Schlesien oder Ostpreußen als ihre Heimat empfinden und mit der Heimat ihrer Eltern und Großeltern "nichts mehr am Hut haben"?

Czaja: Immer mehr Nachkommen fragen auch nach dem Woher und Wohin der Eltern; auch westdeutsche junge Menschen beginnen sich für die Vertriebenen zu interessieren. Die nationale Frage ist wieder lebendig. ...

Frage: Immer wieder hört man: "Von denen will ja sowieso keiner zurück! Ist das so? Und ist es dann nicht sinnlos, am Recht auf die ostdeutsche Heimat festzuhalten?"

Czaja: In die Unterdrückung und Unfreiheit will niemand zurück. ... Die Bäume der Diktatur sind noch nie auf Dauer in den Himmel gewachsen.

Frage: 40 Jahre nach Kriegsende, 40 Jahre Vertreibung – ist es nicht Zeit, das "Geschehene geschehen sein zu lassen", von Heimat und Vertreibung nicht mehr zu reden und den "Verlust des Ostens endlich zu akzeptieren?"

Czaja: Gravierendes Unrecht erledigt sich nicht durch Zeitablauf. Im Gegenteil: Unerledigte geschichtliche Gegensätze schaffen neues Leid. Wir brauchen die enge Zusammenarbeit im Alltag mit den Nachbarn. Damit wird man einmal die Trennung und alte Untaten aufarbeiten müssen. ...

Frage: Ist der Verlust Ostdeutschlands nicht eine "gerechte Strafe für die nationalsozialistischen Verbrechen", die die Deutschen verdient und darum hinzunehmen haben?

Czaja: Nein, so einen Strafprozeß gibt es im Völkerrecht nicht. Die Deutschen und andere Völker tragen die Verantwortung für falsche Regierungsentscheidungen und deren Aufarbeitung. Dafür kann man aber nicht als "Strafe" ein Sonderopfer nur einem Teil des Volkes aufbürden.

Oft könnte man diejenigen, die so viel nach gerechter Aufarbeitung auf Kosten anderer rufen, bitten, selbst zu prüfen, ob sie nicht Anlaß haben, dafür einen größeren persönlichen Beitrag selbst zu leisten. Wenn die Deutschen acht Jahrhunderte der Mitgestaltung ihrer Heimatgemeinden ersatzlos preisgeben, schaden sie auch den Nachbarn; es wäre ein Versagen der Deutschen, nicht eine "Strafe". ...<<

In Moskau wurde Erich Honecker am 27. Februar 1986 von dem neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow empfangen. Gorbatschow galt damals als radikaler Reformpolitiker.

Der schwedische sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme (1927-1986) wurde am 28. Februar 1986 in Stockholm ermordet.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete (später im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/54-55): >>**Roter Schnee**

_ von Sven Reuth

Stockholm, 28. Februar 1986: Auf dem Heimweg von einem Kinobesuch wird der schwedische Ministerpräsident Olof Palme erschossen. Geht der bis heute ungeklärte Mord auf das Konto einer berüchtigten Geheimarmee?

In den Augen vieler Linker ist Schweden seit den 1970er Jahren ein Musterland der westlichen Welt: Mit dem sogenannten Nordischen Modell setzt man auf den Ausbau des Sozialstaates, die Gleichstellung der Geschlechter im Berufsleben und ein flächendeckendes Angebot an Kindertagesstätten. Personifiziert wird dieser Wandel durch den Sozialdemokraten Olof Palme, der als Freund der Dritten Welt und Abrüstungspolitiker gilt, und der im Jahr 1969 im Alter von nur 42 Jahren zum ersten Mal Ministerpräsident wird. Unter der gesellschaftlichen Oberfläche ist das Land freilich tief gespalten.

Vielen Bürgern erscheinen die Schattenseiten mit der Zeit immer offenkundiger: Die Staatsverschuldung steigt enorm an - und in den Großstädten entstehen wegen der laxen Zuwanderungspolitik die ersten geschlossenen Migrantenghettos.

Palme plante ein atomwaffenfreies Skandinavien.

Hinzu kommt, daß Palme kein Mediator ist, sondern jemand, der Meinungsgegner mit schneidender Arroganz heruntermacht. Die Zerwürfnisse, die er durch seine konfrontative Art verursacht, reichen bis in sein engstes Umfeld. Sein eigener Bruder Claes nimmt 1983 an Massenprotesten gegen die Regierung teil, und es scheint dem Ministerpräsidenten nichts auszumachen, daß die Menge dabei "Palme, Feigling!" skandiert, weil er nicht vor das Parlament treten und mit den Demonstranten reden will. Bald macht das Wort vom "palmehat", dem "Palmehaß", die Runde.

Trotz seiner menschlichen Schwächen ist der schwedische Premier einer der profiliertesten Friedenspolitiker seiner Zeit. Wie kaum ein anderer bemüht er sich, die starren Fronten des Kalten Krieges zu unterlaufen. Gemeinsam mit dem SPD-Außenpolitiker Egon Bahr verfolgt er den Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und will eine solche gemeinsam mit seinen skandinavischen Kollegen auch in den nördlichen Ländern schaffen. Einzelne Politiker des NATO-Blocks werfen Palme vor, zu passiv auf eine mutmaßliche Verletzung der schwedischen Seegrenzen durch sowjetische Atom-U-Boote zu reagieren - brandgefährliche Spekulationen für ein Land, das im Kalten Krieg darauf angewiesen ist, seinen Ruf als neutraler Makler zwischen den Blöcken nicht aufs Spiel zu setzen.

Geheimarmee am Nordkap

Viele der hochtrabenden Pläne des Politikers sterben mit seinem gewaltsamen Tod in jener eiskalten Februarnacht, als er mit seiner Frau Lisbet ohne Polizeischutz unterwegs ist und am Sveavägen, einer Hauptstraße im Stadtzentrum, auf seinen Mörder trifft, der nach der Tat unerkannt entkommen kann. In den Wochen nach dem Verbrechen reiben sich viele Schweden verwundert die Augen über den geradezu slapstickartigen Dilettantismus, mit dem die Ermittlungen geführt werden.

Befand man sich wirklich noch in einem der am besten verwalteten Länder der Welt oder in einer Bananenrepublik? Nicht einmal an Kontrollen abgehender Züge und Straßensperren zur Ergreifung des Täters hatte man gedacht. Noch merkwürdiger wird es, als herauskommt, daß der damalige Stockholmer Polizeichef und Leiter des Inlandsgeheimdienstes SÄPO, Hans Holmer, falsche Angaben über seinen Aufenthaltsort während des Mordes gemacht hat. In dem Hotel, in dem er gewesen sein will, hat ihn niemand gesehen - und auffällig ist auch, daß sich Holmer als Leiter der Mordkommission auf eine Spur in Richtung der kurdischen PKK

versteift, die von Anfang an als nur wenig plausibel erscheint.

Ein NATO-Dokument legt die Verstrickung der CIA-Killertruppe Pegasus nahe.

Bis heute gibt es Stimmen, die sein Agieren nicht für Zufall, sondern für bewußte Sabotage der Ermittlungsarbeiten halten. Klar ist jedenfalls, daß damals Einheiten einer CIA- und NATO-geführten Stay-behind-Truppe auch in Schweden agieren, obwohl das Land dem Nordatlantikpakt nie angehörte. Der frühere CIA-Direktor William Colby berichtet in seinen Memoiren *Honorable Men - My Life in the CIA* sogar über den unter seiner Mitwirkung durchgeführten Aufbau einer Schattenarmee in dem skandinavischen Land. Diese sollte nicht nur als Guerilla-Armee im Wartestand auf einen Angriff der Staaten des Warschauer Blocks vorbereitet sein, sondern wurde vermutlich auch zur Ausübung von Attentaten eingesetzt.

Waffen für Teheran

Die beiden Geheimdienstkenner Patrik Baab und Robert E. Harkavy sehen in dieser Stay-behind-Organisation die Struktur, die hinter dem Palme-Mord steckt. In ihrem Buch *Im Spinnennetz der Geheimdienste* (2017) verweisen sie darauf, daß Palme vermutlich ein früherer Mitwisser der Iran-Contra-Affäre gewesen sei und deshalb - wie der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel - in Gefahr geriet. Tatsächlich ließ Palme großen schwedischen Rüstungskonzernen wie Bofors und Saab trotz seiner eigenen pazifistischen Positionen große Freiräume. Nach den Recherchen Baabs und Harkavys hat er die Lieferung von Embargogütern in den Iran zumindest zeitweise geduldet. Diese ging über Israel, und die diskrete Verbindung der beiden Todfeinde verlangte höchste Geheimhaltung.

Die merkwürdige Allianz, die auf den ersten Blick widersinnig erscheint, kam deshalb zustande, weil sowohl Teile der US-amerikanischen als auch der israelischen Geheimdienste damals im Irak von Saddam Hussein eine größere Bedrohung als in der islamischen Schiiten-Republik sahen. Natürlich wollten die Dienste mit ihren Waffenlieferungen aber auch die gegenseitige Zerfleischung der beiden nahöstlichen Regionalmächte fördern. Palme soll die schwedischen Lieferungen jedoch im Jahr 1985 beendet haben.

Berücksichtigt werden muß natürlich auch, daß das von dem schwedischen Ministerpräsidenten angestrebte atomwaffenfreie Skandinavien aus Sicht der NATO-Strategen eine Katastrophe gewesen wäre, da die USA dann ihr nukleares Arsenal aus Norwegen hätten abziehen müssen und die gesamte nördliche Verteidigungslinie des Nordatlantikpakts zusammengebrochen wäre. Hardliner innerhalb der Geheimdienste der NATO-Länder hätten ganz sicher mehr als nur ein Motiv für die Ermordung Palmes gehabt.

Baab und Harkavy belegen diese These sogar mit einem Dokument des Special Operations Planning Staff der NATO aus dem Jahr 1985, das eine Verantwortung der CIA-Killertruppe Pegasus für den Palme-Mord nahelegt. Die Authentizität solcher Quellen kann natürlich kaum überprüft werden. An die jahrzehntelang kolportierte These des verrückten Einzeltäters will in Schweden aber auch niemand mehr glauben, da zu viele Mosaiksteine auf einen Geheimdiensthintergrund verweisen.<<

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete am 15. März 1986 über die komplette Abriegelung der schweizerischen Grenzen im Winter 1942/43 (x136/255): >>In voller Kenntnis, daß die Juden im Osten Gräßliches erwartete, schlug der Chef der Polizeiabteilung dem Bundesrat vor, die Schweiz den Flüchtlingen zu verschließen. Von der Verantwortung der Urheberschaft kann Rothmund (Abteilungsleiter der Fremdenpolizei) nicht entlastet werden. Die gleiche oder noch größere Verantwortung aber lud die Landesregierung auf sich, als sie diesem Vorschlag zustimmte und dabei ... erklärte, Juden seien nicht als politische Flüchtlinge anzusehen. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1986) berichtete am 14. April 1986 über das "befreite" Österreich: >>**Wir Österreicher wählen, wen wir wollen**

Der Mann, der am 4. Mai zum Präsidenten Österreichs gewählt werden möchte, hat sich und sein Land weltweit in Verruf gebracht. Kurt Waldheim, lange Generalsekretär der Uno, hat

gerade jene Zeit aus seinem Lebenslauf verdrängt, in der er Hitlers Wehrmacht im Partisanenkrieg auf dem Balkan diente. Als Juden ihn deshalb angriffen, kam alter Antisemitismus hoch: Die Österreicher möchten sich ihre Lebenslüge nicht nehmen lassen.

Es ist ein sonderbares, ein unmögliches Land. Eigentlich ist es Deutschland, aber es heißt ganz anders. Eigentlich ist es berühmt wegen so hübscher Dinge wie Bergromantik und Sachertorten, tiefgrüner Seen und weißer Lipizzaner, Mozart und Mozartkugeln und einer prächtigen Schar von fast zwei Dutzend Kaisern.

Es ist ein Land verwirrender Gegensätze. Aus ihm kam der teuflische Adolf Hitler, um Deutschland zu zerstören und Europa zu verderben. Aus ihm kam aber auch der harmlose Kurt Waldheim, um die Welt als Generalsekretär der Uno durch Geschmeidigkeit am Laufen zu halten, gewiß kein Nazi und erst recht kein Kriegsverbrecher, Symbolfigur vielmehr jenes anpasserischen homo austriacus, des Schlawiners, der sich's richtet, wie immer die Umstände sind, Strandgut der historischen Kämpfe und seelischen Krämpfe um die deutsche Nation.

Zweimal in kaum 50 Jahren waren die Österreicher trotz ihrer deutschen Zungen aus Deutschland herauskatapultiert worden: 1866 durch die Preußen, 1918 durch die Westalliierten. Damals, als das Vielvölker-Unikum der k.u.k. Monarchie zusammenstürzte, durften alle größeren Bestandteile - Tschechen, Ungarn, Rumänen, Polen, Südslawen - ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben, nur die Deutsch-Österreicher nicht.

So hatten sie denn ein besonderes Nachholbedürfnis an deutschpatriotischer Nestwärme und warfen sich dem Hitlerismus in die Arme. Wie nachhaltig, das enthüllt völlig unerwartet die Kampagne um die Wahl des österreichischen Bundespräsidenten am 4. Mai 1986.

Gerade war ein wenig in Vergessenheit geraten, daß das kleine, gemütliche Alpen-Dorado Österreich eine Republik voll großer, häßlicher Skandale ist (SPIEGEL 35/1985), gerade hatten die italienischen Winzer mit ihrem Todeswein den österreichischen Glykoltropfen noch übertrumpft, da zwang Kurt Waldheim der zweiten österreichischen Republik unversehens die bislang quälendste, rufschädigende Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit auf.

Denn Kurt Waldheim hatte in seinen Biographien einiges verschwiegen - vor allem, daß er als Staboffizier der Wehrmacht im Krieg auf dem Partisanenkampflplatz Balkan stationiert war.

Im letzten Monat prangerte daraufhin Israel Singer, Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses und österreichischer Abkunft, den Kandidaten Kurt Waldheim als Nazi und Kriegsverbrecher an und drohte Österreich für den Fall der Wahl mit Konsequenzen - eine grobschlächtige, ungeschickte Darstellung.

Doch in der Karwoche gab Michael Graff, Generalsekretär der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), deren Kandidat Kurt Waldheim ist, die Antwort. Er warnte vor "antisemitischen Emotionen, die wir alle nicht haben wollen - und löste sie damit erst richtig aus.

Wenig später bezeichnete Graff "die verblendeten Funktionäre des Jüdischen Weltkongresses und ihre gewissenlosen österreichischen Handlanger in der Umgebung des (sozialistischen) Kanzlers Sinowatz" als Urheber der "beispiellosen Verleumdungskampagne gegen Dr. Waldheim".

"Infame Niedertracht", "Menschenjagd", "Psychoterror", holzte der sonst farb- und glücklos agierende ÖVP-Parteichef Alois Mock hinterher. Auf Waldheims Wahlplakate wurde die Trotzparole "Jetzt erst recht" geklebt.

An Ostern, dem höchsten katholischen Feiertag, gingen vollständig neue Plakate in Druck. Auf grellgelbem Grund, der viele gleich an die Farbe der Judensterne erinnerte, verschärften die Waldheim-Anhänger ihren Appell an Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ihrer Landsleute nochmals: "Wir Österreicher wählen, wen wir wollen" - das zweite "wir" deutlich unterstrichen.

Die Österreicher begriffen: Nicht die Juden in New York sollten bei ihnen das Sagen haben.

Die bürgerliche Tageszeitung "Die Presse" schrieb, daß "schlummernde Primitivgefühle wie-

dererweckt worden seien - aber keineswegs durch die ÖVP.

Gemeint war vielmehr Israel Singer. Er hatte Waldheim im Fernsehen einen "Lügner", "Nazi" und "Unwürdigen" genannt. Wer auf diese "primitivste Weise die Österreicher provoziere, müsse Antisemitismus "zwangsläufig hervorrufen", stellte die "Presse" fest.

Das Parteiorgan der ÖVP, das "Neue Volksblatt", formulierte noch schärfer. Schlagzeile am 28. März: "Das Blut an den Fingern israelischer Politiker! - Offenbar kein Thema für den Jüdischen Weltkongreß".

Auf der Welle des Antisemitismus prophezeite das Massenblatt "Neue Kronen-Zeitung" einen "triumphalen Wahlsieg" Waldheims am 4. Mai.

Eine unter Verschuß gehaltene Meinungsumfrage signalisierte dem Kandidaten Waldheim mehr Zustimmung als je zuvor: 65 Prozent der Wähler hätte er hinter sich scharen können, wenn bereits vorletzte Woche gewählt worden wäre.

So überzogen die Urteile, so maßlos die Hysterie in und um Österreichs fatale Präsidentenwahl in diesen Wochen scheinen mögen, so schrill das Geschrei und erschreckend die Tiraden für und gegen den Kandidaten in einem Wahlkampf klingen, in dem es nicht einmal um die Macht im Staate, eher um eine Repräsentationsfigur geht, sehr überraschen kann das alles nicht.

Denn nicht allein der nie und nirgends dabeigewesene Kandidat wird nunmehr von seiner Vergangenheit bedrängt. Die so weit weggeschobene Vergangenheit hat jäh ganz Österreich eingeholt.

Anno 45 ersparten sich die Österreicher ihre Stunde Null, weil aus besonders eifrigen Mittätern durch die Gunst der Stunde plötzlich unschuldige Opfer geworden waren.

"Worum es wirklich geht, ist das Selbstverständnis dieses Landes, sein Verhältnis zur eigenen Vergangenheit, die Unfähigkeit, mit der lange und liebevoll gehätschelten Lebenslüge aufzuräumen. Österreich hatte zu den ersten Opfern Hitlerdeutschlands gezählt. Diese Lüge ist eine der tragenden Säulen der Nachkriegsgeschichte Österreichs, eine Tatsache, an der alle drei Parlamentsparteien in diesem Land Schuld tragen. Und das rächt sich jetzt ganz fürchterlich", schreibt Martin Pollack vom linken "Wiener Tagebuch".

In einer Gesellschaft, in der "das Aufdecken der Vergangenheit schon immer ein größeres Verbrechen war als die Untaten der Hitlerei selbst", so der Wiener Zeitgeschichtler John Bunzl, mag sich natürlich kaum jemand daran erinnern, daß die charmant-neutrale "Insel der Seligen" des jüdischen Weltmannes Bruno Kreisky der Nazibarbarei besonders viele Schergen für den Vollzug ihrer Verbrechen lieferte und auch noch die wichtigsten geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus; ebensowenig daran, daß im walzer- und weinseligen Wien dazu noch ein eigenständiger Austrofaschismus ausgebrütet wurde.

In diesem Land hegt auch nach neuesten Untersuchungen noch weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung antisemitische Gefühle, zwischen Alpen und Donau blühen etwa ein halbes Hundert rechtsextremer Vereine und Bünde - und das sind keineswegs nur spinnerte Sektierer, die in einer Masse aufrechter Demokraten verschwinden.

Es ist durchaus nicht immer nur ein stiller Faschismus. "Krieg fordert allezeit Opfer: Tote, Verwundete, Gefangene. Das hätte das Weltjudentum bedenken müssen, als es Deutschland den Krieg erklärte." Diese irre Deutung des Holocaust findet sich nicht auf einem heimlichen Flugblatt, sondern in der "Bundesturnzeitung", dem amtlichen Mitteilungsorgan des öffentlich subventionierten "Österreichischen Turnerbundes" (75.000 Mitglieder).

"Es sei aber auch daran erinnert, daß es Freiwillige aus fast allen Staaten Europas waren, ... die im Zweiten Weltkrieg die Kultur des Abendlandes gegen den Ansturm aus dem Osten verteidigt haben - so das Bild der SS in "Der Kamerad", dem Verbandsorgan des Österreichischen Kameradschaftsbundes (etwa 300.000 Mitglieder, davon 50.000 unter 30 Jahren).

Es war auch nicht etwa purer geographischer Zufall, daß gerade Österreich der Welt den

Adolf Hitler bescherte. Das Wien des ausgehenden 19. Jahrhunderts lieferte dem Verderber des 20. die Grundlagen seiner krausen Ideen: den deutschtümelerischen Chauvinismus, den krankhaften Arier- und Rassenwahn, den extremen Antisemitismus.

Der Sekretär des späteren christsozialen österreichischen Kanzlers Ignaz Seipel, August Maria Knoll, brachte dies 1937 auf die Formel: "Der Nationalsozialismus ist jene Bewegung, die das preußische Schwert der österreichischen Narretei zur Verfügung gestellt hat."

Hitler selbst schilderte es so: "Ich kam als 17jähriger Mensch nach Wien ... Ich ging von Wien weg als absoluter Antisemit."

Einschlägige Erkenntnisse vermittelten Hitler die Schriften des deutschnationalen Abgeordneten im Wiener Reichsrat Georg Ritter von Schönerer aus Wien, der so antiklerikal ("Los von Rom!") wie antisemitisch war und seine Gefolgschaft mit dem Reim einstimmte: "Was der Jude glaubt, ist einerlei, in der Rasse liegt die Schweinerei."

"Wer a Jud ist, bestimm i", dekretierte ein anderer Wiener Antisemit jener Jahre, der nach Hitlers Urteil "gewaltigste deutsche Bürgermeister aller Zeiten", Karl Lueger: "Die Juden sind der Lindwurm, der die Deutschen in Fesseln geschlagen hat. Dieser Lindwurm muß erlegt werden."

In der Hauptstadt der Vielvölker-Monarchie, in der um die Jahrhundertwende etwa 170.000 der 1,2 Millionen Juden des Habsburgerreiches lebten, hatten alle studentischen Burschenschaften einen Arierparagrafen. Der Antisemitismus galt in diesen Kreisen vor allem der akademischen und intellektuellen Konkurrenz, fanden sich doch unter den Wiener Juden Namen wie Sigmund Freud, Max Reinhardt, Arthur Schnitzler, Franz Werfel, Gustav Mahler, Stefan Zweig und Theodor Herzl.

Es wurde auch nicht anders, als die großflächige Donaumonarchie zur kleinen Alpenrepublik verkümmerte. Die nannte sich "Deutsch-Österreich" und betrachtete sich laut einstimmigem Beschluß der Nationalversammlung vom 12. November 1918 als "Bestandteil der Deutschen Republik". Die Siegermächte verboten jedoch den Anschluß. Ihre übelsten Traditionen retteten die Österreicher in den "Staat, den keiner wollte" (so der Autor Hellmut Andics) mit hinüber.

Der christlichsoziale Kanzler Seipel wollte die neue Republik "ganz gründlich von den Juden scheiden". Sein Parteifreund Leopold Kunschak wußte auch gleich wie. Er forderte 1919 "die sofortige Abschiebung aller seit August 1914 eingewanderten Juden", in jenen Fällen, in denen dies nicht möglich sei, ihre "allgemeine Internierung in Flüchtlingslagern" - der grausigen Wirklichkeit 20 Jahre voraus.

Daß derselbe Leopold Kunschak nach 1945 dann erster Parlamentspräsident der Zweiten Republik werden konnte, unterstreicht die Verdrängungskraft der Österreicher, der auch der Kandidat Kurt Waldheim erliegt, wenn er seine blaßbraunen Flecken mit dem eifrigen Bekenntnis wegzuwischen sucht, daß er und seine Familie ja überzeugte Anhänger des christlichsozialen Kanzlers Kurt Schuschnigg gewesen seien.

Schuschnigg stand jenem Ständestaat vor, der in den dreißiger Jahren den europäischen Faschismus um eine eigene österreichische Abart bereicherte. Tausende politische Gegner in Anhaltelager sperrte, einige sogar hängen ließ. Seine bewaffneten Heimwehr-Verbände liefen 1938 zum Teil geschlossen zu den Nazis über.

Als im März 1938 endlich der Anschluß kam, nach heutigem amtlichen Geschichtsverständnis die brutale Vergewaltigung Österreichs durch Hitler, wehrte sich niemand. Schuschnigg, von seinen Parteifreunden heute als Widerständler gegen Hitler gefeiert, kroch mit einer liebdienerischen Ergebnisadresse an den Führer zu Kreuz. Der Sozialist Karl Renner, Kanzler zu Beginn der Ersten wie der Zweiten Republik, forderte seine Genossen und Landsleute auf, bei einer Volksabstimmung mit "Ja" für den Anschluß zu stimmen, da der "ein geschichtlicher Fortschritt" sei. Seinen Segen dazu gab auch Wiens Kardinal Innitzer.

Die Nazis zählten dann auch 99,73 Prozent Ja-Stimmen. Mögen es in Wahrheit und von Herzen nur 60 Prozent gewesen sein, wie Renner nach dem Krieg meinte - jene halbe Million Ostmärker, die am 15. März auf dem Wiener Heldenplatz wie im Delirium dem Führer Adolf Hitler zujauchzten, sind immer noch die größte Menschenmenge, die je in Österreich an einem Ort zusammenkam - zu Füßen eines Reiterstandbilds des Erzherzogs Karl ("Dem beharrlichen Kämpfer für Deutschlands Ehre").

Die nur etwas über acht Prozent Ostmärker im Reich stellten von Anfang an einen weit überproportionalen Anteil am Personal von Hitlers Kriegs- und Vernichtungsmaschine. In einer Dokumentation, die Simon Wiesenthal, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, 1966 dem damaligen Bundeskanzler Klaus zustellte, wird nachgewiesen daß "Österreich während der NS-Zeit am Tod von etwa drei Millionen Juden schuldig wurden".

Kurz nach dem Anschluß kam Adolf Eichmann, selbst Österreicher, aus München nach Wien und organisierte dort die "Zentralstelle für jüdische Auswanderung". Österreich wurde zum Exerzierfeld für die Judenverfolgung im Dritten Reich. Die jüdische Bevölkerung Wiens sank bis Ende 1939 von 220.000 auf weniger als 70.000. Juden wurden vom Nazimob gezwungen, mit Zahnbürsten die Straße zu schrubben. "Gegen die Kristallnacht von Wien war die in Berlin ein gemütliches Weihnachtsfest", urteilt Simon Wiesenthal. Das Kriegsende erlebten noch etwa 200 Wiener Juden.

Chef des berüchtigten Reichssicherheitshauptamtes wurde nach dem Tod Reinhard Heydrichs der Österreicher Ernst Kaltenbrunner. Überall, wo es um die infernalische Endlösung ging, wimmelte es von Ostmärkern:

- Franz Novak, Eichmanns Transportchef, organisierte die Verfrachtung von 1,7 Millionen Juden in Vernichtungslager.
- Der Österreicher Odilo Globocnik organisierte die Juden-Vernichtung im Gebiet von Lublin, die in Galizien ein Landsmann Gustav Wächter (der nach dem Krieg im Vatikan untertauchte und dort unter falschem Namen starb).
- SS- und Polizeiführer im besetzten Warschau wurde der Österreicher Dr. Sammern-Frankenegg.
- Die Gettos von Wilna und Riga "säuberten" die Ostmärker Franz Murer und Eduard Roschmann.
- Die Brüder Anton und Alois Brunner leisteten die Vernichtung der Juden in Österreich, Griechenland und der Slowakei.
- Hermann Krumej transportierte Ungarns Juden in die Gaskammern. Theodor Dannecker war für die Juden in Paris zuständig.
- In den Konzentrationslagern Theresienstadt, Treblinka, Plaszow kommandierten Ostmärker.
- Für die Juden-Verfolgung in Holland, der über 110.000 Menschen zum Opfer fielen, war der Grazer Erich Rajakowitsch zuständig.

In der Ostmark gab es verhältnismäßig mehr Mitglieder der NSDAP als im übrigen Reich - etwa zehn Prozent der Bevölkerung (sieben Prozent im "Altreich"). Das traditionell deutsch-nationale Kärnten etwa galt mit über 46.000 Parteigenossen als "des Führers treuester Gau". Aber auch 40 Prozent der Wiener Philharmoniker glaubten nicht ohne Parteibuch geigen und flöten zu können.

1945 wollte es dann keiner gewesen sein. Gierig griffen die Österreicher nach dem ihnen von den Alliierten in der sogenannten Moskauer Erklärung von 1943 ausgestelltten Persilschein, sie seien das erste Opfer der nationalsozialistischen Aggression gewesen. Nun waren "die Deutschen" allein für alles Böse verantwortlich. Den Österreichern gelang es 1955 buchstäblich in letzter Stunde, einen Mitverantwortungshinweis aus dem Staatsvertrag mit den Kriegsalliierten zu entfernen, der das befreite Österreich dann im Gegensatz zu Deutschland auch von seinen Besatzern befreite: felix Austria (glückliches Österreich).

Die totale Verdrängung geriet zur nationalen Tugend. "Die Österreicher haben sich verhalten wie ertappte kleine Kinder, die ihre Schuld sofort auf andere abwälzen", meint der Wiener Historiker Karl Stuhlpfarrer. "Eine Aufarbeitung der eigenen Schuld konnte daher nie stattfinden."

In den ersten Wochen seiner Provisorischen Regierung verkündete der von Stalin selbst gekürte Kanzler Renner noch, die Nationalsozialisten sollten "nach demselben Ausnahmerecht behandelt werden, das sie selbst den anderen aufgezwungen haben". Dies wurde, erkennbarer Unsinn, schnell vergessen: Über 600.000 Österreicher, zehn Prozent der Bevölkerung, hätten drakonisch bestraft werden müssen.

Schon im Spätherbst 1945 wollte die christlichsoziale ÖVP die Nazis, die zunächst das Wahlrecht verloren hatten, wählen lassen. Kommunisten und auch die Sozialisten, die sich damals noch zu recht wenig Zuwachs erwarten konnten, lehnten ab.

Doch die ÖVP, deren Spitzenfunktionär Alfred Maleta forderte, "das Erforschen der Vergangenheit den Professoren zu überlassen", plakatierte ihr Verlangen, köderte so die Angehörigen und gewann die Wahl.

Das Wählerpotential von gut einer halben Million, mit Angehörigen mindestens doppelt so viele, wurde fortan wichtiger als die von Besatzern und Regierung verordnete Entnazifizierung, 1949 durften die Parteigenossen wieder wählen, gut neun Zehntel von ihnen hatten als Minderbelastete ohnedies schon die Generalabsolution bekommen. Vom Rest der gut 40.000 Belasteten wurde etwa die Hälfte vor Gericht gestellt. Heraus kamen in den folgenden Jahren über 13.000 Schuldsprüche.

Eine vollständige Säuberung etwa der Bürokratie von Nationalsozialisten wäre unmöglich gewesen, da bei konsequenter Durchsetzung "ein Viertel der Bevölkerung direkt oder indirekt betroffen" gewesen wäre, so der Historiker Oliver Rathkolb. Es hätte kaum noch Beamte, Lehrer, Richter und Professoren gegeben.

Am gleichen Dilemma scheiterte die ursprüngliche Absicht der Amerikaner, in Österreich mit allen faschistischen Relikten aufzuräumen, einschließlich des Austrofaschismus: Da hätten sie noch die halbe Regierung und einen gut Teil des Parlaments entfernen müssen.

Außerdem ließ der beginnende kalte Krieg das Interesse an der Entnazifizierung schwinden. Die Nazis konnten nützlich sein gegen die Kommunisten. "Die Entnazifizierung wurde zugunsten einer hastigen Reintegration sowohl der kleinen wie der großen Nazis als Mittel zur Stärkung des antisowjetischen Potentials des Westens fallengelassen", schreibt der US-Historiker Knight. Die Denazifizierung wandelte sich vielerorts zur Renazifizierung.

Bei den Sozialisten wurde der "Bund Sozialistischer Akademiker" (BSA) zu einem Hort der Gestrigen, und in Kärnten fand die Mehrheit der antiklerikalen Nazis Aufnahme bei den antiklerikalen Sozialisten. NS, früher für Nationalsozialisten, stand nun für Neusozialisten.

Um den Konservativen, die sogar mit ehemaligen Nazigrößen um Stimmblocke schacherten, gleichwohl die große Masse der Nazis abspenstig zu machen, förderte der sozialistische Innenminister Oskar Helmer vor den Wahlen von 1949 gegen den Widerstand der Westalliierten, aber eigenartigerweise mit Hilfe der Sowjets, die Gründung einer neuen vierten Partei - des Verbandes der Unabhängigen (VdU).

Dieses Sammelbecken der Ehemaligen, stets geführt von mehr oder minder prominenten Nazis, erreichte gleich beim ersten Mal zwölf Prozent, bevor es an inneren Streitigkeiten ein- und in der Freiheitlichen Partei (FPÖ) aufging, die heute mit den Sozialisten in der Regierung sitzt.

Der langjährige FPÖ-Chef Friedrich Peter, vorletzte Woche als Abgeordneter in den Ruhestand getreten, bekannte sich stets zu seinem freiwilligen Eintritt in die SS. Er diente als Obersturmführer in einer Einheit, die an Massenexekutionen von Juden in der Sowjet-Union beteiligt war.

Der frühere Parteichef Alexander Götz, der es zum Bürgermeister von Österreichs zweitgrößter Stadt Graz brachte, denkt noch heute laut wie einst bei der Hitlerjugend.

Der Kärntner FPÖ-Spitzenfunktionär Otto Scrinzi, einstiger SA-Sturmführer, der laut eigenem Bekenntnis "immer rechts stand, auch in der NSDAP", kandidiert als unabhängiger "nationaler Kandidat" gegen Waldheim bei den Präsidentschaftswahlen - genug Unterschriften für die Kandidatur bekam er.

FPÖ-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager verdiente sich den Beifall der Gestrigen durch die offizielle Begrüßung des 1985 aus italienischer Haft entlassenen Kriegsverbrechers Walter Reder.

Auch Österreichs Sozialisten, die in den letzten Wochen Waldheims unfreiwillige Vergangenheitsbewältigung durch gezielte Informationen in Gang zu setzen halfen, haben Spitzengenossen mit brauner Tradition.

Der Kärntner Landeshauptmann Leopold Wagner brüstet sich, ein "hochgradiger Hitlerjunge gewesen zu sein. BSA-Genossen, denen der eigene Kandidat und auch Waldheim zu links sind, unterschrieben für Rechtsaußen Scrinzi.

Und der Jude Bruno Kreisky, einsame Spitze unter den Nachkriegspolitikern Österreichs, entzückte Österreichs Antisemiten nicht nur, als er die Juden ein "mieses Volk" nannte. Er bestätigte alle Vergangenheitsverdränger, indem er die sozialistischen Minister seiner verschiedenen Regierungen mit einem halben Dutzend Ex-Nazis garnierte, dem SS-Mann Hans Öllinger etwa, den er zum Landwirtschaftsminister machte, oder dem SA- und NSDAP-Mitglied Otto Rösch, der an einer der Nazi-Eliteschulen (Napola) unterrichtet hatte und der Republik als Innen- und Verteidigungsminister dienen durfte.

"Kurtis Kameraden", wie das Szeneblatt "Wiener" solche Politiker mit NS-Vergangenheit nannte, sind gewiß keine Nazis mehr. Sie weichen nur, wie das ganze Land, der jüngeren Geschichte aus, leben mit der Lüge, nirgendwo dabeigewesen zu sein und nichts getan zu haben, dessen sie sich womöglich schämen müßten.

Insofern dienen sie natürlich jenen wahren Faschisten, Neonazis und Ewiggestrigen als Alibi, die sich in Österreich offener darstellen als in anderen Ländern. Deren Leitfigur Norbert Burger erreichte 1980 bei den Präsidentschaftswahlen fast 141.000 Stimmen - 3,2 Prozent aller gültigen Stimmen, in einzelnen Orten mehr als zehn Prozent.

In ihren Publikationen findet sich Nazi-Närrisches zu allem und jedem:

"Das Deutschtum in Österreich soll vernichtet werden, damit der Weg frei wird für den Vormarsch des Panslawismus ("Klartext", Zeitung der NDP).

Österreich ist ein Eldorado für Ausländer, die in Ihren Heimatländern überflüssig sind, weil sie entweder nichts können, oder weil bei ihnen sonst etwas nicht stimmt ("Das Neue Wort", Organ der "Volkssozialistischen Bewegung Österreichs").

Partisanen, außerhalb des Völkerrechts stehende Plünderer und Mörder, werden mit Dankadressen geehrt - hört niemand einen Aufschrei der Empörung? ("Der Junge Bund", Zeitschrift der Turnerjugend)."

In einem solchen Umfeld findet der Autor eines "Heimatbuches" über "Das tausendjährige Mauterndorf" noch 1967 nichts dabei, unter den zwölf Ehrenbürgern des Ortes den 11. so zu preisen: "Hermann Göring war viele Jahre ein aufrichtiger Freund Mauterndorfs. Er hat der Marktgemeinde beim Bau der Hochquellenwasserleitung durch die Beschaffung der notwendigen Rohre große Dienste erwiesen. Und als 1985 das niederösterreichische Deutsch-Wagram zur Stadt erhoben wurde, freute sich Festschriftautor Professor Otto Schilder: "1984 ist die Stadt Deutsch-Wagram judenfrei."

Wen wundert's, wenn Zeitungen und Magazine, die aus Anlaß des Falles Waldheim zur Vergangenheitsbewältigung aufrufen, nun massenweise Leserbriefe bekommen, in denen sie als "Judenschweine" tituliert werden. "Gebt's endlich a Ruah", "Hert's mit dem oltn Bledsinn auf"

ist der Tenor.

Helmut Qualtinger hat vor fast drei Jahrzehnten in einem Monolog seines "Herrn Karl" die Vergangenheitsbewältigung nach Wiener Art beschrieben:

"Da war a Jud im Gemeindebau, a gewisser Tennenbaum ... sonst a netter Mensch ... da ham's so Sachen gegen de Nazi g'schrieben g'habt auf de Trottoir ... und der Tennenbaum hat des aufwischen müaßn ... net er allan ... de andern Juden eh aa ... hab i ihm hing'führt, daß ers' aufwischt ...

Nachn Kriag is er z'ruckkumma, der Tennenbaum. Is eahm eh nix passiert, ... Hab i ihm auf der Straßen troffen. I gries eahm freundlich: "Habediehre, Herr Tennenbaum!" Der hat mi net ang'schaut. Hab i ma denkt ... na bitte, jetzt is er bees ... Dabei - irgendwer hätt's ja wegwischen müaßn ..."

Viel anders hört sich's beim Herrn Kurt letztlich auch nicht an, ein bißchen gebildeter halt.

Daß sein Ex-Freund Bruno Kreisky dem Kandidaten Waldheim nun vorwirft, er habe "sein ganzes Leben auf einer Lüge aufgebaut", ist ein bißchen unfair, denn der Kanzler Kreisky hat die Lebenslüge des ganzen Landes durchaus gefördert. "Wenn endlich Gras über eine Sache gewachsen ist, kommt so ein Kamel daher und frißt es wieder weg", pflegte er Debatten über Österreichs Vergangenheit zu kommentieren.

Waldheim hat gerade seine Lebenslüge, die ihn nun einholt, früher so hoch hinauf gebracht: Hätte er die für ihn heute "uninteressanten" Stationen seiner Wehrmarchkarriere nicht so konsequent aus allen Lebensläufen weggelassen, wäre er mit Sicherheit nie Generalsekretär der Uno geworden. Auch ohne bewiesene persönliche Schuld wäre ein NS-Student, SA-Reiter und Stabsoffizier im Partisanenkrieg niemals zum Kandidaten für das höchste Uno-Amt aufgestiegen.

Und wenn Kurt Waldheim als Argument für die offensichtliche Haltlosigkeit aller Vorwürfe gegen ihn immer wieder ins Feld führt, seine Vergangenheit sei vor seiner Uno-Wahl doch bestimmt von West und Ost-Geheimdiensten penibel untersucht worden, so kann dies freilich auch einen ganz anderen Sinn machen: "Vielleicht", vermutete vor zwei Wochen die "New York Times", "hielten die Supermächte ihr Wissen für nützlich, um Waldheim unter Kontrolle zu halten." Doch nur zwei Geheimdienste wußten mit Sicherheit Bescheid - Jugoslawiens UdBA und Moskaus KGB.

Im Westen wurde Waldheim nach Kriegsende keineswegs so genau überprüft, wie er glauben machen möchte. Gesichert ist nur, daß gegen Waldheim ein Entnazifizierungsverfahren eingeleitet wurde. Da er als Minderbelasteter galt, wurde es - wie bei Hunderttausenden anderen Österreichern auch - nach seiner Anstellung als Sekretär des Außenministers Karl Gruber nie abgeschlossen.

Die Amerikaner hatten gegen Waldheim keine Bedenken, da er schon damals seine in NS-Dokumenten festgehaltene Zugehörigkeit zur SA und dem Nationalsozialistischen Studentenbund auf eine Mitgliedschaft zum NS-Reiterkorps zu reduzieren verstand. Als er sich 1971 um den Generalsekretärsposten bei der Uno bemühte, teilten die US-Stellen offenbar eine Überlegung, die auch Nazi-Jäger Simon Wiesenthal anstellte: Die Sowjets würden wohl niemanden als Uno-Generalsekretär dulden, wenn auch nur die geringste NS-Belastung vorhanden wäre.

Doch seit dem 18. Dezember 1947 wurde Waldheim von der Jugoslawischen Kommission für Kriegsverbrechen als Nummer 724 auf einer Liste von 791 mutmaßlichen Kriegsverbrechern geführt. Waldheim wird in diesem Dokument - Akte F/25572 - mit Morden, Massakern, Geislerschießungen und dem Niederbrennen von Siedlungen in Verbindung gebracht.

So abwegig die Beschuldigungen auch klingen, so sehr die namentlich angeführten Belastungszeugen in der Kriegsgefangenschaft in Bedrängnis gewesen sein mögen: Als Druckmittel eigneten sich Akten dieser Art allemal - nicht nur für Belgrad.

"Selbstverständlich", erinnert sich Milovan Djilas, bis 1954 zweiter Mann nach Tito, "hatte die Sowjet-Union damals jede Möglichkeit, in Jugoslawien alle Akten einzusehen und zu kopieren." Auch nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin im Juni 1948 war es für den sowjetischen Geheimdienst "ein leichtes, alle gewünschten Unterlagen zu bekommen", so Djilas zum SPIEGEL.

Leichten Zugang hatte die sowjetische Besatzungsmacht auch in Wien zu den Entnazifizierungspapieren, zu den Akten im Justiz- und Außenministerium, wo - laut Waldheim fälschlicherweise - seine Mitgliedschaft in SA und NS-Studentenbund vermerkt sind.

Der namhafte Militärschriftsteller Janusz Piekalkiewicz ist "überzeugt, daß das KGB von den Kriegsverbrecher-Akten und Waldheims Nazi-Verbindungen nicht nur wissen konnte, sondern auch tatsächlich gewußt hat. Die Sowjets wußten schon etwas damit anzufangen, wenn sie die Schwächen eines so ehrgeizigen Menschen wie Waldheim kannten".

Der Sowjet-Union, die bei den Mehrheitsverhältnissen in der Uno nie eine Chance hatte einen eigenen Kandidaten durchzubringen, die aber dauernd schwere Konflikte mit ihr wenig freundlich gesinnten Uno-Chefs wie Dag Hammarskjöld hatte, konnte in einem Kandidaten wie dem geschmeidigen Wiener Waldheim mit lückenhaftem Lebenslauf nur einen Glücksfall sehen.

Waldheim verdankt es der Sowjet-Union, daß er 1971 ins höchste Amt der Uno gewählt wurde. Der sowjetische Delegierte legte bei den anderen Kandidaten, die in die engere Wahl kamen, sein Veto ein: Gegen den favorisierten und selbstbewußten finnischen Uno-Botschafter Max Jakobson hatte kein anderes Land etwas einzuwenden - ebensowenig wie gegen den argentinischen Uno-Mann Ortiz de Rozas.

Nur gegen Waldheim stimmten zunächst Großbritannien und China. Als die beiden Länder sich jedoch im dritten Wahlgang der Stimme enthielten, war der Weg für den Österreicher frei.

Waldheims Teilnahme als deutscher Offizier am Rußlandfeldzug war bekannt, seine Wahl - nur 26 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs - wurde als Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung gewertet.

Moskau, schrieb die "Süddeutsche Zeitung", habe in Waldheim "besonderes Vertrauen", weil er 1968 nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag erklärt hatte, das Nachbarland Österreich fühle sich dadurch nicht bedroht. Was Waldheim damals als Außenminister wirklich anordnete, war bisher nicht bekannt.

Der britische "Guardian" argwöhnte: "Es besteht der Verdacht, daß die Sowjet-Union Waldheim zuließ, weil sie ihn für vorsichtig und fügsam hält."

Bei einem Besuch in Belgrad verlor Waldheim kein Wort über das Land, das er so gut kannte. Staatschef Tito überreichte Waldheim trotzdem einen der höchsten jugoslawischen Orden. Waldheim ist damit weltweit wohl der einzige, der sich sowohl mit einem kommunistischen wie auch mit einem faschistischen Orden aus Jugoslawien schmücken kann:

1942 hatte er wie viele deutsche Soldaten vom Nazi-Marionettenstaat Kroatien den Kronorden des Königs Zvonimir erhalten - rein routinemäßig, wie er sagt. In New York umgab sich der Uno-General gern mit Landsleuten Titos. Völlig überraschend machte er den Jugoslawen Rudolph Stajduhar - in seiner Heimat ein unbekannter Provinzjournalist - zu seinem Pressesprecher. Stajduhar zählte während der Uno-Zeit Waldheims zu dessen engsten Vertrauten.

Auch die Sowjet-Union fühlte sich von Waldheim, der offiziell für die Besetzung der etwa 4.000 Uno-Jobs verantwortlich war, gut bedient. Während seiner Amtszeit erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten aus der Sowjet-Union im Generalsekretariat auf über 250.

Bei seinen Besuchen in der Sowjet-Union erhielt Waldheim von der Regierungszeitung "Iswestija" stets das gleiche Lob: "Er erhöhte die Effektivität der Uno." Im ebenfalls routinemäßig publizierten Lebenslauf wurde die Kriegszeit Waldheims, seine Teilnahme am Rußland-

feldzug, mit keinem Wort erwähnt.

Daß Waldheim gern und so oft Ostblockstaaten besuchte, erklärten wohlgesinnte Mitarbeiter in seinem Stab mit seiner Vorliebe für Repräsentation. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Ländern wurde er in den Oststaaten stets wie ein Staatsoberhaupt empfangen. "Mit leuchtenden Augen", erzählt ein früherer Vertrauter Waldheims, "hat er bei seiner Rückkehr vom Zeremoniell erzählt."

Als sich Waldheim 1981 auch noch um eine dritte Amtsperiode als Uno-Generalsekretär bewarb, sagte Moskaus damaliger Uno-Botschafter Oleg Trojanowski: "Waldheim paßt uns wie ein alter Schuh." Nur weil China unbedingt neue Stiefel wollte und sein Veto gegen Waldheim auch nach 16 Wahlgängen nicht zurückzog, ist der Österreicher, der in der Uno seine zehn Amtsjahre lang "Mister Pudding" hieß, heute nicht mehr Uno-Chef.

So sehr sich Moskau in New York für Waldheim einsetzte, so zurückhaltend verhält sich die Sowjet-Union, seit Details aus Waldheims Vergangenheit veröffentlicht wurden. Das Parteiorgan "Prawda" schweigt dazu - wie fast alle Zeitungen des Ostblocks. Sogar Österreichs kommunistische "Volksstimme", die auch in Moskau verkauft wird, hält sich vornehm zurück. Dabei tut sich das Blatt üblicherweise bei der Verfolgung von alten Nazis besonders hervor, selbst wenn es sich nur um Lokalpolitiker handelt.

Vergangene Woche äußerte sich der Chefredakteur der "Prawda", Wiktor Afanasjew, in einem Interview in der Wiener Tageszeitung "Die Presse": "Die Österreicher müssen selbst über ihren Präsidenten entscheiden. Wir werden den Gewählten respektieren."

Waldheim und seine Wahlhelfer erklären seit Wochen kategorisch, daß die "Verleumdungskampagne in sich zusammengebrochen ist", nachdem der Jüdische Weltkongreß eine angekündigte Pressekonferenz kurzfristig abgesagt hatte. Dabei war das auf ausdrücklichen Wunsch jüdischer Freunde in Wien geschehen, die ein weiteres Anheizen der antisemitischen Stimmung fürchten.

Als vergangene Woche ein Dokument auftauchte, das belegt, daß Waldheims Abteilung im Krieg von den Judendeportationen aus Griechenland gewußt haben muß, berichteten zwar fast alle großen internationalen Zeitungen ausführlich darüber, in Österreich ging aber nur das Nachrichtenmagazin "Profil" näher darauf ein. Dafür erhielt in den letzten Tagen jeder österreichische Haushalt die Broschüre: "So wollten sie Kurt Waldheim fertigmachen!" Darin heißt es: "Das ist die Wahrheit - der bekannte Militärgeschichtler Professor Fleischer von der Universität Kreta sagt, Waldheim sei unschuldig."

Fleischer dazu: "Das ist eine Schweinerei. Waldheim war beim Ende der Besatzungszeit 1944 der bestinformierte Wehrmachtsoffizier in Griechenland. Der von Waldheim als Entlastungszeuge angeführte Fleischer ist davon überzeugt, daß Waldheim nach der Kapitulation der Italiener im September 1943 "auch an Verhören gefangener italienischer Offiziere teilgenommen hat".

Dabei geht es nach wie vor nicht etwa um den Vorwurf, daß Waldheim selbst Kriegsverbrechen begangen habe, sondern nur um seine Wahrnehmungsfähigkeit. Er will Partisanen nicht gesehen, von Judendeportationen nichts gehört, Kriegsgefangene nicht verhört haben.

Vorige Woche bekamen österreichische und israelische Beamte im Uno-Archiv Zugang zur Waldheim-Akte, eine von 40.000 Dossiers. Mehr als die jugoslawische Kriegsverbrecher-Akte war darin offenbar nicht enthalten.

Kurt Waldheim, zehn Jahre lang Uno-Generalsekretär: "Ich wußte nicht mal was von der Existenz der Akte."...<<

In der Ukraine ereignete sich am 26. April 1986 der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wurde 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945 (x175/790).

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (22/1986) berichtete am 26. Mai 1986 über die "Pfungstschlacht" von Wackersdorf: >>Wie sie ihre Wut loswerden ...

Die "Pfungstschlacht" von Wackersdorf: brutale Chaoten, kopflose Polizisten - Tschernobyl hat der westdeutschen Antikernkraftbewegung einen neuen Schub schlimmer Unterstützer zugeführt: junge Gewalttäter. Zu Pfingsten bekam das am Baugelände für die atomare Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf die bayrische Polizei zu spüren. Sie war weder personell noch taktisch in der Lage, die Tage dauernden Krawalle zu beenden, und warf am Ende Reizgasbomben unter friedliche Demonstranten.

Jeden Sonntagnachmittag versammeln sich am Rande des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens einige hundert Demonstranten an der Flugplatzmauer. Unermüdlich und bei jedem Wetter protestieren sie seit gut zwei Jahren gegen die neue Startbahn 1800 West, die im April 1984 nach erbitterten Auseinandersetzungen in Betrieb genommen worden war.

Nicht alle bleiben dabei friedlich. So "80 bis 100 Startbahngegner" sind vielmehr nach polizeilicher Erfahrung "immer auf Randalen aus", attackieren Mauer und Polizisten mit Steinen, Stahlkugeln und Sprengsätzen - jede Woche, Sonntag für Sonntag.

Aber Pfingsten 1986 nicht.

Am vorletzten Wochenende herrschte Ruhe in Frankfurt. Harmlose Spaziergänger blieben unter sich, die Polizei machte "nur zwei Chaoten" an der Startbahn aus - die anderen waren, wie ein Beamter wußte, "alle nach Wackersdorf gefahren".

Logo. Auf die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im Taxölderner Forst bei Wackersdorf in der bayrischen Oberpfalz konzentrierte sich am Pfingstwochenende, vier Wochen nach Tschernobyl, nahezu das gesamte mobile Randalen-Potential der Bundesrepublik.

Neben friedlichen Demonstranten, die zu Zehntausenden kamen, präsentierte sich geballte Militanz: junge Wilde, die sich selber "Streetfighter" oder "Autonome" nennen und für das "Schweinesystem" nur Brechstangen, Pflastersteine und Molotow-Cocktails übrig haben.

Mindestens tausend Chaoten - nach Expertenschätzung die Mehrheit aller derzeit "reisenden Intensivtäter" - schlugen in Wackersdorf zu. Just zum Kirchenfest, das der Erscheinung des Heiligen Geistes gewidmet ist, war in der katholischen Oberpfalz der Teufel los.

Drei Tage lang gab es nun auch in Wackersdorf Szenen wie in Brokdorf (1977 und 1981) oder Gorleben (1980). Vermummte Gestalten, die ungeachtet der Wasserwerfer den Eisengitterzaun des WAA-Baugeländes zu brechen suchten, Polizisten mit Stahlkugeln aus Zwillen unter Beschuß nahmen und Polizeifahrzeuge in Brand setzten; tieffliegende Hubschrauber der Staatsgewalt, die Reizgasgranaten in die Menge warfen - schierer Zufall, daß es keine Toten gab. 187 Polizisten und Hunderte Demonstranten wurden verletzt, die Sachschäden gingen in die Millionen.

Diese Bilanz allein spricht Versprechungen bayrischer Politiker einschließlich des Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß hohn, die Standortentscheidung für das stille Kiefernwäldchen in der Oberpfalz würde eine "rasche und ungestörte Realisierung des Projekts" (Strauß) garantieren.

In der festen Überzeugung, daß es gewalttätige Ausschreitungen im Freistaat einfach nicht geben könne, wenn Randalierern von Anfang an "mit der notwendigen Entschlossenheit" (Strauß) entgegengetreten werde, unterlief den bayrischen Ordnungshütern ein unglaublicher Kardinalfehler: Sie verkannten die aufrührende Wirkung von Tschernobyl. Sie rechneten nicht mit so viel Wut - und nicht mit so vielen Leuten, die sie hatten.

Obwohl Sicherheitsbehörden in Hessen, Baden-Württemberg und Berlin Aufbruchstimmung in der Szene signalisiert hatten, kam die Botschaft in Bayern nicht an. "Wir hatten zu Pfingsten", erläutert Einsatzleiter Theo Hartmann, "keine Demonstrationen, wir hatten ein Zeltlager, Demonstranten waren keine angekündigt" - als ob sich Chaoten bei den Behörden voranmelden.

Die an Fahrlässigkeit grenzende Naivität der Ordnungshüter führte dazu, daß zu Pfingsten in Wackersdorf zunächst nur 1.000 Polizisten parat standen - zu Ostern, da alles bis auf ein paar Scharmützel am Bauzaun friedlich zugeht, waren es noch 5.000 gewesen.

Entgegen sonst üblicher Polizeipraxis wurden auf den Zufahrtsstraßen weder Wagen noch Insassen gefilzt. Die für friedliche Demonstranten ärgerliche Methode macht sicherheitstaktisch durchaus Sinn. Mitunter werden Schlagwerkzeuge und Molotow-Cocktails massenweise sichergestellt; so war es einst in Brokdorf, und an der Startbahn West wird das "mit großem Erfolg" (ein Frankfurter Polizeisprecher) allwöchentlich vollzogen.

Anstelle weiträumiger Vorkontrollen begnügte sich die Polizei mit einer einzigen Fahndungsaktion in der Nähe von Erlangen, wo zufällig auch eine - genehmigte - Anti-WAA-Demonstration stattfand. Immerhin wurde dabei eine neue Erkenntnis gewonnen: Demonstranten, die offenbar auf Randalen aus waren, transportierten ihr Werkzeug nicht nur in Autos, sondern auch auf Motorrädern, mit denen Straßensperren oder Verkehrskontrollen auf Schleichwegen umgangen werden können. 35 bewaffnete Motorradfahrer konnten von den Erlanger Kontrollleuten nur mit vorgehaltener Schußwaffe gestoppt werden.

In der Oberpfalz aber konnten die Krawallos aus allen Himmelsrichtungen unkontrolliert anrollen, und sie nahmen gleich am Pfingstsamstag ihre Chancen wahr. Etwa hundert Vermummte stoppten per Notsignal den Eilzug Schwandorf - Amberg auf der am WAA-Areal unmittelbar vorbeiführenden Bahnlinie, zertrümmerten Fensterscheiben und nahmen Feuerlöscher mit.

Ein paar Stunden später wurde ein Güterzug nach Schwandorf mittels Baumbarrikaden angehalten, Demonstranten koppelten die Lokomotive ab und bombardierten den Lokführer mit einem Hagel von Steinwürfen, bis der mit der Lok allein die Flucht ergriff. Später mußte die eingleisige Bahnstrecke gesperrt werden, nachdem Randalierer Schienen gelockert und aus dem Boden gewuchtet hatten.

Das war nur ein Vorspiel. Am Sonntag und in der Nacht zum Montag ging es am WAA-Gelände erst richtig los. Chaoten-Trupps setzten den anrückenden Polizisten Barrikaden aus Baumstämmen und Straßenfallen mit Krähenfüßen entgegen und legten den Mast einer 10.000 Volt führenden Stromleitung um.

Schließlich rückten die Anarchos sogar mit schwerem Gefährt an: einem Schaufelbagger der Bayerischen Braunkohlen-Industrie (BBI), der bei den WAA-Bauarbeiten zur Abwasserentsorgung eingesetzt wird und über die Feiertage ausgerechnet in der Nähe des Pfingst-Camps der WAA-Gegner abgestellt worden war.

Der geklaute und mit Mühe in Gang gebrachte Koloß rammte einige Male, wenn auch vergeblich das Tor 1 am WAA-Zaun, ehe ihn ein massiver Wasserwerfer-Einsatz der Verteidiger außer Gefecht setzen konnte. Den Durchbruch schafften hingegen die sägenden Handwerker, die sich diesmal - im Gegensatz zu den Scharmützeln vom Ostermontag - mit großen Plastikfolien gut zu schützen wußten: Nach Pfingsten klafften im Gitter der Atomfabrikanten an sechs Stellen meterhohe Löcher.

Die bei dem enormen Aufgebot der Militanten selten günstige Gelegenheit, Täter dingfest zu machen, blieb infolge der polizeilichen Unterbesetzung so gut wie ungenützt. Es waren die Polizisten, die sich mitunter in Sicherheit bringen mußten. Tatenlos mußten sie zusehen, wie die Gewalttäter sich am Zaun zu schaffen machten, und am Ende verbuchten sie nur 22 Festnahmen - ein mageres Resultat bei über tausend klassifizierbaren Gewalttätern.

Hinzu kam, daß viele Chaoten in dem "Pfingstcamp" der Kernkraftgegner am Brückelsee unweit des WAA-Areals unterschlüpfen und sich dort unter den Friedlichen quasi unauffindbar machten. Auch darauf war die Polizei nicht vorbereitet, obwohl eine anonyme "Initiativgruppe" in einem Aufruf "die während der Platzbesetzungen entstandenen Ansätze gemeinsamen Widerstandes von Oberpfälzern und auswärtigen AKW-Gegner/innen" beschworen und das

"geschlossene Vorgehen von alten und jungen, von wählenden und radikalen WAA-Gegner/innen" angekündigt hatte.

Das Programm sah Musik und Diskussionen vor, aber "natürlich werden wir auch ansonsten nicht untätig bleiben" hieß es in einer Ankündigung der "Süddeutschen Autonomen" in "Radi Aktiv", dem bayerischen "Anti Atom Magazin", "denn es gibt da doch zu verlockende Möglichkeiten. ..." Wahrscheinlich ist, daß die Autonomen in dem Camp, das sich auf 500 Besucher eingestellt hatte, schließlich aber rund 4.000 Köpfe zählte, das Sagen bekamen.

Offenkundig diente das Zeltlager den Militanten sogar als "logistische Basis", wie das bayrische Innenministerium später erkannte. Als das Camp am Dienstag letzter Woche abgeräumt wurde, waren die Chaoten längst weg. Über Pfingsten aber hatten die Polizisten das Lager ungeschoren lassen müssen, sie waren mehr mit der Selbstverteidigung beschäftigt.

So überrascht zeigte sich die Ordnungsmacht von der Gewalteskalation, daß die Bayern die Innenministerien der anderen Bundesländer um "polizeiliche Hilfsmittel" baten. Gebrauch wurden Menschen und Material - bei Wackersdorf gingen das Wasser und das Tränengas aus. Der Notruf führte zu politischen Komplikationen. Zwar schickten Hamburg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg anstandslos Wasserwerfer an die Wackersdorfer Front; Niedersachsen setzte außerdem zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei in Marsch.

Doch im Saarland holten sich die Bayern zunächst einen Korb. Erst am Dienstag, als nur noch das Pfingstcamp geräumt werden mußte, aus dem sich die Autonomen längst verkrümelten, offerierte der saarländische Innenminister Friedel Läßle zwei Wasserwerfer und eine Hundertschaft - obendrein mit der Maßgabe, daß seine Polizeibeamten keine Reizstoffe versprühen dürften. München lehnte dankend ab.

Den Einsatz von CN-Reizgas verweigerte auch das Wiesbadener Innenministerium. Doch mit der Entscheidung, zwei hessische Wasserwerfer nach Wackersdorf zu schicken, wurde gleich eine neue Lunte an das ohnehin gefährdete rot-grüne Bündnis gelegt: Die Grünen verlangen grundsätzlich ein Wasserwerfer-Verbot bei Demos, nachdem im September vergangenen Jahres in Frankfurt der Schlosser Günter Sare, 36, bei einem Polizeieinsatz anlässlich einer Anti-NPD-Demonstration von einem Wasserwerfer überrollt und getötet wurde - ein Zwischenfall, der in vielen Städten blutige Straßenschlachten zwischen Anarchos und Polizei auslöste.

Waffenhilfe aus West-Berlin schließlich scheiterte am DDR-Kontrollpunkt Drewitz. Die DDR-Behörden verweigerten einem Wasserwerfer des Typs Wawe 9 die Weiterfahrt ohne Angabe von Gründen. Den Vorgang will die Bundesregierung bei der nächsten Sitzung der deutsch-deutschen Transit-Kommission am 25. Juni monieren.

Als die Unterstützung aus den Bundesländern eintraf, gab es in Wackersdorf nichts mehr zu verhindern. Die Krawallos hatten die Szene bestimmt. Auf dem Höhepunkt der "Pfingstschlacht", wie die mehrtägigen, phasenweise bürgerkriegsähnlichen Kämpfe später allenthalben bezeichnet wurden wußte sich die bayrische Polizei des Ansturms nur mehr mit Mitteln zu erwehren, die ihr den Vorwurf eintrugen, sie habe sich "schlicht von Rachegefühlen und der Lust auf Vergeltung leiten lassen" (so der örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Ludwig Stiegler).

Das geschah am Montagnachmittag als ein 30köpfiger, angeblich zur "Verkehrsregelung" ausgerückter Polizistentrupp mit zwei Fahrzeugen vorübergehend von Demonstranten eingekeilt war und attackiert zu werden drohte: Der Wackersdorfer Einsatzleiter Theo Hartmann gab Befehl, Tränengasgranaten aus einem tieffliegenden Großhubschrauber des Bundesgrenzschutzes abwerfen zu lassen.

Für die äußerst kritische Situation, in der nicht nur dem Reporter der "Frankfurter Rundschau" eine "große Katastrophe ganz nah erschien", gibt es unterschiedliche Versionen. Das bayrische Innenministerium berief sich auf eine "Luftaufklärung", die ergeben habe, daß die Beamten-

gruppe "mit Molotow-Cocktails beworfen" wurde und sich in "lebensbedrohlicher Gefahr" befand. Die geplante "Anlandung einer Verstärkung im Rücken der Störer" sei "nicht mehr möglich" gewesen.

Andere Augenzeugen berichten, das Gasbombardement aus dem BGS-Helikopter sei erfolgt, als die bedrängten Beamten, deren Fahrzeuge umgestürzt und in Brand gesetzt worden waren, sich schon längst wieder in Sicherheit befanden.

Fest steht, daß die Gasgranaten - in Styropor gehüllte Blechpatronen mit CN-Reizstoff - zu Dutzenden über einer Ansammlung von mindestens tausend Demonstranten abgeworfen wurden, in der sich nur eine geringe Anzahl von Chaoten befand.

Der Großhubschrauber tauchte so tief ab daß der Luftdruck der Rotorblätter Kinder und ältere Leute umwarf und daß Würstchenbuden und Bücherstände durcheinandergewirbelt wurden. Und der Granatenhagel, unter dem die Menschen panikartig auseinanderstoben, traf nebenbei auch einen Versorgungsplatz des Roten Kreuzes.

Der Effekt entsetzte am Boden denn auch manchen Polizisten. "Sind die denn verrückt geworden", entfuhr es einem, der sich vor den Gasschwaden davonmachte.

Bayerns Innenminister Karl Hillermeier rechtfertigt das Bombardement. Etwa nach dem Motto "Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um" argumentiert der Minister, auch friedliche Demonstranten, die sich in den Rückzugsbereich der Gewalttäter vorwagen, seien selber schuld, wenn sie - von welchen Maßnahmen auch immer - in Mitleidenschaft gezogen würden.

In Notwehrlagen, wie sie vom bayrischen Innenministerium der Situation der 30 Verkehrsregelungs-Beamten unterstellt werden, wäre nach Auffassung von Hillermeiers Polizeiabteilungsleiter Joachim Schweinoch sogar Schußwaffengebrauch angebracht gewesen - ein Hinweis darauf, daß demnächst bei Krawallen in Wackersdorf womöglich nicht nur mit Wasserwerfern scharf geschossen wird.

Schon kündigte Hillermeier letzte Woche auch an, Bayern werde notfalls im Alleingang neue Distanzwaffen wie die von Messerschmitt-Bölkow-Blohm entwickelten "Wirkwurfkörper" ins Arsenal aufnehmen. Auch hält es der Münchner Polizeiminister für angezeigt, daß der alte, bis 1970 gültige Straftatbestand des Landfriedensbruchs restauriert wird. Demnach würde sich künftig wieder jeder strafbar machen, der sich - mitgefangen, mitgegangen - auch nur in einer Ansammlung aufhält, von der Gewalt ausgeht.

Unterstützung bekam die Münchner Vorwärtsstrategie von auswärtigen Strategen. Der Bonner Staatsminister Jürgen Möllemann (FDP) beispielsweise forderte. Probleme vom Wackersdorfer Format sollten künftig von der Anti-Terror-Truppe GSG 9 in Zusammenarbeit mit den mobilen Einsatzkommandos der Länder gelöst werden, während sich die gewöhnlichen Polizisten dann auf Personenkontrollen im Umkreis beschränken könnten.

Das Law-and-order-Geschrei wie die politischen Wertungen (Bayerns Strauß: "Kommunistische und anarchistische Gruppen, die nach typischen kommunistischen Bürgerkriegsmuster Reizthemen zur Aufhetzung der Massen suchten") konnten freilich nicht verdecken, daß der Pfingsteinsatz der bayrischen Ordnungsmacht ein Debakel war.

Bayerns Innenminister räumte selbst ein, daß man das nach Wackersdorf anrückende Gewaltpotential unterschätzt habe und von einer "bisher nicht gekannten kriminellen Energie" überrascht worden sei - trotz Tschernobyl und reichlichen Informationen verschiedener Verfassungsschutzämter.

Womöglich wurden die WAA-Verteidiger "Opfer der eigenen Überzeugungen", wie ein hoher norddeutscher Verfassungsschützer annimmt, der den Münchnern die fatale Devise zutraut: "Wir sind besser, wir sind tüchtiger, und Bayern sind sowieso anders."

Pfingsten in Wackersdorf - das bedeutete am Ende aber auch Komplikationen für die Anti-kernkraftbewegung. Einerseits durchkreuzte der brutale Auftritt der Militanten die friedlichen

Überzeugungsbemühungen, die der großen Mehrheit der WAA-Gegner noch immer unterstellt werden dürfen. "Der Bevölkerung", sagt Wolfgang Daniels, ein Sprecher der Oberpfälzer Bürgerinitiativen, "kann kein Bürgerkrieg um diese Anlage zugemutet werden."

Zumindest sind am Pfingstwochenende Einheimische beobachtet worden, darunter Frauen und Männer im Rentenalter, die im Gelände die Militanten mit Steinen versorgten, von denen es am Bauzaun längst keine mehr gibt.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" veröffentlichte am 6. Juni 1986 folgende Rede des deutschen Historikers Ernst Nolte: >>**Die Vergangenheit, die nicht vergehen will**

Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte / Von *Ernst Nolte*

Mit der "Vergangenheit, die nicht vergehen will", kann nur die nationalsozialistische Vergangenheit der Deutschen oder Deutschlands gemeint sein. Das Thema impliziert die These, daß normalerweise jede Vergangenheit vergeht und daß es sich bei diesem Nicht-Vergehen um etwas ganz Exzeptionelles handelt. Andererseits kann das normale Vergehen der Vergangenheit nicht als ein Verschwinden gefaßt werden. Das Zeitalter des Ersten Napoleon etwa wird in historischen Arbeiten immer wieder vergegenwärtigt und ebenso die Augusteische Klassik. Aber diese Vergangenheiten haben offenbar das Bedrängende verloren, das sie für die Zeitgenossen hatten. Eben deshalb können sie den Historikern überlassen werden.

Die nationalsozialistische Vergangenheit dagegen unterliegt - wie kürzlich noch Hermann Lübke hervorgehoben hat - anscheinend diesem Hinschwinden, diesem Entkräftigungsvorgang nicht, sondern sie scheint immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden, aber nicht als Vorbild, sondern als Schreckbild, als eine Vergangenheit, die sich geradezu als Gegenwart etabliert oder die wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist.

Schwarz-Weiß-Bilder

Dafür gibt es gute Gründe. Je eindeutiger sich die Bundesrepublik Deutschland und die westliche Gesellschaft überhaupt zur "Wohlstandsgesellschaft" entwickeln, um so befremdender wird das Bild des Dritten Reiches mit seiner Ideologie der kriegerischen Opferbereitschaft, der Maxime "Kanonen statt Butter", der bei Schulfesten im Chor herausgeschmetterten Edda-Zitate wie "Unser Tod wird ein Fest".

Alle Menschen sind heute Gesinnungspazifisten, aber sie können gleichwohl nicht aus sicherer Distanz auf den Bellizismus der Nationalsozialisten blicken, denn sie wissen, daß die beiden Supermächte Jahr für Jahr weitaus mehr für ihre Rüstung ausgeben, als Hitler von 1933 bis 1939 ausgegeben hatte, und so bleibt eine tiefe Unsicherheit, die den Feind lieber im Eindeutigen anklagt als in der Verwirrung der Gegenwart.

Ähnliches gilt für den Feminismus: Im Nationalsozialismus war der "Männlichkeitswahn" noch voll von provozierendem Selbstbewußtsein, und in der Gegenwart neigt er dazu, sich zu verleugnen und zu verstecken - der Nationalsozialismus ist also der gegenwärtige Feind in seiner letzten noch ganz unverkennbaren Erscheinungsform.

Der Anspruch Hitlers auf "Weltherrschaft" muß sich um so ungeheuerlicher ausnehmen, je unzweideutiger sich herausstellt, daß die Bundesrepublik in der Weltpolitik allenfalls die Rolle eines Staates von mittlerer Größenordnung spielen kann - "Harmlosigkeit" jedoch wird ihr gleichwohl nicht attestiert, und an vielen Stellen ist die Befürchtung noch lebendig, sie könne zwar nicht zur Ursache, aber doch zum Ausgangspunkt eines dritten Weltkriegs werden.

Mehr als alles andere trug indessen die Erinnerung an die "Endlösung" zum Nichtvergehen der Vergangenheit bei, denn die Ungeheuerlichkeit der fabrikmäßigen Vernichtung von mehreren Millionen Menschen mußte um so unfaßbarer werden, je mehr die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Gesetzgebung sich der Vorhut unter den humanitären Staaten hinzugesellte. Aber Zweifel blieben eben auch hier, und zahlreiche Ausländer glaubten und glauben ebensowenig wie viele Deutsche an die Identität von "pays légal" und "pays réel".

Aber war es wirklich nur die Verstocktheit des "pays réel" der Stammtische, die diesem

Nichtvergehen der Vergangenheit widerstrebte und einen "Schlußstrich" gezogen wissen wollte, damit die deutsche Vergangenheit sich nicht mehr grundsätzlich von anderen Vergangenheiten unterscheide?

Steckt nicht in vielen der Argumente und Fragen ein Kern des Richtigen, die gleichsam eine Mauer gegen das Verlangen nach immer fortgehender "Auseinandersetzung" mit dem Nationalsozialismus aufrichten?

Ich führe einige dieser Argumente oder Fragen an, um dann einen Begriff desjenigen "Verfehlens" zu entwickeln, das nach meiner Auffassung das entscheidende ist, und diejenige "Auseinandersetzung" zu umreißen, die von einem "Schlußstrich" ebenso weit entfernt ist wie von der immer wieder beschworenen "Bewältigung".

Gerade diejenigen, die am meisten und mit dem negativsten Akzent von "Interessen" sprechen, lassen die Frage nicht zu, ob bei jenem Nichtvergehen der Vergangenheit auch Interessen im Spiel waren oder sind. Etwa die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins.

Die Rede von der "Schuld der Deutschen" übersieht allzu geflissen die Ähnlichkeit mit der Rede von der "Schuld der Juden", die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war. Alle Schuldvorwürfe gegen "die Deutschen", die von Deutschen kommen, sind unaufrichtig, da die Ankläger sich selbst oder die Gruppe, die sie vertreten, nicht einbeziehen und im Grunde bloß den alten Gegnern einen entscheidenden Schlag versetzen wollen.

Die der "Endlösung" gewidmete Aufmerksamkeit lenkt von wichtigen Tatbeständen der nationalsozialistischen Zeit ab wie etwa der Tötung "lebensunwerten Lebens" und der Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, vor allem aber von entscheidenden Fragen der Gegenwart - etwa denjenigen des Seinscharakters von "ungeborenem Leben" oder des Vorliegens von "Völkermord" gestern in Vietnam und heute in Afghanistan.

Das Nebeneinander dieser zwei Argumentationsreihen, von denen die eine im Vordergrund steht, aber sich doch nicht vollständig durchsetzen konnte, hat zu einer Situation geführt, die man als paradox oder auch als grotesk bezeichnen kann.

Eine voreilige Äußerung eines Bundestagsabgeordneten zu gewissen Forderungen der Sprecher jüdischer Organisationen oder das Ausgleiten eines Kommunalpolitikers in eine Geschmacklosigkeit werden zu Symptomen von "Antisemitismus" aufgebauscht, als wäre jede Erinnerung an den genuinen (ursprünglichen) und keineswegs schon nationalsozialistischen Antisemitismus der Weimarer Zeit verschwunden, und um die gleiche Zeit läuft im Fernsehen der bewegende Dokumentarfilm "Shoah" eines jüdischen Regisseurs, der es in einigen Passagen wahrscheinlich macht, daß auch die SS-Mannschaften der Todeslager auf ihre Art Opfer sein mochten und daß es andererseits unter den polnischen Opfern des Nationalsozialismus virulenten Antisemitismus gab.

Zwar rief der Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof Bitburg eine sehr emotionale Diskussion hervor, aber die Furcht vor der Anklage der "Aufrechnung" und vor Vergleichen überhaupt ließ die einfache Frage nicht zu, was es bedeutet haben würde, wenn der damalige Bundeskanzler sich 1953 geweigert hätte, den Soldatenfriedhof von Arlington zu besuchen, und zwar mit der Begründung, dort seien auch Männer begraben, die an den Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung teilgenommen hätten.

Für den Historiker ist eben dies die beklagenswerteste Folge des "Nichtvergehens" der Vergangenheit: daß die einfachsten Regeln, die für jede Vergangenheit gelten, außer Kraft gesetzt zu sein scheinen, nämlich daß jede Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar werden muß, daß der Zusammenhang immer besser sichtbar wird, in den sie verspannt war, daß die Schwarz-Weiß-Bilder der kämpfenden Zeitgenossen korrigiert werden, daß frühere Darstellungen einer Revision unterzogen werden.

Genau diese Regel aber erscheint in ihrer Anwendung auf das Dritte Reich "volkspädagogisch

gefährlich": Könnte sie nicht zu einer Rechtfertigung Hitlers oder mindestens zu einer "Exkulpation der Deutschen" führen? Zieht dadurch nicht die Möglichkeit herauf, daß die Deutschen sich wieder mit dem Dritten Reich identifizieren, wie sie es ja in ihrer großen Mehrheit mindestens während der Jahre 1935 bis 1939 getan haben, und daß sie die Lektion nicht lernen, die ihnen von der Geschichte aufgetragen worden ist?

Darauf läßt sich in aller Kürze und apodiktisch antworten: Kein Deutscher kann Hitler rechtfertigen wollen, und wäre es nur wegen der Vernichtungsbefehle gegen das deutsche Volk vom März 1945. Daß die Deutschen aus der Geschichte Lehren ziehen, wird nicht durch die Historiker und Publizisten garantiert, sondern durch die vollständige Veränderung der Machtverhältnisse und durch die anschaulichen Konsequenzen von zwei großen Niederlagen. Falsche Lehren können sie freilich immer noch ziehen, aber dann nur auf einem Wege, der neuartig und jedenfalls "antifaschistisch" sein dürfte.

Es ist richtig, daß es an Bemühungen nicht gefehlt hat, über die Ebene der Polemik hinauszukommen und ein objektiveres Bild des Dritten Reiches und seines Führers zu zeichnen; es genügt, die Namen von Joachim Fest und Sebastian Haffner zu nennen. Beide haben aber in erster Linie den "innerdeutschen Aspekt" im Blick. Ich will im folgenden versuchen, anhand einiger Fragen und Schlüsselworte die Perspektive anzudeuten, in der diese Vergangenheit gesehen werden sollte, wenn ihr jene "Gleichbehandlung" widerfahren soll, die ein prinzipielles Postulat der Philosophie und der Geschichtswissenschaft ist, die aber nicht zu Gleichsetzungen führt, sondern gerade zur Herausstellung von Unterschieden.

Erhellende Schlüsselworte

Max Erwin von Scheubner-Richter, der später einer der engsten Mitarbeiter Hitlers war und dann im November 1923 bei dem Marsch zur Feldherrenhalle von einer tödlichen Kugel getroffen wurde, war 1915 als deutscher Konsul in Erzerum tätig. Dort wurde er zum Augenzeugen jener Deportationen der armenischen Bevölkerung, die den Anfang des ersten großen Völkermordes des 20. Jahrhunderts darstellten. Er scheute keine Mühe, den türkischen Behörden entgegenzutreten, und sein Biograph schließt im Jahre 1938 die Schilderung der Vorgänge mit folgenden Sätzen:

"Aber was waren diese wenigen Menschen gegen den Vernichtungswillen der türkischen Pforte, die sich sogar den direktesten Mahnungen aus Berlin verschloß, gegen die wölfische Wildheit der losgelassenen Kurden, gegen die mit ungeheurer Schnelligkeit sich vollziehende Katastrophe, in der ein Volk Asiens mit dem anderen nach asiatischer Art, fern von europäischer Zivilisation, sich auseinandersetzte?"

Niemand weiß, was Scheubner-Richter getan oder unterlassen haben würde, wenn er anstelle von Alfred Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete gemacht worden wäre. Aber es spricht sehr wenig dafür, daß zwischen ihm und Rosenberg und Himmler, ja sogar zwischen ihm und Hitler selbst ein grundlegender Unterschied bestand. Dann aber muß man fragen: Was konnte Männer, die einen Völkermord, mit dem sie in nahe Berührung kamen, als "asiatisch" empfanden, dazu veranlassen, selbst einen Völkermord von noch grauenvollerer Natur zu initiieren? Es gibt erhellende Schlüsselworte. Eins davon ist das folgende:

Als Hitler am 1. Februar 1943 die Nachricht von der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad erhielt, sagte er in der Lagebesprechung gleich voraus, daß einige der gefangenen Offiziere in der sowjetischen Propaganda tätig werden würden: "Sie müssen sich vorstellen, er (ein solcher Offizier) kommt nach Moskau hinein, und stellen Sie sich den "Rattenkäfig" vor. Da unterschreibt er alles. Er wird Geständnisse machen, Aufrufe machen ..."

Die Kommentatoren geben die Erläuterung, mit "Rattenkäfig" sei die Lubjanka (Moskauer Zentralgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes) gemeint. Ich halte das für falsch.

In George Orwells "1984" wird beschrieben, wie der Held Winston Smith durch die Geheimpolizei des "Großen Bruders" nach langen Folterungen endlich gezwungen wird, seine Verlob-

te zu verleugnen und damit auf seine Menschenwürde Verzicht zu tun. Man bringt einen Käfig vor seinen Kopf, in dem eine vor Hunger halb irrsinnig gewordene Ratte sitzt.

Der Vernehmungsbeamte droht, den Verschuß zu öffnen, und da bricht Winston Smith zusammen. Diese Geschichte hat Orwell nicht erdichtet, sie findet sich an zahlreichen Stellen der antibolschewistischen Literatur über den russischen Bürgerkrieg, unter anderem bei dem als verlässlich geltenden Sozialisten Melgunow. Sie wird der "chinesischen Tscheka" zugeschrieben.

Archipel GULag und Auschwitz

Es ist ein auffallender Mangel der Literatur über den Nationalsozialismus, daß sie nicht weiß oder nicht wahrhaben will, in welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in einer umfangreichen Literatur der frühen zwanziger Jahre bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als "feindlich" erachteter Menschen.

Es ist wahrscheinlich, daß viele dieser Berichte übertrieben waren. Es ist sicher, daß auch der "weiße Terror" fürchterliche Taten vollbrachte, obwohl es in seinem Rahmen keine Analogie zu der postulierten "Ausrottung der Bourgeoisie" geben konnte. Aber gleichwohl muß die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen:

Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten?

War nicht der "Archipel GULag" ursprünglicher als "Auschwitz"?

War nicht der "Klassenmord" der Bolschewiki das logische und faktische Prius des "Rassenmords" der Nationalsozialisten?

Sind Hitlers geheimste Handlungen nicht gerade auch dadurch zu erklären, daß er den "Rattenkäfig" nicht vergessen hatte?

Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?

Man braucht das verschollene Büchlein von Melgunow nicht gelesen zu haben, um solche Fragen zu stellen. Aber man scheut sich, sie aufzuwerfen, und auch ich habe mich lange Zeit gescheut, sie zu stellen.

Sie gelten als antikommunistische Kampfthesen oder als Produkte des kalten Krieges. Sie passen auch nicht recht zur Fachwissenschaft, die immer engere Fragestellungen wählen muß. Aber sie beruhen auf schlichten Wahrheiten. Wahrheiten willentlich auszusparen, mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.

Die Bedenken wären nur dann berechtigt, wenn man bei diesen Tatbeständen und Fragen stehenbliebe und sie nicht ihrerseits in einen größeren Zusammenhang stellte, nämlich in den Zusammenhang jener qualitativen Brüche in der europäischen Geschichte, die mit der industriellen Revolution beginnen und jeweils eine erregte Suche nach den "Schuldigen" oder doch nach den "Urhebern" einer als verhängnisvoll betrachteten Entwicklung auslösten. Erst in diesem Rahmen würde ganz deutlich werden, daß sich trotz aller Vergleichbarkeit die biologischen Vernichtungsaktionen des Nationalsozialismus qualitativ von der sozialen Vernichtung unterschieden, die der Bolschewismus vornahm.

Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord "gerechtfertigt" werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den einen Mord und den einen Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist.

Wer sich diese Geschichte nicht als Mythologem, sondern in ihren wesentlichen Zusammen-

hängen vor Augen stellt, der wird zu einer zentralen Folgerung getrieben: Wenn sie in all ihrer Dunkelheit und in all ihren Schrecknissen, aber auch in der verwirrenden Neuartigkeit, die man den Handelnden zugute halten muß, einen Sinn für die Nachfahren gehabt hat, dann muß er im Freiwerden von der Tyrannei des kollektivistischen Denkens bestehen.

Das sollte zugleich die entschiedene Hinwendung zu allen Regeln einer freiheitlichen Ordnung bedeuten, einer Ordnung, welche die Kritik zuläßt und ermutigt, soweit sie sich auf Handlungen, Denkweisen und Traditionen bezieht, also auch auf Regierungen und Organisationen aller Art, die aber die Kritik an Gegebenheiten mit dem Stigma des Unzulässigen versehen muß, von denen die Individuen sich nicht oder nur unter größten Anstrengungen lösen können, als die Kritik an "den" Juden, "den" Russen, "den" Deutschen oder "den" Kleinbürgern. Sofern die Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus gerade von diesem kollektivistischen Denken geprägt ist, sollte endlich ein Schlußstrich gezogen werden.

Es ist nicht zu leugnen, daß dann Gedankenlosigkeit und Selbstzufriedenheit um sich greifen könnten. Aber das muß nicht so sein, und Wahrheit darf jedenfalls nicht von Nützlichkeit abhängig gemacht werden. Eine umfassende Auseinandersetzung, die vor allem im Nachdenken über die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte bestehen müßte, würde die Vergangenheit, von der im Thema die Rede ist, zwar ebenso zum "Vergehen" bringen, wie es jeder Vergangenheit zukommt, aber sie würde sie sich gerade dadurch zu eigen machen.<<

Bei den Ost-Berliner Volkskammerwahlen entschieden sich 99,94 % der Wähler am 8. Juni 1986 für die SED-Einheitsliste.

Das SED-Ministerium für Post- und Fernmeldewesen gab am 5. August 1986 zum 25. Jahrestag des Mauerbaues eine Sonderbriefmarke heraus. Die deutsche Bundespost kündigte daraufhin an, Briefe mit diesen Briefmarken nicht zu befördern.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (36/1986) berichtete am 1. September 1986 über das Buch "Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums" des deutschen Historikers Andreas Hillgruber (1925-1989): >>**Vergangenheit, die nicht vergehen will**

Die "deutsche Vergangenheit" soll sich nicht länger "grundsätzlich von anderen Vergangenheiten" unterscheiden. Auch jene Vergangenheit nicht, die "wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist" und "immer noch lebendiger und kraftvoller" zu werden droht.

Eigentlich wollte Ernst Nolte, ein bedeutender Faschismusforscher, der einen Namen zu verlieren hat, diese fromme Gleichung - daß polnische, französische, englische, amerikanische, vor allem aber russische Vergangenheit sich nicht grundsätzlich von der Nazi-Zeit unterscheidet - im Juni 1986 bei den Frankfurter Römerberggesprächen über "Politische Kultur - heute?" vortragen. Als es dazu nicht kam, verbreitete er sie in der "FAZ" (vom 6. Juni 1986).

Nolte rügt, daß so mancher, der über den Nationalsozialismus redet und schreibt, nicht wisse oder nicht wahrhaben wolle, daß das, was die Nazis taten, andere schon vorher getan hätten - "mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung".

Nachdrücklich betont der Historiker, daß darüber - über "Massendeportationen und Massenerschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien" - vor Hitler und Himmler reichlich nachzulesen ist.

Seine Absicht ist unverkennbar: Das Unvergleichbare soll vergleichbar scheinen - damit die Vergangenheit (sich) verzieht. Aufrechnung nennt man das, nachkriegsdeutsch: der stalinistische Archipel Gulag gegen das nationalsozialistische Auschwitz beispielsweise. Noltes, wie er meint, "zulässige, ja unvermeidbare" Frage lautet: "War nicht der "Archipel Gulag" ursprünglicher als Auschwitz"; "rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte"?

Wie Nolte darauf antwortet, ahnt jedermann. Er treibt die aberwitzige Analogie bis zur perfiden Apologie: "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat

vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten?" Auschwitz aus Angst vor Gulag.

An anderer Stelle, in seinem Aufsatz "Zwischen Mythos und Revisionismus", schreibt Nolte lässig von der "sogenannten Vernichtung der Juden während des Dritten Reiches". Sie sei, beschwichtigt der Historiker, der augenscheinlich in revisionistisches Fahrwasser geraten ist, eine "Reaktion oder eine verzerrte Kopie, aber nicht ein erstmaliger Vorgang oder ein Original".

Der ebenfalls tonangebende Kollege Klaus Hildebrand, Bonn, lobt den Autor, der es verstanden habe, das "scheinbar Einzigartige" "historisierend einzuordnen", den "totalitären Tatbestand in dem aufeinander bezogenen Zusammenhang russischer und deutscher Geschichte zu begreifen", also zu relativieren. Die Laudatio erschien in der "Historischen Zeitschrift", dem Renommierorgan der Zunft.

Völkermord, Massenaushebung, Folter et cetera sind durchaus geschichtsnotorisch, in der fernen und nahen Vergangenheit, wer wüßte das nicht. Aber die barbarischen, programmatisch geplanten, administrativ und industriell vollstreckten Ausrottungsexzesse einer hochzivilisierten Kulturnation sind gleichwohl einzigartig. Aber daran muß man sich nicht klammern. Denn wären die NS-Exzesse wirklich nur scheinbar einzigartig, die Geschichte des Dritten Reiches müßte auch dann nicht umgeschrieben werden.

Um relativierende Zusammenschau geht es auch dem Dritten im Bunde. Andreas Hillgruber, Köln, der bisher mit nüchternen Analysen über Hitlers Politik und Kriegsführung aufgewartet hat; was dabei herauskommt, ist patriotische Klitterei.

In seinem schmalen Bändchen "Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums" bewältigt auch er unvergängliche Vergangenheit "im Zusammenhang russischer und deutscher Geschichte".

Die "Racheorgien der Roten Armee", die "Massenvergewaltigungen", die "willkürlichen Morde" der Sowjets sollen die großdeutschen Untaten in milderes Licht tauchen.

Auf (den) Holocaust kommt Hillgruber in seiner Studie nur am Rande zu sprechen, ausdrücklich überhaupt nicht. Ihm widmet er einen mehr referierenden 22-Seiten-Exkurs, ein Anhang, der wohl sein mußte. Vielleicht soll "zweierlei Untergang" aber auch zweierlei Geschichte besagen.

"Der in der Rhetorik von Kriegsheftchen beschworenen "Zerschlagung des Deutschen Reiches", merkte Philosophie-Professor Jürgen Habermas dazu an, "steht das nüchtern registrierte Ende des europäischen Judentums gegenüber." Die "Zerschlagung" verlangt einen aggressiven Gegner, ein "Ende" stellt sich gleichsam von selber ein.

Neu ist Hillgrubers Behauptung, Hitler habe es mit der Endlösung gar nicht so leicht gehabt, denn: "Mit diesem radikalen Ernstnehmen hob sich Hitler ... auch von den Vorstellungen der NS-Führungselite" ab; "Göring, Himmler und Heydrich" eingeschlossen.

Wenigstens wundert sich Hillgruber auf konventionelle Weise, wie dann alles wie geschmiert über die KZ-Rampen gehen konnte. Insbesondere der "hohe Anteil von Akademikern" unter den NS-Tätern - einschließlich des "humanistisch gebildeten, hochqualifizierten Arztes Dr. phil. Dr. med. Josef Mengele" (Hillgruber) - macht ihm, standesgemäß, zu schaffen. Die dahintersteckende Erkenntnis, daß gerade die Eliten vorneweg und scharenweise zu Hitler überliefen, hält er zurück.

Hillgrubers Herzenssache ist das "Geschehen, das das Deutsche Reich und damit die europäische Mitte an ihr Ende bringen sollte", martialisch, die "Winterkatastrophe 1944/45", das "Überrollen des deutschen Ostens", die "Überflutung der Heimat durch die Rote Armee". Die "Komplexität" dieses Geschehens, das er selber auf den Zusammenbruch der Ostfront verkürzt, sei auf "unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik und ihrer rassenideologischen

Grundlagen interpretiert". Als stimmte das nicht.

In der Zusammenschau vermißt Hillgruber die "davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte", insbesondere Hinweise auf deren Teilungs- und Vertreibungspläne, doch die sind von der Geschichtsschreibung keineswegs übergangen worden. Hermann Graml vom Institut für Zeitgeschichte beispielsweise führt in seinem Buch über "Die Alliierten und die Teilung Deutschlands", erschienen 1985, zu diesem Thema über 100 einschlägige Titel an. Unverzichtbar ist Hillgruber auch der Hinweis, daß die alliierten Kriegsziele feststanden, lange bevor die Grausamkeiten in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern bekanntgeworden seien.

Er verschweigt, daß die zunächst vagen Kriegsziele der Alliierten keinerlei Einfluß auf Hitlers Eroberungskrieg, auf die Kriegs- und NS-Verbrechen gehabt haben; äußerstenfalls hat die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation die Durchhaltegenerale noch angestachelt. Er will auch nicht wahrhaben, daß es aus alliierter Sicht genügend einleuchtende Gründe gegeben hat, das Dritte Reich zu zerschlagen.

Sinnstiftend (eine neokonservative Historikervokabel) verklärt der Kölner Geschichtslehrer den "verzweifelten Abwehrkampf um die Bewahrung der Eigenständigkeit der Großmachtstellung des Deutschen Reiches, das nach dem Willen der Alliierten zertrümmert werden sollte", zu patriotischer Notwehr. Er bewundert das "schützende militärische Bollwerk" im deutschen Osten, würdigt die "verantwortungsethische Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister", auch jene "Hoheitsträger der NSDAP", die sich in der Not "bewährten", und die belgischen, holländischen, skandinavischen SS-Kontingente, in deren Fronteinsatz sich angeblich die "europäische Konzeption der SS" spiegelte.

Identifizierung hält Hillgruber überhaupt für ein "Schlüsselproblem, dem der Historiker nicht mit allgemeinen Hinweisen auf das Objektivitätsideal ausweichen" dürfe. Warum, sagt er nicht, und das ist, wenn von einem freien Wissenschaftsbetrieb auszugehen ist, auch nicht ohne weiteres ersichtlich.

Womit, mit wem identifiziert sich Hillgruber, der ja den Auftrag des Historikers zurückweist, möglichst die Dinge über den Dingen stehend zu bewerten? Das macht er zunächst, bevor er sich tapfer bekennt, an Positionen deutlich, die er nicht teilt - etwa an Norbert Blüms provozierender Überlegung, die der CDU-Politiker in der Kontroverse um den einstigen NS-Kriegsrichter und damaligen Ministerpräsidenten Hans Filbinger ("Was damals Rechtens war, das kann heute nicht Unrecht sein") angestellt hatte. "Ob einer", schrieb Blüm 1978 im SPIEGEL, "im KZ Hitler gedient hat oder an der Front, macht in meinen Augen nur einen graduellen Unterschied aus. Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt."

Diese These, so Hillgruber, lasse nur die "Schlußfolgerung zu, daß es wünschenswert gewesen wäre, die Fronten ... möglichst einstürzen zu lassen". Schlußfolgerung aus der Schlußfolgerung: Das ginge Hillgruber zu weit.

Auch mit der Widerstandsgruppe um Stauffenberg mag er sich nicht identifizieren: "Jetzt, im Angesicht der Katastrophe... sollte geputzt werden?" Bloß nicht. Da hätte es ein "heilloses Durcheinander in der deutschen Führung" gegeben, und dieses "Debakel" hätten die Sowjets nur "zu noch schnellerer Kriegsentscheidung" genutzt.

Warum nicht lieber heute als morgen Schluß, wo doch, wie Hillgruber selbst zugibt, schon alles verloren war? Dem Patrioten Hillgruber "bleibt nur eine Position" - er muß sich "mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich identifizieren, die die Bevölkerung des deutschen Ostens vor den Racheorgien der Roten Armee zu bewahren suchten. So komplex ist das Geschehen.

Habermas nennt Hillgrubers Buch einen "Skandal". In der "Zeit" notierte er scharfsinnig die "Selbstbeobachtung eines Patienten, der sich einer revisionistischen Operation seines Ge-

schichtsbewußtseins unterzieht", was eine scharfzüngige Replik aus dem Lager der Revisionisten auslöste.

Hildebrand, der sich schon Noltes "wegweisende" Thesen von der Vergleichbarkeit des Unvergleichbaren zu eigen gemacht hatte, nannte Habermas' "Selbstbeobachtung" ein "trübes Gebräu aus Politik und Wissenschaft", aus Vorurteilen und Tatsachen". Gereizt verwahrt er sich dagegen, "mit den Füßen im Zement irgendeines Geschichtsbildes" zu stehen, sich "Frageverbote auferlegen" zu sollen, "die es untersagen, nach Parallelen zwischen der Vernichtungsqualität des Kommunismus und des Nationalsozialismus zu fragen beziehungsweise den Vorbildern und Spuren des "Judenmordes" in der Geschichte nachzugehen".

Gut geheuchelt. Denn niemand verhängt oder akzeptiert "Frageverbote", einschlägige Fragen sind längst gestellt, niemand wehrt sich gegen historische Parallelen. Anstoß und den Verdacht, hier werde geklittert, erregen Fragen und Parallelen zu dem Zweck, die Vergangenheit auf patriotische Weise zu bewältigen, Auschwitz mit Gulag zu erklären oder sogar zu begründen, unter den störenden Schuldgefühlen endlich einen Schlußstrich zu ziehen.

Hildebrand ist einer der Gutachter für das von Helmut Kohl geforderte Bonner "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland", das nach dem Willen des Kanzlers den Westdeutschen richtiges Geschichtsbewußtsein und nationale Identität vermitteln soll, Hillgruber einer der Berater. Sind ihre Konstrukte Vorboten oder schon Ausläufer konservativer Tendenzweise?

Sinnverwandtschaft besteht jedenfalls mit dem konservativen Vordenker Michael Stürmer, der gelegentlich auch Reden verfaßt, die der Kanzler bei feierlichen Anlässen verliest. Der Erlanger Historiker befindet sich "auf der Suche nach der verlorenen Geschichte". Zu einem bestimmten Zweck.

"Sinnstiftung" lautet der wissenschaftsfremde Auftrag, den er sich und seiner Zunft verschreibt. "Höhere Sinnstiftung" sogar, die, wie er meint, "nach der Religion bisher allein Nation und Patriotismus zu leisten imstande waren".

"Sinnstiftung" wozu ist klar: "In der Wirklichkeit des geteilten Deutschlands müssen die Deutschen ihre nationale Identität finden." Wie nachgeholfen werden soll, deuten Stürmer Hildebrand, Hillgruber und Nolte an - "historisierend".

Die vermaledeite Vergangenheit, die "nicht vergehen" und ein heiles Geschichtsbewußtsein nicht aufkommen lassen will, wird relativiert. Warum Sinnstiftung staatstragend ist, hat Stürmer unverblümt gesagt:

"Die Zukunft wird nur der gewinnen, der die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet."<<

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) erinnerte am 10. September 1986 während seiner Abschiedsrede als Bundestagsabgeordneter an die NS-Diktatur und den Zweiten Weltkrieg (x075/121): >>Als der Krieg zu Ende war, ist es mir gegangen wie Millionen deutschen Soldaten auch. Wir haben mit großer Erleichterung gesagt: Gott sei Dank, es ist vorbei!

Im Kriege hatten wir Millionen ... Soldaten uns zuallermeist in einem schizophrenen Zustand befunden. Tagsüber haben wir gekämpft, teils weil wir das für unsere Pflicht hielten, teils um unser eigenes Leben zu bewahren, teils um nicht in Kriegsgefangenschaft zu fallen; aber des Nachts wünschten wir uns sehnlich das Ende des Krieges und der Nazidiktatur herbei - schizophren!

Wir waren ja damals jung, ganz jung ... Ich habe erst im Kriegsgefangenenlager in Belgien den Beginn einer geistigen Freiheit erlebt, die ich bis dahin nicht gekannt hatte. Ich war seit 1937 Wehrpflichtsoldat gewesen. Aber als die erste deutsche Demokratie 1933 völlig zer schlagen war, war ich gerade 14 Jahre alt geworden.

Woher sollte diese Generation später erfahren, was eine Demokratie sein kann? Ein sehr viel älterer kriegsgefangener Soldat, Hans Bohnenkamp hieß er, ein religiöser Sozialist, dazu ein Pädagoge von großer persönlicher Ausstrahlung, hat im Kriegsgefangenenlager meine Erziehung zum bewußten Demokraten und Sozialdemokraten eingeleitet. ...<<

In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertrat die Bundesregierung am 31. Oktober 1986 nach wie vor den Standpunkt, daß es um zurückgestellte Reparationsforderungen nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 geht (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später im Jahre 1986 in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die verdeckte Errichtung einer totalitären Weltdiktatur (x364/242-243): >>**XIV. Generalplan für eine Weltdiktatur**

"Was ist Wahrheit?" fragte ein hoher Beamter des römischen Reichs vor rund zweitausend Jahren. Eine Frage, die noch heute die meisten Menschen von sich abschütteln, sobald sie mit ihr in Berührung kommen. Unser Geist ist mit einem unerhört komplexen Computer zu vergleichen. Tag für Tag durchzucken ihn Millionen von Informationen, die über die fünf Sinne in ihn hineingelangt sind. Auf der Basis dieser Datenlawine und unserer Auswertung dieser Daten treffen wir täglich Millionen von Entscheidungen. So automatisch ist der Ablauf, daß wir uns der jeweils getroffenen Entscheidung nur selten bewußt sind.

Leider läßt sich die große Mehrheit der Menschen durchs Leben treiben, während sie diese automatischen oder halbautomatischen Entscheidungen trifft, die nur allzuoft auf Fehlinformationen, Halbwahrheiten und mitunter sogar auf unverblümten Lügen beruhen. Das ist ein unbewußter Prozeß. Oft erkennen wir die Gefahr erst, wenn es zu spät ist.

Wie steht es mit neuen oder uns nicht vertrauten Informationen? Wie werden wir mit Daten fertig, die unserem geistigen Computer unmittelbar "erleuchten"? In den meisten Fällen tritt ein hochentwickelter, extrem empfindlicher Abwehrmechanismus in Aktion und überflutet uns mit beliebig vielen scheinbar logischen "Gründen", die erklären, warum es am besten ist, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und die neue Wahrheit baldmöglichst fallen zu lassen.

Churchill drückte das einmal so aus: "An irgendeinem Zeitpunkt ihres Lebens stolpern die meisten Menschen einmal über die Wahrheit. Der größte Teil von ihnen springt auf, klopft den Staub von den Kleidern und eilt seinen Geschäften nach, als sei nichts geschehen."

Wie handeln Sie in einer solchen Situation? Wenn Sie wirklich darüber nachdenken, werden Sie zugeben, daß Churchills Beobachtung wahr ist und in irgendeiner Form auch auf Sie zutrifft. Den meisten Menschen erscheint die Welt als heilloses Durcheinander sich widersprechender, verworrener Ideologien.

Und doch existiert ein Generalplan, nachdem seit Beginn des 20. Jahrhunderts die systematische Zerstörung der Zivilisation, aller Regierungen und Religionen und die ersten Schritte für die Errichtung einer totalitären Weltdiktatur abgelaufen sind. Er ist bekannt und wurde mehrmals veröffentlicht. Dieser Generalplan für unser Jahrhundert basiert auf dem berühmten Bericht über die Aktivitäten und Pläne der Illuminaten in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts.

Die Führer der Illuminaten sind eine kleine, aber mächtige Gruppe, die sich aus internationalen Bankiers, Industriellen, Wissenschaftlern, militärischen und politischen Führungskräften, Erziehern, Wirtschaftlern zusammensetzt. Sie alle haben die satanische Doktrin Adam Weishaupts und Albert Pikes akzeptiert. Sie verehren Satan, wie das von Albert Pike in seinem Buch "Morals and Dogma" gefordert wird. Sie anerkennen die Autorität keines Sterblichen außer ihres Führers. Sie dienen keiner Nation. Sie führen ihre Verschwörung fort, um schließlich die absolute Kontrolle über diese Welt und alles in ihr zu gewinnen.

Sie benutzen alle subversiven Bewegungen, um die Massen der Menschen in opponierende Gruppen in politischen, sozialen, rassischen, wirtschaftlichen und religiösen Fragen zu zersplittern. Sie bewaffnen diese Gruppen und ermuntern sie, einander zu bekämpfen. Sie hoffen, die Menschheit auf diesem selbstzerstörerischen Weg weiter zu führen, bis alle bestehenden politischen und religiösen Institutionen abgeschafft sind. Wenn das erreicht ist, soll ihr Despot Herrscher der ganzen Welt werden. Der Beweis für diese Behauptung ist in einem Dokument enthalten, das man das "neue Testament Satans" nennen kann.

Trotz aller Argumente über die Herkunft und den Ursprung des Testaments, ist es zweifellos und unwiderlegbar "der Plan", das "Komplott" oder der "Langzeitgeneralplan", mit dem diese verhältnismäßig kleine Gruppe immens wohlhabender, teuflisch geschickter und äußerst einflußreicher Männer die Führung in allen Bereichen der Gesellschaft stürzen und pervertieren will, um ihr Ziel zu erreichen. Sie versprechen Wohlstand, Luxus, "Selbstwertschätzung" und sinnliche Freude, um die Führer in die Falle zu locken, aus der es kein Entrinnen mehr gibt.

Die Männer, die in dem neuen Testament Satans die teuflische Verschwörung aushecken, waren keine Atheisten. Sie sind Mitglieder der Illuminaten, Jünger des ursprünglichen "Lichtträgers" Satan, des Teufels. Sie verehren Satan. ...<<

Elie Wiesel erinnerte bei der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1986 in Oslo daran, daß man aktiv für die Menschenrechte eintreten muß (x075/269): >>Ich habe gegen das Vergessen und die Lüge gekämpft: Denn wenn wir vergessen, dann sind wir Komplizen. ... Ich habe geschworen, niemals zu schweigen, wenn Menschen verfolgt und erniedrigt werden. ... Wir dachten es würde genügen, von der Flutwelle des Hasses zu erzählen, die über das jüdische Volk hereingebrochen war, und die Menschen überall würden entscheiden, daß ein für allemal ein Ende sei mit dem Haß – ein Ende mit dem Haß gegen die Juden, gegen die Araber, gegen die Asiaten, gegen die Immigranten, gegen die Fremden, gegen die andern, mit dem Haß gegen den andern. ...<<

Der deutsche Völkerrechtler und Jurist Otto Kimminich (1932-1997) schrieb im Jahre 1986 über die öffentliche Ddiffamierung der Sudetendeutschen (x024/326-327): >>Die Wahrheit des Mottos "Gerechtigkeit schafft Frieden" kann sich nur entgegenstellen, wer das Völkerrecht überhaupt leugnet oder sich ihm widersetzt. Die Sudetendeutschen haben weder das eine noch das andere jemals getan.

Ihr Bekenntnis zu dem im geltenden Völkerrecht enthaltenen Gewaltverbot ist anlässlich des 35. Jahrestages der Stuttgarter Charta der Heimatvertriebenen rühmend hervorgehoben worden. Es wäre absurd, daraus einen Rechtsverzicht ableiten zu wollen.

Die Hoffnung auf einen dauerhaften Weltfrieden beruht doch gerade darauf, daß das Völkerrecht die friedliche, gewaltlose Lösung von Rechtsproblemen ermöglicht. Wer das bezweifelt, negiert Recht und Frieden in einem Atemzug.

Wenn diejenigen, die Unrecht getan haben, Angst vor jeder Berufung auf das Recht haben, so ist das durchaus verständlich. Ob ihnen die Angst durch den beharrliche Hinweis auf die mit der Friedensfunktion des Rechtes verbundene Bereitschaft zum Ausgleich und zur Verständigung genommen werden kann, muß immer wieder geprüft werden.

Unverständlich aber ist es, wenn das Vertrauen auf die friedensschaffende Kraft der Gerechtigkeit als hinterhältig, rückwärtsgewandt oder gar revanchistisch gebrandmarkt wird. Es gehört viel Seelenstärke dazu, solche Verteufelungen zu ertragen. ...<<

Aufgrund der von den Ausgleichsämtern erteilten Bescheide wurden bis Ende 1986 folgende Entschädigungsleistungen an die reichs- und volksdeutschen Vertriebenen gezahlt (x088/23):

Entschädigungsleistungen des Lastenausgleichsfonds bis Ende 1986	DM (Mio.)
Hauptentschädigung	23.055
Hausratentschädigung	5.392
Auf DM umgestellte Sparguthaben	1.114
Entschädigungsleistungen für Vermögensverluste	29.561
Kriegsschadenrente an Erwerbsunfähige	36.523
Ausbildungsbeihilfe an vertriebene Kinder	802
Entschädigungsleistungen für soziale Ausgleichszwecke	37.325
Gesamtsumme der Entschädigungsleistungen	66.886

Für die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen zahlten der Bund und die Länder bis Ende 1986 außerdem 35.500 Millionen DM (x088/25).

Dr. Schäfer (ehemaliger Präsident des Bundesausgleichsamtes) erläuterte die rechtliche Definition und wirtschaftliche Beschreibung der "Entschädigung für Vertreibungsschäden wie folgt (x088/22-23): >>Die Entschädigungsleistungen im Lastenausgleich dienen der Abgeltung der Vermögensschäden einschließlich der Hausratschäden. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich weder Enteignungsentschädigung im Sinne von Artikel 14 GG noch Verkehrsent-schädigung.

Andererseits sind sie auch nicht etwa reine Eingliederungsleistungen, gehobene Sozialleistungen oder gar Nutzungsentschädigung.

Sie sind vom Bundesgesetzgeber ohne rechtliche Verbindungen und damit ohne rechtliche Verpflichtung frei gestaltete "angemessene" Entschädigungen von Substanzwerten (Wirtschaftsgütern) und damit echte Vermögensentschädigung. ...

Aufgrund der Vorgeschichte und besonderen Rechtsnatur der Entschädigung im Lastenausgleich, die auch durch die weitere Entwicklung im Bereich der internationalen Verträge nicht durch Bindungen verändert wurde, konnte sie der Bundesgesetzgeber unter den ausdrücklichen Vorbehalt der Präambel zum Lastenausgleich stellen und es bis heute dabei belassen, daß die Gewährung und Annahme der Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens (oder auf Ersatzleistung) bedeutet. ...<<

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt wurden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprachen.

Im Jahre 1986 berichtete man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x073/214,218, x149/108): >>Die Siegermächte vereinbarten ferner (im Verlauf der Potsdamer Konferenz), daß die deutsche Bevölkerung, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben war, nach Deutschland übersiedeln sollte.

Man war sich einig, daß "diese Überführung" auf eine geregelte und menschliche Weise erfolgen sollte.

Die Vertreibung der Deutschen war jedoch bereits während der Potsdamer Konferenz im Gange. Viele waren schon vor "den Russen" geflohen. Manche Flüchtlingstrecks, besonders solche aus Ost- und Westpreußen, waren von sowjetischen Panzern überrollt worden. Die "Umsiedlung" war oft von schrecklichen Ereignissen begleitet. Es gab Morde und Vergewaltigungen und andere Verbrechen. Hunderttausende wurden von den Sowjets in die UdSSR verschleppt. Was Deutsche unter nationalsozialistischer Führung anderen Völkern zugefügt hatten, erlitten bei Kriegsende und nach der Kapitulation viele Deutsche, die im Machtbereich

der vorher unterdrückten Völker lebten.

... Insgesamt sind über 14 Millionen Menschen aus deutschen Provinzen oder deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa geflohen oder vertrieben worden; über 2 Millionen sind dabei umgekommen. ...<<

>>In einer deutsch-polnischen Schulbuchempfehlung über die Vertreibung der Deutschen heißt es: Der größte Teil der in den Oder-Neiße-Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung wurde in den Jahren 1945 bis 1947 ausgewiesen bzw. im Rahmen des interalliierten Transferabkommens zwangsumgesiedelt. ...

In den von der deutschen Bevölkerung geräumten Gebieten wurde systematisch eine inzwischen dort ansässig gewordene polnische Bevölkerung angesiedelt. ...<<

>>... Am Ende des Krieges und über das Kriegsende hinaus schlugen Gewalt und Verbrechen auf die deutsche Bevölkerung zurück. Im Osten übten die jahrelang gepeinigten und ausgebeuteten Völker Rache an den Deutschen.

Nachdem Millionen von Deutschen unter großen Verlusten durch Evakuierung und vor allem durch Flucht vor der Roten Armee ihre Heimat verloren hatten, begann im Osten - auf Beschluß und mit Billigung der alliierten Regierungen - die Vertreibung der deutschen Bevölkerung.<<

1987

Der deutsche Historiker Michael Wolffsohn schrieb am 8. Januar 1987 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die unterschiedlichen Formen und Anwendungen des Rassismus (x268/82,88-89): >>... Der Antigermanismus (stellt) letztlich, ebenso wie der Antisemitismus, eine politische Abart der Biologie (dar). Dieser politische Biologismus ordnet Menschen aufgrund ihrer geburtsbedingten nationalen und religiösen Herkunft, nicht aufgrund ihrer Eigenschaften oder Verhaltensweisen, den Mächten des Lichts oder den Mächten des Dunkels zu – ein für allemal. Er ist damit radikal gegen die Traditionen der Aufklärung gerichtet, die für den Einzelmenschen die Fesseln der Geburt sprengen wollte. ...<<

>>... Das Instrument des Antigermanismus ist ebenso wirksam wie das des Antijudaismus, der sich ebenfalls von seinem Objekt verselbständigt hat. Der Antijudaismus hat mit dem realen Juden, wenn überhaupt, nur sehr wenig gemein. Der Antigermanismus zeichnet, verzeichnet und überzeichnet das heutige Deutschland, ebenso wie einst der Jude nur als Fratze dargestellt wurde. Seit Jahrtausenden leben die Juden mit dem Antijudaismus, die Deutschen werden sich wohl oder übel, an die Allgegenwart des Antigermanismus gewöhnen müssen. ...<<

Während der 11. Bundestagswahl erhielten die Parteien am 25. Januar 1987 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,3 %, SPD = 37,0 %, FDP = 9,1 %, Die Grünen = 8,3 %, Sonstige = 1,3 %.<<

Das Bundesgesundheitsministerium forderte im Januar 1987 in zahlreichen Zeitungsanzeigen zum Kampf gegen die AIDS-Ausbreitung auf.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtete später über die Bekämpfung der AIDS-Ausbreitung und über eine Erklärung des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz, dem die 22 Diözesanbischöfe der Bundesrepublik angehörten (x853/...): >>... Im Januar 1987 setzt die Bundesministerin für Familie, Gesundheit und Soziales, Rita Süßmuth, eine großangelegte Werbung für Kondome zur Bekämpfung der AIDS-Ausbreitung in Gang. Durch Zeitungsanzeigen des Bundesgesundheitsministeriums läßt sie wissen:

"Vertrauen ist gut, Kondome sind besser. An AIDS zu sterben, ist entsetzlich - Kondome sind unersetzlich. Kondome schützen."

Frau Süßmuth rechtfertigt die Kondomwerbung zunächst damit, daß sie allein für Menschen mit promiskuitivem (freizügigem) Sexualleben gedacht sei, denen man mit Moral nicht kommen könne, doch einige Tage später überlegt sie bereits, Kondome auch zwölf- bis sechzehn-

jährigen Kindern in der Schule "verfügbar zu machen". ...<<

>>... Wir können jedoch die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit gestartete AIDS-Anzeigenaktion nicht unwidersprochen hinnehmen.

Dort wird zur Verhütung der AIDS-Ansteckung vorgeschlagen, beim Intimverkehr mit unbekanntem oder wechselnden Partnern Kondome zu benutzen. Auf diese Weise läßt sich die AIDS-Gefahr nicht bannen. Das Problem liegt tiefer. ... Eheliche Treue und auch sexuelle Enthaltsamkeit sind die geeigneten und menschenwürdigen Wege, um die Ausbreitung dieser Krankheit zu vermeiden. ...<<

Markus Wolf (1923-2006), seit mehr als 30 Jahren Geheimdienstchef der DDR, erklärte am 5. Februar 1987, daß er im November 1987 aus dem Staatssicherheitsdienst ausscheiden würde. Wolf gab sich später in seinem Buch "Troika" als Befürworter der Reformpolitik Gorbatschows zu erkennen. Sein Ex-Chef Erich Mielke ließ ihn deshalb überwachen.

Kardinal Joseph Höffner (1906-1987, katholischer Theologe, seit 1976 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz) gab am 23. Februar 1987 die Broschüre "AIDS - vier Aussagen des Erzbischofs von Köln, Kardinal Joseph Höffner -" heraus.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtete später über diese Broschüre des Kardinals Joseph Höffner (x853/...): >>... (Der Kardinal sagt:)

"Als die deutschen Bischöfe am 26.1.1987 darauf hinwiesen, daß der Geschlechtsverkehr mit unbekanntem oder wechselnden Partnern menschenunwürdig ist und daß 'eheliche Treue und sexuelle Enthaltsamkeit' die richtigen Wege sind, sich vor der AIDS-Krankheit zu bewahren, erhob sich in den Massenmedien ein lautes Geschrei:

... 'Die Bischöfe maßen sich an, die überholte katholische Sexualmoral für alle verbindlich zu machen.' Ich entgegne, daß es eine sittliche Ordnung im Bereich des Geschlechtlichen gibt, die zum 'Richtigsein des Menschen', nicht nur des Christen gehört.

Es ist die Pflicht des Staates, der Ausbreitung der AIDS-Krankheit - in Anerkennung der sittlichen Ordnung - entgegenzuwirken."

"Man hat gesagt, man wolle durch Anzeigen und Plakate Verhaltensänderungen erreichen, wobei darunter der Gebrauch von Kondomen verstanden wird. Wenn Jesus sagt: Ändert euer Verhalten, "kehrt um" (Markus 1, 15), meint er etwas wesentlich anderes: die Änderung der Gesinnung, die Abkehr vom sündigen Verhalten und die Heimkehr zu Gott. Auf Grund dieser Erwägungen hat die Deutsche Bischofskonferenz die Kondom-Werbung nicht unwidersprochen hingenommen:

'Auf diese Weise läßt sich die AIDS-Gefahr nicht bannen.'

"Kondome bedeuten: Mach weiter wie bisher, aber schütze dich vor Ansteckung. Das ist menschenunwürdig." ...<<

Nach seiner Wiederwahl bildete Bundeskanzler Helmut Kohl am 11. März 1987 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

In der DDR wurde am 17. Juni 1987 die Todesstrafe abgeschafft. Nach westdeutschen Beobachtungen wurden in der DDR allein von 1949 bis 1960 etwa 160 Todesurteile verhängt. Davon wurden 103 Verurteilte wegen politischer Staatsverbrechen hingerichtet (x009/442).

Klaus Barbie (1913-1991, Gestapo-Chef von Lyon) wurde am 4. Juli 1987 wegen seiner vielfältigen NS-Verbrechen zu lebenslanger Haft verurteilt.

Der letzte Häftling im Kriegsverbrechergefängnis Spandau, der 93jährige Rudolf Heß (ehemaliger Stellvertreter Hitlers), erhängte sich angeblich am 17. August 1987 in seiner Zelle.

Erich Honecker (Staats- und Parteichef der DDR) stattete der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis zum 11. September 1987 einen offiziellen Staatsbesuch ab.

Erich Honecker betonte damals während seiner Rede in Bonn (x092/1136): >>Die Entwicklung unserer Beziehungen ... ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet und sie bedeu-

ten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser ...

Wenn wir gemeinsam hinwirken, ... dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vereint.<<

Die "Deutsche Tagespost" berichtete am 12. November 1987 über ein Gespräch mit Bischof Lehmann zum Schutz vor AIDS: >>... Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz ging in dem Gespräch auch nochmals auf die Reaktion der katholischen Kirche in Deutschland auf die Kondom-Anzeigen des Bundesgesundheitsministeriums zur Immunschwächekrankheit AIDS ein.

'Wir haben am Anfang einen Paukenschlag tun müssen', sagte Lehmann. Die Bischöfe hätten damals den Eindruck gewinnen müssen, als wolle es der Staat bei einem Appell zu 'technischen Vorsichtsmaßnahmen' belassen und von der ethischen Dimension bei der Aufklärung über AIDS ganz absehen. In der Zwischenzeit, so meinte der Bischof gebe es aber Anzeigen von Gesundheitsämtern mit dem Tenor:

Treue schützt am besten.

Das hätte man von seiten der Bischofskonferenz gewollt. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" (Anfang 1979) hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.

Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.

Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden.

Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan (Jerewan), der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.

Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum (gegenüber dem Victoria und Albert Museum) ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...

Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...

Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsoffer dagegen wurde im kommuni-

stischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...

Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.

Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.

Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinitismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsopfer. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Zeitgeist ... bringt gute und schlechte Blüten hervor. Der Zeitgeist in Deutschland hieß jahrzehntelang: "Bekenne Dich zu allen möglichen Verbrechen, tue Buße, trauere um fremde Opfer, trauere nicht um die eigenen Opfer."

Nun fängt man allmählich an, um die Opfer des Bombenkrieges in Deutschland und um die Opfer der Vertreibung zu trauern. Doch zögernd. Und manchmal protestieren die sogenannten Intellektuellen, weil dies die konstruierte Täter/Opfer-Schablone in Frage stellt. Dürfen die Deutschen überhaupt Opfer sein? Sollen Sie nicht weiterhin – und zwar nur und allein – als böse Täter verstanden werden?

Eine verblüffend unmenschliche Frage, die auf eine verblüffende intellektuelle Unredlichkeit zurückgeht. Aber das ist halt die surrealistische Welt, in der wir leben, wo Kriege angeblich für die Demokratie führt werden, und in Guantánamo gefoltert wird, weil die Talibane "böse Leute" sind, wie uns Präsident Bush unlängst sagte.

Als Amerikaner beobachte ich die politischen und intellektuellen Trends in Deutschland, sowie auch in Amerika. Ich begrüße die Veröffentlichung der Bücher von Jörg Friedrich über den Bombenkrieg, die einsichtigen Kommentare von Professor Arnulf Baring in der FAZ, die jüngste Beschäftigung des Fernsehens mit der Tragödie der Vertreibung. ...

Ich begrüße die Initiative eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin sowie den intelligenten Einsatz von Erika Steinbach und von Professor Dr. Peter Glotz. Selber als Mitglied des Beirats des Zentrums lege ich besonderen Wert darauf klarzustellen, daß es dem Zentrum darum geht, die Tragödie aller Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts zu dokumentieren, um sie besser zu verstehen. Es geht darum, künftige Vertreibungen überall in der Welt vermeiden zu helfen, sowie darum, den Opfern von Vertreibungen eine gewisse moralische Anerkennung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Es geht um die Würde der Opfer, denn es darf keine politisch korrekten und inkorrekten Opfer geben, sondern wir müssen darauf bestehen, daß alle Opfer vom Krieg und Gewaltherrschaft als unsere Brüder anerkannt werden, als Menschen, die gelitten haben und noch leiden.

Als amerikanischer Beobachter der deutsch-polnischen Debatte finde ich, daß - während die Deutschen sich ihrer Geschichte gestellt und als Konsequenz moralische und erhebliche materielle Wiedergutmachung geleistet haben - die große Mehrheit der polnischen Historiker, Politiker und Bürger dies nicht getan hat oder gerade erst damit anfängt. Das Niveau vieler polnischer Diskussionsbeiträge bewegt sich leider heute noch auf dem Niveau kommunistischer Beschimpfungen der sechziger Jahre.

Das Zentrum gegen Vertreibungen bietet ein Forum für Begegnung, aufrichtige Diskussion und Verständigung. Ich bin überzeugt, daß früher oder später dieses Angebot angenommen werden wird. ...<<

Die Wartezeiten für einen "Trabi" betragen am 31. Dezember 1987 etwa 12,5 Jahre, während man in der DDR auf den "Wartburg" oder "Lada" sogar 16,5 bzw. 17 Jahre warten mußte.

Otto Uhlitz (Staatsrechtler und ehemaliger enger Mitarbeiter Willy Brandts) kritisierte im Jahre 1987 die deutsche Ausländerpolitik (x268/193): >>Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland abschaffen will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.

Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können. ...<<

1988

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 21. Januar 1988: >>**Wiedergutmachung unterschlagen**

Werner Nachmann (62), Präsident des Zentralrats der Juden, stirbt. Nach seinem Tod stellt sich heraus: Er hat 29,4 Millionen Mark unterschlagen, um seine Firmen zu stützen. Es handelte sich um Zinsen für Wiedergutmachungen, die die Bundesrepublik Deutschland über den Zentralrat an jüdische NS-Opfer gezahlt hat.<<

Die UdSSR ordnete am 25. Februar 1988 den vorzeitigen Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus der DDR und der Tschechoslowakei an.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtete im April 1988 (x853/...): >>**Boffs Bild von Rußland**

Großes Aufsehen haben die Erklärungen des Befreiungstheologen und Franziskanermönchs Leonardo Boff nach einer Blitzreise durch die Sowjetunion in aller Welt erregt.

Wir bringen nachstehend zwei Texte, einen deutschen und einen brasilianischen.

I.

In der "Welt" vom 13.08.87 lesen wir unter der Überschrift "Boff bejubelt die UdSSR" einen Kommentar von Enno von Loewenstern:

"Die 'Befreiungstheologen' begegnen Zweiflern mit der Beteuerung, sie seien weder Kommunisten noch nützliche Idioten der Weltrevolution, sondern sie meinten das mit der Befreiung ehrlich. Wer Näheres dazu wissen will, lasse sich die Erkenntnisse des Oberbefreiungstheologen Leonardo Boff auf der Zunge zergehen. Dieser fromme Franziskaner, an einem wohldotierten Lehrstuhl in Petropolis (Brasilien) tätig, hat soeben nach einer Spritztour durch die UdSSR für Recht erkannt, dort gebe es 'bessere Voraussetzungen für ein wahrhaft christliches Leben' als im Westen.

Denn die Sowjetgesellschaft sei 'für die Kirchen gesund und sauber', die Kirchen seien ständig offen und mit Gläubigen gefüllt, der Sozialismus biete 'den authentischen Christen sogar bessere Bedingungen', denn er basiere 'nicht auf Ausbeutung, Individualismus und Konsumbesessenheit, sondern auf Arbeit und gerechter Verteilung der Gewinne'.

Er redet über den Staat, der eben dem Papst die Einreise verbot, der viele tausend Bischöfe und Priester und viele Millionen Gläubige ermordete, der unzählige Kirchen geschleift oder in Lagerhäuser oder ähnliches verwandelt und nur ganz wenige zum Füllen übriggelassen hat, der die Gläubigen heute noch verfolgt.

Den Staat, der auf Lenins Diktum aufgebaut wurde: Jede religiöse Idee, jede Idee von Gott, selbst ein Flirten mit der Idee von Gott, ist von unaussprechlicher Scheußlichkeit ...

'Jede Verteidigung oder Rechtfertigung Gottes, selbst die subtilste und bestgemeinte, ist die Rechtfertigung der Reaktion.'

Den Staat, der seine Arbeiter zu Hungerlöhnen ausbeutet, die weit unter unserer Sozialfürsorge liegen.

Den Staat, in dem die Bonzen im Verhältnis zu den ausgebeuteten Massen weit luxuriöser leben als irgendein westlicher Millionär im Verhältnis zu Arbeitern hier.

Den Staat, in dem noch heute der Ruf nach Befreiung das Leben kosten kann.

In einem mag Boff recht haben, wenn auch anders, als er es meint: Die Not treibt im Osten viele Menschen in die Arme der Kirche, wo im Westen der Wohlstand viele Menschen Gott vergessen läßt. Dennoch, auch im Westen spüren viele die Leere und würden Gott suchen - wenn nicht Politpriester von der zynischen Sorte Boffs sie immer wieder veranlaßten, sich schauernd von der Kirche abzuwenden."

II.

In der Zeitschrift "Veja" fanden wir am 22.7.87 unter der Überschrift "Boff diz que a URSS é um paraíso" ("Boff sagt, die Sowjetunion sei ein Paradies") folgende Anmerkungen:

Nicht einmal die brasilianischen Kommunistenführer sind so überzeugt von der Perfektion des politischen Systems aus der Sowjetunion zurückgekommen. Giocondo Dias, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Brasiliens (PCB), der einige Jahre in der Sowjetunion gelebt hat, hat stets zugegeben, daß das Land 'noch einiger Korrekturen bedarf'.

Boff schwieg über die Bestrafung der politischen Dissidenten. 'Sie sind sicher in Sibirien, und das heißt, daß sie von uns so weit entfernt waren wie ungefähr Rio de Janeiro von Los Angeles', sagte er zu der Zeitung "Folha de Sao Paulo". Er ignorierte die Zensur und versteckte sich hinter einem spitzfindigen Argument: 'Ich weiß nicht, ob es eine Zensur gibt, ich kann kein Russisch'. Boff sah in der Sowjetunion die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus, 'denn dort gibt es keine verarmten Massen wie in den kapitalistischen Ländern'.

Für den Erzbischof von Porto Alegre, Dom Claudio Colling, hat Boff die Sowjetunion mit dem Rückständigsten verglichen, was es im Westen gibt. 'Schickt ihn doch dort hin', sagte der Erzbischof. 'In Deutschland und in Frankreich zum Beispiel gibt es auch keine verbreitete Armut. Seine Sichtweise ist völlig verdreht.'

Opfer des Kommunismus

Unter Berufung vor allem auf den russischen Schriftsteller Alexander Solschenizyn hat die französische Zeitung "Figaro" die Opfer des Kommunismus bis 1978 (also ohne Afghanistan) aufgelistet:

1. Opfer des Kommunismus in der UdSSR 1917-1978:	69.700.000
2. Opfer des Kommunismus in China:	63.000.000
3. Opfer des Blutbades von Katyn:	10.000
4. Opfer der Vertriebenen von 1945-1946 (deutsche Zivilisten):	2.923.700
5. Opfer des Kommunismus in Kambodscha:	2.500.000
6. Opfer der Unterdrückung in Ost-Berlin, Budapest sowie in Ländern des Baltikums:	500.000
Insgesamt:	138.633.700

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtete im April 1988 über eine Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika (x853/...):

>>Eine Proklamation zur Verhinderung von AIDS

Der menschliche Immun-Defizit-Virus (HIV) und die Krankheit AIDS (erworbenes Immun-Defizit-Syndrom), zu der es dadurch kommen kann, ist in den Vereinigten Staaten und überall sonst ein sehr ernstes öffentliches Gesundheitsproblem.

HIV zerstört das Immun-System und greift das Zentralnervensystem an. Es führt zu verheerenden physischen Konsequenzen und letztlich zum Tod. Da der Virus eine lange Entwicklungsperiode hat und der Fortschritt der Krankheit von Individuum zu Individuum sehr stark

variiert, können Menschen, ohne es zu wissen, jahrelang diesen Virus in sich tragen und weitergeben.

AIDS betrifft Tausende von Amerikanern. Eine unbekannte Zahl ist mit HIV infiziert, ohne daß sich irgendwelche Symptome zeigen. Der tödliche Virus wird im allgemeinen durch sexuellen Kontakt mit einer infizierten Person - insbesondere durch homosexuelle Praktiken - übertragen, durch intravenösen Drogengebrauch mit verseuchten Nadeln und durch Übertragung von infiziertem Blut.

Die überaus große und lebenswichtige Gesundheitsaufgabe unseres Landes, die Verhinderung und Behandlung von AIDS, ist angelaufen. Massive öffentliche und private Anstrengungen haben bereits zu definitiven Fortschritten in Forschung und Behandlung geführt. Jedoch ist unsere Kenntnis von AIDS noch immer unvollständig; es muß noch viel getan werden, ehe ein Impfstoff oder eine Heilmethode gefunden ist.

Eine präsidiale Kommission studiert die öffentlichen Gesundheitsgefahren der HIV-Epidemie in medizinischer, juristischer, ethischer, sozialer und wirtschaftlicher Sicht. Sie wird im nächsten Jahr Vorschläge machen hinsichtlich föderativer, staatlicher und lokaler Maßnahmen, um die Öffentlichkeit vor der Ansteckung zu bewahren, ein Heilmittel zu finden und für jene zu sorgen, die angesteckt sind.

Medizin und Moral lehren das gleiche über die Verhinderung von AIDS. Der Surgeon General (Oberste Arzt der Nation) sagte den Amerikanern, der beste Weg zur Verhinderung von AIDS sei, sich sexueller Aktivitäten bis zum Erwachsenenalter zu enthalten und dann die Ausübung der Sexualität auf eine monogame treue Beziehung zu beschränken. Dieser Rat und der Rat, zu Drogen ein Nein zu sagen, verhindert die Verbreitung der meisten AIDS-Fälle. Millionen befolgen bereits diesen weisen und zeitlosen Rat, doch unsere Nation bedauert, daß viele, die sich diesem verschlossen haben, große Pein, Niedergeschlagenheit und sogar den Tod zu erleiden hatten.

Erziehung ist das Wichtigste zur Verhinderung von AIDS. Eltern haben die primäre Verantwortung, ihre Kinder zur Erkenntnis der Schönheit und des Wertes von Keuschheit vor der Ehe und Treue in ihr zu führen, ihnen den Segen eines dauerhaften Familienlebens zu erklären und sie zu befähigen, ein Ja zum Leben und ein Nein zu Drogen zu sagen. Erzieherische Anstrengungen in diese Richtung sollten lokal entschieden werden und in Übereinstimmung stehen mit den Werthaltungen der Familie.

Im Rahmen der Gesundheitserziehung können sachlich richtige Informationen über AIDS vermittelt werden, ohne einen besonderen Unterricht darüber vorzuschreiben. Eltern und Erzieher sollten die Kinder lehren, sich nicht in vorehelichen Sex einzulassen und keine Drogen zu nehmen; sie sollten Sexualität in den Kontext von Ehe, Treue, Verpflichtung und Reife einordnen.

Die Verhinderung von AIDS fordert auch die Verantwortung jener, die weitermachen mit dem Hoch-Risiko-Verhalten, das AIDS verbreitet. Während viele dieser Personen offensichtlich durch erzieherische Anstrengungen nicht überzeugt worden sind, haben einige begonnen, ihr Verhalten zu ändern.

AIDS ist eine fatale übertragbare Krankheit großen Ausmaßes und alle Menschen guten Willens müssen erkennen, daß es ein Gesundheitsproblem darstellt, dessen Verhinderung mindestens ebensolche Maßnahmen der Entdeckung, der Untersuchung und Behandlung erfordern, die regelmäßig gegen übertragbare Krankheiten geringeren Ausmaßes unternommen werden. Unser Ziel muß es sein, das Leben, die Gesundheit und die Wohlfahrt aller unserer Bürger zu beschützen. Die öffentlichen Amtsträger sind mit dieser Aufgabe betraut und müssen einen Eid ablegen auf die heilige Pflicht zu solchem Schutz. Unser Land benötigt Weisheit und Mut zu dieser Anstrengung.

Wir sollten uns auch erinnern, daß der Kampf gegen AIDS ruhige Überlegung, Mitgefühl und

Überzeugungskraft benötigt; ruhige Überlegung, um zu erkennen, daß die Angst der Feind einer angemessenen Lösung ist; Mitgefühl für alle AIDS-Opfer und Überzeugungskraft, um Verständnis und Bereitschaft zu finden für den effektiven Kampf gegen diese große öffentliche Gesundheitsbedrohung!

Deshalb proklamiere ich, RONALD REAGAN, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, kraft der Autorität, die mir durch die Konstitution und die Gesetze der Vereinigten Staaten verliehen worden ist, den Monat Oktober 1987 als den Monat der AIDS-Achtsamkeit und – Verhinderung und rufe die Amerikaner dazu auf, diesen Monat mit Aufmerksamkeit und entsprechenden Aktivitäten zu begehen.

Um dies zu bezeugen, setze ich unter diese Erklärung meine Unterschrift am 29. September im Jahre unseres Herrn 1987 und im zweihundertzwölften Jahr der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika.

gez. Ronald Reagan<<

Die Bundesregierung beschloß am 11. Mai 1988 einen Gesetzentwurf zur Postreform. Die Post soll zukünftig in 3 weitgehend unabhängige Bereiche aufgeteilt werden. Kritiker befürchteten u.a. Massenentlassungen und Serviceverschlechterungen in ländlichen Gebieten.

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete im August 1988 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1988 (x853/...): >>Der verdrängte Anschluß (1938)

... 1. "800.000 Österreicher standen im Laufe des Zweiten Weltkrieges in der Deutschen Wehrmacht unter Waffen. 170.000 wurden schwer oder schwerst verletzt, 300.000 fielen oder blieben vermißt." (Ingomar Pust, "Österreicher im Feuer, Tragödie der Tapferkeit", Driffel-Verlag Leoni 1988, S. 7). 326 Österreicher haben das Ritterkreuz erhalten; "170 erreichten in der Wehrmacht den Generalsrang. Als Befehlshaber von Heeresgruppen gingen Löhr und Rendulic in die Militärgeschichte ein". ...

Bundespräsident Rudolf Kirchschläger wurde als Oberleutnant im Osten und im April 1945 bei Wien schwer verwundet. So auch Bundespräsident Waldheim; Verteidigungsminister Prader; Finanzminister a.D. und Nationalbankpräsident Dr. Koren; Verteidigungsminister Rösch. Von dem tapferen Einsatz österreichischer Soldaten berichtet o.a. Buch.

2. Schon 1918 ergaben Volksabstimmungen in Tirol und Salzburg 98 % für den Anschluß. Weitere geplante Abstimmungen wurden durch schwere Drohungen der Siegermächte verhindert. Der Friedensvertrag von St. Germain schrieb - unter Verweigerung des sonst so hoch gepriesenen Selbstbestimmungsrechts der Völker - ein Anschlußverbot fest.

Es ist - entgegen einiger heutiger Legenden vom sog. "Überfall" - ganz eindeutige geschichtliche Tatsache, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der ganz großen Mehrheit der Deutsch-Österreicher mit Deutschland die Ursache für die freudige, ja begeisterte Zustimmung zum Anschluß 1938 gewesen ist. Sie spülte Bedenken gegen Hitler einfach weg. Dies gilt leider auch für die österreichischen Bischöfe. Männer wie Franz Jägerstätter erhielten keinerlei kirchliche Unterstützung (er hat gegen den Anschluß gestimmt; den Wehrdienst verweigert; ist dafür hingerichtet worden); im Gegenteil.

3. Deshalb verwundert doch, mit welcher blitzartigen Schnelligkeit die Österreicher im April/Mai 1945 mit Deutschland nichts mehr zu tun haben wollten, sich nur noch in der - allerdings ungeheuer bequemeren - Rolle des ersten Opfers sehen lassen wollten.

Dabei ist festzuhalten: "Die sogenannte 'Österreichische Nation' ist aus Moskau gekommen. Gierig hat man in Wien nach der - zur Schwächung Deutschlands - in der Moskauer Deklaration 1943 von den Alliierten aufgestellten Zweckklüge gegriffen, Österreich sei 'das erste von Hitler überfallene freie Land' gewesen. Einen sehnlischer herbeigeführten und einen angenehmeren Überfall - im Blumenmeer, in Freudentränen - hat es in der Weltgeschichte nicht gegeben." (Peter Meier-Bergfeld: "In den Nischen des Vergessens", Rhein. Merkur Nr. 11 vom

11.3.88, S. 3).

4. Das betraf auch die "Kulturträger". Man sehe ein das Buch von Klaus Amann: "Der Anschluß österreichischer Schriftsteller an das Dritte Reich. Institutionelle und bewußtseinsgeschichtliche Aspekte." Athenäum Verlag Frankfurt/M. 1988.

Eine Besprechung in der FAZ spricht von präsentierten "Tatsachen von hohem Unappetitlichkeitsgrad" (vom 4.7.88). Wenn P. Groppe im folgenden die geschichtlichen und situativen Zusammenhänge darstellt und das beschämend naiv-irriges Verhalten der österreichischen Bischöfe nicht verschweigt, so mit dem Ziel, uns zu bestärken in dem Vorsatz, nicht vordergründigen Zwecken und Vorteilen, Mehrheitsmeinungen und trügerischen "Begeisterungen" zu folgen. Auch nicht der Taktik vorteilhaften "Vergessens", feiger Verdrängung, ja heuchlerischer Fremdbeschuldigung oder entlastender Geschichtsklitterungen.

Nur allseitige Wahrhaftigkeit und verständnisvolle Anständigkeit sowie Demut, verbunden mit Bereitschaft, das Richtige auch um den Preis von Nachteilen zu tun und zu wollen, sollten uns bestimmen. Das, was hier 1988 zu sagen man sich von kirchlicher Seite erhofft hat, wurde von dem hochbetagten jüdischen Arzt und Psychologen Viktor Frankl, ehemaliger KZ-Häftling von Auschwitz, am 10. März auf einer Kundgebung vor dem Wiener Rathaus auf seine bewegende Weise vorgetragen.

5. Frankl, der während des NS-Regimes seine gesamte Familie verlor und selber nur wie durch ein Wunder überlebte, sagte:

"Ich bitte Sie, von mir kein Wort des Hasses zu erwarten."

Die Österreicher kollektiv schuldig zu sprechen, sei "ein Verbrechen und ein Wahnsinn", denn es gebe keine Kollektivschuld. Wer an der Kollektivschuld festhalte, treibe die Jugend in die Arme der alten und jungen Nazis.

Auf die Rassenideologie eingehend, meinte Frankl, es gebe in Wirklichkeit nur zwei Rassen auf der Welt - die der anständigen und die der unanständigen Menschen. Diese Teilung gehe durch alle Völker, durch alle Parteien und alle Gruppen mitten hindurch. Er habe während seiner KZ-Haft auch unter den SS-Bewachungsmannschaften Menschen getroffen, die sich einen Funken Humanität und Anstand bewahrt hatten - und umgekehrt habe es auch unter den Häftlingen üble Erscheinungen gegeben.

Jene Regime seien gefährlich und müßten bekämpft werden, die bewußt die Unanständigen an die Spitze und an die Macht brächten. Frankls Ansprache enthielt auch den Satz: "Ich wage die Behauptung, daß jedes Volk holocaustfähig ist." ("Die Welt" vom 12.3.88).

Mit solcher Gewissensunruhe sehr persönlicher Art sollte jeder in Deutschland und Österreich an 1938, die damals Lebenden und Handelnden, und an uns heute, 1988 wachsam und ehrlich denken.

Ein Ordnungs- und Machtkalkül, das den unbedingten Forderungscharakter ethischer Verpflichtungen (z.B.: Besser ist es, Unrecht leiden als Unrecht tun) vermissen läßt, darf nach den fürchterlichen Tragödien und Desastern dieses "Jahrhunderts der Ideologien" nicht mehr vertreten werden ohne Scham vor den Opfern und den Märtyrern. Deshalb hat es bestürzt, daß ein katholischer Universitätspräsident im Zusammenhang mit der bluttriefenden, atheistisch-leninistischen Sowjetunion heute (26.3.88) u.a. publizieren konnte:

"selbst ein totalitäres Regime ist besser als überhaupt gar keine politische Ordnung" und von einem "geordneten Unrechtsstaat" in diesem Zusammenhang als kleinerem Übel gegenüber einem sich auflösenden russischen Reich redet (DT Nr. 36, S. 6).

Man sieht, wie sehr wir nötig haben, an beschämendes Versagen uns zu erinnern. Nur wer das nicht verdrängt, kann vielleicht vor solch makabren Fehlmeinungen und ihren evtl. Folgen sich schützen.

Immer wieder erliegen Menschen der Versuchung, geschichtliche Ereignisse aus dem Nachhinein zu beurteilen. Sehr häufig kennen sie aber weder die oft entscheidenden Einzelheiten,

noch Umstände und Vorgeschichte. Dies trifft zweifelsohne auch auf den sog. "Anschluß" zu, die "Heimkehr Österreichs ins Reich".

I

Am Abend des 13. März 1938 unterzeichnete Hitler in Linz das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich". Wenngleich viele Österreicher dies heute gern verdrängen möchten - nicht wenige halten Hitler für einen Deutschen und Beethoven für einen Österreicher - so steht doch historisch eindeutig fest, daß die überwältigende Mehrheit der damaligen Österreicher den Einmarsch der deutschen Truppen begeistert feierten.

Und als Hitler vor Hunderttausenden auf dem Wiener Heldenplatz vom Balkon der Hofburg verkündete: "Als der Führer und Kanzler der deutschen Nation melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich", wollte der Jubel kein Ende nehmen.

Schon vor Jahren schrieb der schweizer Komponist Rolf Liebermann in seiner Autobiographie "Die Oper und ich":

"Bei der Bekanntgabe des Anschlusses befand ich mich gerade in Österreich. Ich habe den Abend des Einmarsches am Fenster einer Wiener Wohnung miterlebt, ganz in der Nähe des Rathauses, wo Hitler auf dem Balkon erschien. Er wurde mit geradezu hysterischem Jubel empfangen. Die Wiener sollen doch heute niemandem weismachen wollen, sie hätten sich verzweifelt gewehrt! Aus jedem Fenster hingen Hakenkreuzfahnen; glückstrunkene Weiber zerrissen sich im Gedränge die Kleider. Man hatte den Eindruck, ein langersehnter Augenblick sei endlich gekommen."

Wie war so etwas möglich? 1938 war es gerade erst 20 Jahre her, daß das große Habsburger Reich zerbrochen war und Österreich zu einem bedeutungslosen Rumpfstaat verstümmelt wurde. Das Land war politisch zerrissen. Der stärksten Partei, den Sozialdemokraten, standen die Christlichsozialen und verschiedene nationale Gruppen gegenüber. In Wien wählten zwei Drittel der Bevölkerung rot, aber das Hinterland war schwarz. Christlichsoziale und Nationale mußten sich verbünden, um ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokraten zu bilden, die einen starken marxistischen Flügel hatten. Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte sich Deutschland anschließen.

Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie hieß das Land zunächst Deutsch-Österreich, bis die Siegermächte diesen Namen und vor allem jede Vereinigung mit Deutschland untersagten. Das Land lebte ständig am Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Niemand gab ihm eine reale Existenzchance. Was lag da näher als der Anschluß an den großen Bruder im Norden, der lediglich durch die Willkür der Sieger verwehrt wurde? Von den rund 6,5 Millionen Einwohnern Österreichs im Jahr 1932 waren 430.000 arbeitslos. Der Ruf nach radikalen Lösungen wurde immer lauter.

Als der Christlichsoziale Dollfuß 1932 Kanzler wurde, hatte er einen Zweifrontenkrieg gegen Marxisten und die Nazis zu führen, die immer mehr Stimmen bekamen. Letztere sahen ihre Stunde gekommen, als ihr Landsmann Hitler 1933 in Deutschland an die Macht kam. Im Juni 1933 verbot Dollfuß die NSDAP. Hierbei wurde er zunächst von Mussolini unterstützt, der hierfür die völlige Ausschaltung der Marxisten verlangte. Im Februar 1934 kam es mit ihnen zu erbitterten Kämpfen, die für die Besiegten mit Standgerichten und Todesurteilen endeten. Am 1. Mai 1934 setzte Dollfuß per Dekret eine neue Verfassung in Kraft, die aus Österreich einen Ständestaat machte. Drei Monate später wurde Dollfuß von den Nazis ermordet.

Ihm folgte Schuschnigg, der die Politik seines Vorgängers fortsetzte. Anstelle von Parteien gab es nur noch die Nationale Front. Die praktische Aufhebung der Demokratie und die wirtschaftliche Not ließen den Wunsch nach dem Anschluß immer lauter werden. Als Hitler und Mussolini sich annäherten, wurde die Lage für Schuschnigg überaus schwierig. 1936 mußte er mit Hitler einen Nichteinmischungspakt schließen, der den Nazis wesentliche Vorteile brach-

te. Zudem hatte Hitler nunmehr große Erfolge aufzuweisen:

Die widerstandslose Besetzung des Rheinlandes, die Rückkehr des Saargebietes, die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht und nicht zuletzt die Olympischen Spiele von 1936 trugen ihm die Bewunderung eines großen Teils der Welt ein -, auch wenn dies heute gern verschwiegen wird. Die österreichischen Nazis bekamen mächtigen Auftrieb und im März 1938 kam es unter massivem Druck Hitlers zum Anschluß, nachdem Schuschnigg von allen verlassen worden war.

II

Zumindest die "Freunde" der Kirche wissen mit dem "Anschluß" das "Heil Hitler!" Kardinal Innitzers zu verbinden. Als sein Nachfolger, Kardinal König, 1976 mit einer Delegation österreichischer Priester Jerusalem besuchte, wurde ihm beim Besuch von Yad Vashem, dem größten Dokumentationszentrum der Judenverfolgung, der unglückselige Brief Innitzers an Gauleiter Bürckel präsentiert. Von der jahrelangen Hilfe desselben Kardinals für die verfolgten Juden wußte man in Jerusalem scheinbar nichts.

Schon lange vor der Machtergreifung Hitlers gab es zwischen der Ideologie der Nazis und der christlichen Lehre unüberbrückbare Gegensätze, vor allem in der Rassenfrage. 1932 hatten sämtliche deutschen Ordinariate die Zugehörigkeit zur Partei für unerlaubt erklärt. Nach Hitlers sensationeller Regierungserklärung vom 23. März 1933, in der er die beiden christlichen Konfessionen als wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums bezeichnet hatte, deren Rechte nicht angetastet werden sollten, nahmen die deutschen Bischöfe - aus heutiger Sicht vielleicht ein wenig zu schnell - ihre Warnungen weitgehend zurück, wenngleich sie erhebliche Vorbehalte machten.

Sehr bald setzte sich Hitler über wichtige Vereinbarungen des Konkordats hinweg, bis es zum regelrechten Kirchenkampf kam. Nicht zuletzt wurde die katholische Presse geknebelt und schließlich ganz unterdrückt. Die durch das Konkordat rechtlich verankerten katholischen Schulen wurden aufgehoben, die Devisen- und Sittlichkeitsprozesse sollten das Ansehen der Kirche völlig untergraben.

Nach vergeblichen Protesten gegen die Unrechtsmaßnahmen erschien im März 1937 die Enzyklika "Mit brennender Sorge", die eine massive Anklage des Regimes war. Natürlich wußten auch die österreichischen Bischöfe um die Vorgänge im Reich. Erst im November 1937 richteten sie eine Solidaritätsadresse an ihre deutschen Amtsbrüder. In ihr heißt es u.a.:

"Wir österreichischen Bischöfe fühlen uns gedrängt, innigste Anteilnahme auszusprechen und zu sagen, wie sehr uns das berührt, was im Deutschen Reiche vor sich geht, wo der Staat in voller Anwendung seiner Gewalt ... planmäßig und unaufhaltsam bis zum äußersten geht, um die christliche Religion, besonders aber die katholische Kirche in diesem Reiche auszuschalten und zurückzudrängen ... Wir nehmen aber darum auch innigeren Anteil an euren Schicksalen, weil viele bemüht sind, solche Verhältnisse, wie sie sich bei euch herausgebildet haben, auch in unserem Staate erstehen zu lassen und der Gottlosigkeit zum Siege zu verhelfen ..."

Um so unbegreiflicher war die "Feierliche Erklärung" vom 18. März 1938:

"Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist für

uns Bischöfe selbstverständlich nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind."

Dieser Erklärung war am 12. März ein noch emphatischeres Telegramm des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates an Hitler vorausgegangen. Aber auch der sozialistische Staatskanzler der Ersten Republik, Karl Renner, der nach dem Zweiten Weltkrieg österreichischer Bundespräsident wurde, bekannte sich 1938 zum Anschluß an das Deutsche Reich und versicherte, er werde mit Ja stimmen.

Hätten sich die Bischöfe auf das Bekenntnis zu Deutschland beschränkt, hätte dies wohl kaum Widerspruch erregt. Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte die Vereinigung mit Deutschland. Nach Renner gaben zwei Drittel des Volkes Hitler den Vorrang vor Schuschnigg. Nach ihm war die Arbeiterschaft nicht für einen Widerstand gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei zu gewinnen.

Unglückseligerweise unterschrieb Kardinal Innitzer seinen Begleitbrief an Gauleiter Bürckel noch mit "Heil Hitler!"

Die "Feierliche Erklärung" und Innitzers "Heil Hitler!" schlugen wie eine Bombe ein. Zahlreiche Katholiken waren schockiert und empört. Der Kardinal erhielt eine Reihe von Briefen, in denen er aufgefordert wurde, sein öffentliches Ärgernis gutzumachen, bzw. sein Amt niederzulegen. ...

Wenn man allerdings die Erklärungen der katholischen Bischöfe auf dem Hintergrund der gleichzeitigen Verlautbarungen anderer Autoritäten zum gleichen Anlaß betrachtet, wird man die Äußerungen der katholischen Bischöfe zwar nicht entschuldigen, aber doch milder beurteilen.

So richtete der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, Robert Kauer, bereits am 12. März ein emphatisches Begrüßungstelegramm an Hitler:

"Im Namen der mehr als 330.000 evangelischen Deutschen in Österreich begrüße ich Sie auf österreichischem Boden. Nach einer Unterdrückung, die die schrecklichsten Zeiten der Gegenreformation wieder aufleben ließ, kommen Sie als Retter aus fünfjähriger schwerster Not aller Deutschen hier ohne Unterschied des Glaubens. Gott segne Ihren Weg durch dieses deutsche Land, Ihre Heimat!"

Und der erste sozialistische Staatskanzler der Ersten Republik und erste Bundespräsident der Zweiten Republik, Karl Renner, äußerte sich folgendermaßen zur Abstimmung über den "Anschluß":

"Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutsch-österreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederezusammenschlusses der deutschen Nationen nicht freudigen Herzens begrüßte ... Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen."

Renner wollte sogar im Rundfunk für den "Anschluß" werben, aber das empfanden selbst die Nazis als zu starken Tobak.

Die Nazis ließen es sich natürlich nicht entgehen, die Erklärung der Bischöfe und das Schreiben Kardinal Innitzers propagandistisch auszuschlachten. Wie im "Völkischen Beobachter", dem Zentralorgan der NSDAP, füllten sie damit die ganze 1. Seite der gelenkten Tagespresse. Die Schlagzeilen der Tageszeitungen vom 28. März 1938 verkündeten voller Stolz:

"Bekenntnis der österreichischen Bischöfe zum Deutschen Reich - Freudige Anerkennung der Leistungen der nationalsozialistischen Bewegung."

III

Die Reaktionen auf diese Vorgänge, besonders aus dem Ausland, waren überaus heftig. Aber

entweder nahm sie der Kardinal nicht zur Kenntnis oder er glaubte, richtig gehandelt zu haben.

Hierin könnten ihn einige Schreiben bestärkt haben, die ihn in jenen Tagen erreichten. So schrieb ihm die "Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden" (dazu gehörten u.a. Pius Parsch von Kloster Neuburg und Dr. Anton Böhm, ehemals Chefredakteur des Rheinischen Merkur) - die an die Vereinigung Pacem in terris in einigen Ostblockländern erinnert -:

"Eure Eminenz haben in geschichtlicher Stunde eine Tat gesetzt, die bestimmt ist, eine Wende in der Stellung der Kirche zu den weltbewegenden Problemen dieser Zeit im glücklichsten Sinn herbeizuführen. Wir bitten Euer Eminenz, zu dieser Tat zu stehen und sich durch nichts an dieser Haltung wankend machen zu lassen ...

Mit mindestens demselben Recht, mit dem die französischen Katholiken sich mit der Regierung des Gottesleugners Leon Blum gutstellen dürfen, können die österreichischen Katholiken einen tiefgläubigen Katholiken Adolf Hitler unterstützen, der durch Taten christlicher Barmherzigkeit mehr Menschen mit Gott versöhnt hat, als in Frankreich mit Streik und Klassenhaß dem Satan in die Hände getrieben werden."

Zwei deutsche Adlige mit berühmten Namen mögen den Kardinal noch mehr bestärkt haben, richtig gehandelt zu haben. PG und SA-Obersturmbannführer Fürst von Fürstenberg, Donauschingen, sandte ihm ein Danktelegramm und Dr. Graf Georg Henckel von Donnersmarck schickte ihm am 30. März 1938 aus Graubschütz, Kr. Namslau, folgendes Schreiben:

"Euer Eminenz! Hochwürdigster Herr Kardinal!

Die aufrichtige Freude und tiefe Dankbarkeit, mit der Euer Eminenz eindeutiges und klares Bekenntnis zu unserem Führer ungezählte katholische Deutsche erfüllt, veranlaßt mich, Euer Eminenz den Ausdruck dieser Gefühle in wenigen Worten ehrfürchtig zu übermitteln und daran die Bitte zu knüpfen auch meinen persönlichen tiefstempfundenen Dank entgegennehmen zu wollen.

In vollkommenster Hochachtung zeichne ich mit Heil Hitler als Euer Eminenz aufrichtig ergebener

Dr. Graf Georg Henckel v. Donnersmarck"

In unbegreiflicher politischer Naivität versicherte er in einem zweiten Brief an Gauleiter Bürckel, den "Beauftragten des Führers für die Volksabstimmung", vom 1. April 1938, die "Feierliche Erklärung" der österreichischen Bischöfe sei keine Geste gewesen, sondern "ein allein der Stimme unseres gemeinsamen deutschen Blutes entsprungenes Bekenntnis ..." Und wieder schloß er mit "Heil Hitler!"

Selbstverständlich veröffentlichten die Nazis sofort dieses instinktive Schreiben, das den Kardinal, mehr noch als die "Feierliche Erklärung", in den Augen vieler zum "Nazibischof" abstempelte. Das Maß war übertoll.

Der "Osservatore Romano" schrieb am 25. März 1938 einen Artikel über die österreichischen Ereignisse, der in dem Satz gipfelte:

"Die unerhörte Behauptung, der nun erfolgte Anschluß sei nichts anderes als die Verwirklichung eines von der Vorsehung beschlossenen Planes, muß als krasse Blasphemie zurückgewiesen werden."

Und in der Ausgabe vom 1. April betonte er, die Kundgebung der österreichischen Bischöfe sei ohne jede vorherige Verständigung mit dem Vatikan und ohne seine nachträgliche Billigung erschienen. Am selben Tag brachte Radio Vatikan eine Sendung, die sich mit dem "falschen politischen Katholizismus" befaßte. In ihr wurde die "übergroße Vorsicht und Taktik aus schwächerer Anpassung" gerügt, die zweifelsohne "im Lauf der Geschichte der Ehre und dem Ansehen der Kirche und gerade dadurch auch der Seelsorge oft schwersten Schaden gebracht hat." Diese Verlautbarung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es war klar, wer gemeint war. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x024/79) = Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen, Seite 79.

x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x036	Jäckel, Eberhard, und Jürgen Rohwer (Hg.): <u>Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg</u> . Entschlußbildung und Verwirklichung. Stuttgart 1985.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch</u> . Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte</u> . Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Verletzungen von Menschenrechten</u> . Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x088	Reichling, Gerhard: <u>Die deutschen Vertriebenen in Zahlen</u> . Teil II: 40 Jahre Einglie-

	derung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x099	Löser, Jochen: <u>Gegen den Dritten Weltkrieg</u> . Strategie der Freien. 1. Auflage. Herford 1982.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen</u> . Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x298	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit</u> . Band 4. Zeitgeschichte. 1. aktualisierte Auflage. Braunschweig 1997.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE</u> . Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x324	Deschner, Karlheinz: <u>Kriminalgeschichte des Christentums</u> . Band 1. Die Frühzeit - Von den Ursprüngen im Alten Testament bis zum Tod des heiligen Augustinus. Unveränderte 5. Auflage. Hamburg 2004.
x344	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Politische Morde</u> . Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Spezial Nr. 19. Werder (Havel) 2018.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

Internet

x851	Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news4press.-com/HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.-php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016.
x883	http://horst-koch.de/weltkommunismus-k-koch/ - Dezember 2016.
x923	https://www.theologe.de/reichtum_der_kirche_ist_blutgeld.htm – Juli 2019
x927	https://www.theologe.de/schwarzbuch_katholische-kirche.htm – Juli 2019
x991	https://www.offenbarung.de/papsttum-neue-weltordnung.php - September 2020